

# Sand im Getriebe 158

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: [www.sand-im-getriebe.org](http://www.sand-im-getriebe.org)

E-Mail: [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)

## Frieden! Was sonst?



### Frieden! Was sonst?

<b>Jeffrey Sachs:</b> Die Geopolitik des Friedens.....	3
Trumps "Friedensvorschlag" .....	8
<b>Peter Wahl:</b> Zum EU-White Paper für „Verteidigungsbereitschaft bis 2030“.....	9
<b>Andreas Zumach:</b> Sackgasse Aufrüstung.....	10
<b>Jürgen Wagner:</b> Die Ära der Aufrüstung.....	11
Wer hat die Oberhand: die NATO oder Russland?.....	12
<b>Reiner Braun:</b> Verantwortliche Friedens- und Sicherheitspolitik muss immer dem Gedanken der Entspannungspolitik folgen.....	13
<b>Deutsche Friedensgesellschaft – VK, LV</b> <b>Bayern:</b> Keine Mittelstreckenraketen!.....	15
<b>15. Mai: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung</b> .....	16
Frieden schaffen – Wie?.....	17
Aktivitäten der Friedensbewegungen in Deutschland.....	17
<b>Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!</b> .....	18
<b>Großbritannien:</b> Friedensaktivisten verurteilen das Engagement von Labour für Krieg.....	19

### Gutes Leben statt Kanonen!

<b>Stephan Kaufmann:</b> Kanonen, Butter, Kriegskredite.....	20
<b>Annebirth Steinmann und Karen Spannenkrebs:</b> Die Zeitenwende in den Krankenhäusern.....	22
<b>Hans-Josef Bontrup:</b> Politik hat es immer noch nicht verstanden.....	24

### Die Macht der (Finanz)-Konzerne

<b>David Goeßmann:</b> Krieg der 13 Milliardäre: Wie die Trump-Regierung den modernen Staat zerschlagen will.....	26
<b>„Schlaglichter“ über Trumps Politik</b> .....	28
<b>Attac Österreich:</b> EU-Spar- und Investitionsunion – gefährliche Aufblähung der Kapitalmärkte.....	29
<b>EU-Politik</b> .....	29
<b>Steuerkampagnen</b> .....	30
<b>Union: Reichenpflege wird konkret</b> .....	30

### Regierungsbildung in Deutschland

<b>Blackrock im Kanzleramt?</b> .....	31
<b>„Migration“ unerwünscht?</b> .....	31

### Klima kein Thema mehr? 32

### Palästina

<b>Die Welt muss dringend handeln, um die Palästinenser in Gaza zu retten</b> .....	33
<b>German foreign policy: Zu Gast in Israel</b> .....	34
<b>Palästinensische Nationalkonferenz ruft zum Wiederaufbau der PLO auf</b> .....	35
<b>Helga Merkelbach:</b> Pläne für Gaza – Trump-Netanjahu-Treffen am 4. Februar 2025...36	
<b>Aufruf von europäischen Gewerkschaften:</b> Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel!.....	39
<b>Das Völkerrecht kennt keine Staatsräson</b> .....	40

## Vorwort

**Frieden! Was sonst?** „Es wird ausschließlich in Kategorien militärischer Kräfteverhältnisse gedacht. Diplomatie, Verhandlungen, Rüstungskontrolle oder gar Kooperation [...] kommen nicht vor.“ Diese Feststellung von **Peter Wahl** gilt nicht nur für das „EU-White Paper für Verteidigungsbereitschaft bis 2030“.

**Gegen die Aufrüstung** allerorts wenden sich **Andreas Zumach, Jürgen Wagner und Reiner Braun**, der betont: „Verantwortliche Friedens- und Sicherheitspolitik muss immer dem Gedanken der Entspannungspolitik folgen.“

**Gutes Leben statt Kanonen!** Dazu schreiben **Annebirth Steinmann und Karen Spannengrebe, Stephan Kaufmann, Hans-Josef Bontrup**. Gewerkschaftsmitglieder sagen **NEIN zu Hochrüstung und Kriegsvorbereitung!**, was mit „**Blackrock im Kanzleramt**“ keine leichte Aufgabe sein dürfte.

**Jeffrey Sachs** („Geopolitik des Friedens“) warnt: „Die **Trump-Regierung** ist im Kern imperialistisch. Die USA werden rücksichtslos und zynisch sein, ja, auch gegenüber Europa.“

**David Goëßmann** analysiert die einzelnen Maßnahmen eines „Krieges der 13 Milliardäre“. Eine „Schock-Strategie“, wie Naomi Klein sie schon vor Jahren beschrieben hatte.

Die Welt muss dringend handeln, um die Palästinenser in **Gaza** zu retten, erklären **Vertreter von UN-Organisationen**.

**25 deutsche Organisationen** heben hervor: Das **Völkerrecht** kennt keine Staatsräson! **Helga Merkelbach** stellt die Pläne von Trump für **Gaza**. Die **Palästinensische Nationalkonferenz** ruft zum Wiederaufbau der PLO auf.

Bei den **Ostermärschen** und lokalen Aktivitäten der Friedensbewegungen, bei den **europaweiten Aktionen am 8. und 9. Mai**: „Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!

Lasst uns die Warnungen erneuern,  
und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!  
Denn der Menschheit drohen Kriege,  
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,  
und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,  
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,  
nicht die Hände zerschlagen werden.“

(Bertolt Brecht 1952: *Das Gedächtnis der Menschheit*)

## Franz Josef Degenhardt Eigentlich unglaublich, dass ihnen das immer wieder gelingt

Deinem Urgroßvater haben sie erzählt:  
Gegen den Erbfeind.  
Für das Vaterland.  
Und er hat das tatsächlich geglaubt.  
Und was hat er gekriegt?  
Granatsplitter in Beine  
und Kopp  
vor Verdun.

Deinem Großvater haben sie gesagt:  
Gegen die slawischen Horden.  
Für die abendländische Kultur.  
Er hat das wirklich geglaubt.  
Was hat er gekriegt?  
Bauchschuss und  
einen verrückten Kopp  
vor Stalingrad.

Deinem Vater sagen sie jetzt:  
Gegen die Völkermörder.  
Für die Menschenrechte.  
Unglaublich – er glaubt's.  
Was wird er wohl kriegen?  
und wo wird das sein –  
diesmal?

**Unglaublich ... eigentlich unglaublich (1996)**

<https://www.youtube.com/watch?v=491ZNR6L2xQ>

### Newsletter abonnieren:

<https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

### BLOG von ‚Sand im Getriebe‘

Hier werden einzelne Artikel veröffentlicht.

<https://www.sand-im-getriebe.org/blog>



Der Newsletter **Sand im Getriebe (SiG)** informiert seit 2001 über internationale (Attac-) Bewegungen (**Ignacio Ramonet**: „*Die Märkte entwaffnen*“; *Attac-Charta vom Dezember 1998*). Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein [Gedicht](#) von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

**Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.**

**In eigener Sache:** Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: [www.sand-im-getriebe.org](http://www.sand-im-getriebe.org))

**Haftungshinweis:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben. Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken,

**Bestellung gedruckter Exemplare** per E-Mail an die Redaktion: [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)

Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

# Frieden! Was sonst?

## Jeffrey Sachs Die Geopolitik des Friedens

**Auszüge** aus einem in den Nachdenkseiten erschienenen Transkript der Rede von Professor Jeffrey Sachs vor dem Europäischen Parlament am 19. Februar 2025  
**Aufnahme der Rede:** <https://www.youtube.com/watch?v=Lg1vewDf1c>



**Nachdenkseiten:** Der vorliegende Artikel ist das bearbeitete Transkript der Rede von Professor Jeffrey Sachs im Europäischen Parlament bei einer Veranstaltung mit dem Titel "The Geopolitics of Peace", die vom ehemaligen stellvertretenden UN-Generalsekretär und derzeitigen BSW-Europaabgeordneten Michael von der Schulenburg am 19. Februar 2025 ausgerichtet wurde. Das Transkript wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit bearbeitet und mit Fußnoten und Hyperlinks kommentiert. Die Übertragung ins Deutsche erfolgte von Klaus-Dieter Kolenda mit freundlicher Genehmigung von Sonia Sachs.

Ich habe die Ereignisse in Osteuropa, in der ehemaligen Sowjetunion, in Russland und in der Ukraine in den letzten 36 Jahren aus nächster Nähe verfolgt. 1989 war ich Berater der polnischen Regierung, 1990 und 1991 Berater des Wirtschaftsteams von Präsident Gorbatschow, von 1991 bis 1993 des Wirtschaftsteams von Präsident Jelzin und von 1993 bis 1994 des Wirtschaftsteams von Präsident Kutschma in der Ukraine.

Ich habe bei der Einführung der estnischen Währung geholfen. Ich habe mehreren Ländern im ehemaligen Jugoslawien geholfen, insbesondere Slowenien. Nach dem Maidan wurde ich von der neuen Regierung gebeten, nach Kiew zu kommen, und ich wurde über den Maidan geführt, und ich habe dort viele Dinge aus erster Hand erfahren.

Ich stehe seit mehr als 30 Jahren in Kontakt mit der russischen Führung. Ich kenne auch die politische Führung Amerikas aus nächster Nähe. Unsere frühere Finanzministerin Janet Yellen war vor 52 Jahren meine wunderbare Lehrerin für Makroökonomie. Wir sind seit einem halben Jahrhundert befreundet. Ich kenne also diese Menschen.

Ich sage das, weil das, was ich aus meiner Sicht erklären möchte, nicht aus zweiter Hand kommt. Es ist keine Ideologie. Es ist das, was ich in dieser Zeit mit eigenen Augen gesehen und erlebt habe. Ich möchte Ihnen mein Verständnis der Ereignisse darlegen, die Europa in vielen Zusammenhängen heimgesucht haben, und ich werde nicht nur die Ukraine-Krise einbeziehen, sondern auch Serbien 1999, die Kriege im Nahen Osten einschließlich des Iraks, Syriens, die Kriege in Afrika einschließlich Sudan, Somalia und Libyen. Diese sind zu einem sehr großen Teil das Ergebnis einer zutiefst fehlgeleiteten US-Politik.

Was ich sagen werde, mag Sie überraschen, aber ich spreche aus Erfahrung und Kenntnis dieser Ereignisse.

## 1. Die Außenpolitik der USA

[...] Die Vereinigten Staaten kamen zu der Einschätzung, vor allem in den Jahren 1990-91 und dann mit dem Ende der Sowjetunion, dass die USA jetzt die Welt beherrschen und nicht mehr auf die Ansichten, roten Linien, Bedenken, Sicherheitsstandpunkte, internationalen Verpflichtungen oder irgendeinen UN-Rahmen Rücksicht nehmen müssen. [...] Die Ansicht war, dass wir [die USA] das Sagen haben. [1] Wir werden alle verbliebenen Verbündeten der Sowjetunion ausschalten. Länder wie der Irak, Syrien und so weiter sollen besiegt werden. [...]

Europa hat dafür einen hohen Preis bezahlt, weil Europa in dieser Zeit keine Außenpolitik hatte, wie ich sie mir vorstellen kann. Keine Stimme, keine Einheit, keine Klarheit, keine europäischen Interessen, nur amerikanische Loyalität.

[...] Es gab Momente, in denen es Meinungsverschiedenheiten gab, und, wie ich finde, sehr wunderbare Meinungsverschiedenheiten. Das letzte Mal war 2003 im Vorfeld des Irakkriegs, als Frankreich und Deutschland sagten, sie würden diesen Krieg nicht unterstützen und dass die Vereinigten Staaten in diesem Krieg den UN-Sicherheitsrat umgehen. Dieser Krieg wurde direkt [von Netanjahu und seinen Kollegen](#) im US-Pentagon ausgeheckt. [2] Ich sage nicht, dass es eine Verbindung oder Gegenseitigkeit war. Ich sage, es war ein Krieg, der für Israel geführt wurde. Es war ein Krieg, den Paul Wolfowitz und Douglas Feith mit Netanjahu koordinierten. Und das war das letzte Mal, dass Europa eine Stimme hatte. [...]

Nach 1991 beschlossen die Vereinigten Staaten, dass Unipolarität bedeutet, dass sich die NATO Schritt für Schritt von Brüssel bis Wladiwostok ausdehnen würde. [...]

## 2. Die NATO-Erweiterung

[...] Sie werden sich erinnern, dass am 7. Februar 1990 Hans-Dietrich Genscher und James Baker III mit Gorbatschow sprachen. Genscher gab anschließend eine Pressekonferenz, in der er erklärte, dass die [NATO nicht nach Osten erweitert werde](#). Deutschland und die USA würden die Auflösung des Warschauer Pakts nicht zu ihrem Vorteil ausnutzen. Bitte verstehen Sie, dass diese Verpflichtung in einem juristischen und diplomatischen Kontext eingegangen wurde, nicht in einem beiläufigen Kontext. Diese Verpflichtungen bildeten den Kern der Verhandlungen zur Beendigung des Zweiten Weltkriegs, die den Weg für die deutsche Wiedervereinigung ebneten.

Es wurde also vereinbart, dass sich die NATO keinen Zentimeter nach Osten ausdehnen wird [7]. [...]

Clinton traf jedoch 1994 die Entscheidung, die NATO bis in die Ukraine zu erweitern. [...] Es handelt sich um ein Projekt der jeweiligen US-Regierung, das vor mehr als 30 Jahren ins Leben gerufen wurde.

1997 schrieb Zbigniew Brzezinski "The Grand Chessboard" [Anm. d. Red.: deutscher Titel "Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft"], [...] Das Buch beschreibt die Osterweiterung Europas und der NATO als gleichzeitige und zusammenhängende Ereignisse.

[...] „Was wird die Russische Föderation tun, wenn beide vor ihrer Haustür stehen?“, fragt sich Brzezinski in einem der Kapitel: "Die einzige echte geostrategische Option für Russland, die ihm eine realistische internationale Rolle geben und seine Chancen maximieren könnte, sich sozial zu transformieren und zu modernisieren, ist Europa. Nicht irgendein Europa: ein transatlantisches Europa, verkörpert durch die Europäische Union und die NATO.“ Brzezinski, ein großer Visionär, erklärt, dass es undenkbar sei, dass Moskau sich jemals Peking annähern würde...

### 3. Die Schwarzmeerstrategie

[...] Die Idee der USA war, dass die Ukraine, Rumänien, Bulgarien, die Türkei und Georgien alle der NATO angehören und Russland jeden internationalen Status entziehen würden, indem sie das Schwarze Meer blockieren und Russland im Wesentlichen als wenig mehr als eine lokale Macht neutralisieren würden. Brzezinski ist sich über diese Geografie im Klaren. [...] (Anm. 1)

Dieses Projekt der Ost-Erweiterung lief also seit den 1990er-Jahren. Die Bombardierung Belgrads an 78 aufeinanderfolgenden Tagen 1999 war Teil dieses Projekts.

(Anm. 2) Die Spaltung von Serbien, obwohl die Grenzen "sakrosankt" sind, nicht wahr? Außer im Kosovo. Grenzen sind unantastbar, es sei denn, Amerika ändert sie. [...]

### 4. Die Außenpolitik der USA und die NATO-Erweiterung

Die NATO-Erweiterung begann 1999 mit Ungarn, Polen und der Tschechischen Republik. Russland war darüber äußerst unglücklich, aber es waren Länder betroffen, die noch weit von der russischen Grenze entfernt waren. Russland protestierte, aber natürlich ohne Erfolg.

Dann kam George Bush Jr. ins Amt. Als sich 9/11 ereignete, versprach Präsident Putin den USA jegliche Unterstützung. Und dann beschlossen die USA um den 20. September 2001 herum, dass sie in fünf Jahren sieben Kriege führen würden! Sie können [General Wesley Clark per Video](#) zuhören, wie er darüber spricht. 1999 war er Oberbefehlshaber der NATO. [...] Der Plan der US-Regierung bestand zum einen Teil darin, alte sowjetische Verbündete zu beseitigen, und zum anderen Teil darin, Anhänger der Hamas und der Hisbollah auszuschalten. Netanjahus Idee war und ist es, dass es in dem ganzen Gebiet, das vor 1948 zu Palästina gehörte, einen einzigen Staat geben wird. Ja, nur einen Staat. Es wird

Israel sein. Israel wird das gesamte Territorium vom Jordan bis zum Mittelmeer kontrollieren. Und wenn jemand etwas dagegen hat, werden wir ihn stürzen. Nun, nicht Israel, genau, sondern insbesondere unser Freund, die Vereinigten Staaten, werden das tun. Das war bis heute Morgen die Politik der USA. [...] Netanjahus Idee gibt es schon seit mindestens 25 Jahren. Es geht auf ein Dokument mit dem Titel "[Clean Break](#)" zurück, das Netanjahu und sein amerikanisches Politiker-Team 1996 verfassten, um die Idee der Zweistaatenlösung zu beenden. [...]

**Nach 1999 folgte 2004 die nächste Runde der NATO-Erweiterung, und zwar mit sieben weiteren Ländern: den drei baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien, Slowenien und der Slowakei.** Zu diesem Zeitpunkt war Russland ziemlich verärgert. Diese zweite Welle der NATO-Erweiterung war ein völliger Bruch der Nachkriegsordnung, die zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung vereinbart worden war. Im Wesentlichen handelte es sich um einen grundlegenden Betrug und Verrat der USA an einer Kooperationsvereinbarung mit Russland.

Jeder erinnert sich, weil wir letzte Woche gerade die Münchner Sicherheitskonferenz hatten, dass **Präsident Putin 2007 zur MSC ging, um zu sagen: „Stopp, genug ist genug.“** Natürlich haben die USA nicht zugehört [\[14\]](#). Im Jahr 2008 haben die Vereinigten Staaten Europa ihr langjähriges Projekt der Erweiterung der NATO um die Ukraine und Georgien aufgezwungen. Dies ist auch ein langfristiges Projekt. Ich hörte Herrn Saakaschwili im Frühjahr 2008 in New York City zu, als er vor dem Council on Foreign Relations sprach. Er sagte uns, dass Georgien im Herzen Europas liegt und als solches der NATO beitreten würde. [...] Einen Monat später brach ein Krieg zwischen Russland und Georgien aus, in dem Georgien besiegt wurde. Auch die jüngsten Ereignisse in Tiflis sind für Georgien nicht hilfreich, da Ihre Europa-Abgeordneten dorthin reisen, um Proteste zu schüren. Das rettet Georgien nicht. Das kann dazu führen, dass Georgien völlig zerstört wird.

Einige Monate früher schickte unser ehemaliger CIA-Direktor William Burns, der damals US-Botschafter in Russland war, ein langes [diplomatisches Telegramm an Außenministerin Condoleezza Rice, das den berühmten Titel trug: „Nyet bedeutet Njet“](#). Burns' Botschaft war, dass die NATO-Erweiterung von der gesamten russischen politischen Klasse abgelehnt wurde, nicht nur von Präsident Putin. Wir wissen von diesem Telegramm nur durch Julian Assange. [...]

Wie Sie wissen, wurde Viktor Janukowitsch im Jahr 2010 auf der Grundlage der Neutralität der Ukraine zum Präsidenten der Ukraine gewählt. Russland hatte keinerlei territoriale Interessen oder Absichten in der Ukraine. Ich weiß das, denn ich war in diesen Jahren immer wieder dort. Was Russland im Jahr 2010 verhandelte, war ein 25-jähriger Pachtvertrag bis 2042 für den Marinestützpunkt Sewastopol. Das war's. Es gab keine russischen Forderungen für die Krim oder für den Donbass – überhaupt nichts dergleichen. Die Vorstellung, Putin würde das russische Imperium wiederaufbauen, ist kindische Propaganda. Entschuldigung.

[...] Vor dem Putsch von 2014 gab es also überhaupt keine territorialen Forderungen Russlands. Dennoch entschieden die Vereinigten Staaten, dass Janukowitsch gestürzt werden müsse, weil er für Neutralität und gegen die Aufnahme der Ukraine in die NATO war. Das nennt man eine Regime-Change-Operation.

Seit 1947 haben die USA etwa hundert [Regime-Change-Operationen](#) durchgeführt, viele in [Ihren Ländern und viele auf der ganzen Welt](#). Das ist es, was die CIA beruflich macht. [...] Wenn man in der amerikanischen Regierung die andere Seite nicht mag, verhandelt man nicht mit ihnen, sondern man versucht, sie zu stürzen, vorzugsweise im Verborgenen. Wenn es nicht verdeckt funktioniert, macht man es offen. Man sagt immer, es sei nicht unsere Schuld. Sie sind der Aggressor. Sie sind die andere Seite. [...] Das ist das einzige Modell der Außenpolitik, das wir jemals von unserer Regierung und den Massenmedien hören. Die Massenmedien wiederholen es ständig, weil es vollständig von der US-Regierung unterstützt wird.

## 5. Die Maidan-Revolution und ihre Folgen

Im Jahr 2014 arbeiteten die USA aktiv daran, Janukowitsch zu stürzen. Jeder kennt [das Telefonat, das von meiner Kollegin von der Columbia University, Victoria Nuland](#), und dem US-Botschafter Peter Pyatt abgefangen wurde. Bessere Beweise bekommt man nicht. Die Russen fingen ihren Anruf ab und stellten ihn ins Internet. Hören Sie es sich an, es ist faszinierend. [...]

„Spontane Revolution der Würde“? Meine Damen und Herren, bitte, wie sind all diese ukrainischen Medien zur Zeit des Maidan plötzlich aufgetaucht? Woher kam all diese Organisation? Wo kamen all diese Busse her? Wo kamen all diese Leute her? Machst du Scherze? Dies war tatsächlich eine organisierte Aktion. Und das war kein Geheimnis, außer vielleicht für Bürger Europas und der Vereinigten Staaten. Alle anderen verstanden das ganz genau.

Nach dem Putsch kamen dann die Minsker Vereinbarungen, vor allem Minsk II, das übrigens nach dem Vorbild der Südtiroler Autonomie für die Volksdeutschen in Italien gestaltet war. Auch die Belgier können sich sehr gut mit Minsk II identifizieren, da das Abkommen Autonomie und Sprachrechte für die russischsprachigen Menschen in der Ostukraine forderte. Minsk II wurde am 17. Februar 2015 vom UN-Sicherheitsrat einstimmig unterstützt. Doch die Vereinigten Staaten und die Ukraine beschlossen, dass das Abkommen nicht durchgesetzt werden sollte. Auch Deutschland und Frankreich, die Garanten des Normandie-Prozesses, ignorierten das Abkommen. Diese Ablehnung von Minsk II war eine weitere direkte amerikanische unipolare Aktion, bei der Europa, wie üblich, eine völlig nutzlose Nebenrolle spielte, obwohl es Garant des Abkommens war.

Trump gewann die Wahl 2016 und weitete dann die Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Beim Beschuss des Donbass durch die Ukraine gab es viele Tausend Tote. Das Minsk-II-Abkommen wurde nicht umgesetzt.

Dann kam Biden 2021 ins Amt. Ich hoffte auf Besseres, wurde aber wieder zutiefst enttäuscht.

[...] Ende 2021 legte Putin einen letzten Vorschlag auf den Tisch, mit den USA einen Modus Operandi zu erreichen, und zwar mit zwei Entwürfen für ein Sicherheitsabkommen, eines mit Europa und eines mit den Vereinigten Staaten. Er legte am 15. Dezember 2021 den Entwurf für ein russisch-amerikanisches Abkommen auf den Tisch.

Danach hatte ich ein einstündiges Telefonat mit [dem Nationalen Sicherheitsberater] Jake Sullivan im Weißen Haus und flehte ihn an: „Jake, vermeide den Krieg. Du kannst den Krieg vermeiden. Alles, was die USA tun müssen, ist zu sagen: ‘Die NATO wird sich nicht auf die Ukraine ausdehnen.’“ Und er sagte zu mir: „Oh, die NATO wird sich nicht auf die Ukraine ausdehnen. Mach dir darüber keine Sorgen.“ Ich sagte: „Jake, sag es öffentlich.“ „Nein. Nein. Nein. Wir können es nicht öffentlich sagen.“ Ich sagte: „Jake, du wirst einen Krieg wegen etwas haben, das gar nicht passieren wird?“ Er sagte: „Mach dir keine Sorgen, Jeff. Es wird keinen Krieg geben.“

Das zeigt mir, das sind keine sehr klugen Leute. Sie sprechen nur mit sich selbst. Sie reden mit niemandem. [...] Das ist die Essenz der nicht-kooperativen Spieltheorie. Es ist keine Verhandlungstheorie. Das ist keine friedensstiftende Theorie. Es handelt sich um eine einseitige, nicht-kooperative Theorie, wenn man die formale Spieltheorie kennt. Das ist es, was sie spielen. Diese Art von Spieltheorie begann [in der Anwendung] bei der RAND Corporation. Das ist es, was sie immer noch spielen. Im Jahr 2019 gab es ein Papier von RAND mit dem Titel [“Extending Russia: Competing from Advantageous Ground”](#). Unglaublicherweise sagt diese Studie, die veröffentlicht wurde, wie die USA Russland verärgern und schwächen sollten. Das ist buchstäblich die Strategie. Wir versuchen, Russland zu provozieren, wir versuchen, Russland zum Auseinanderbrechen zu bringen, vielleicht durch einen Regimewechsel, vielleicht durch Unruhen, vielleicht durch eine Wirtschaftskrise. So sieht er aus, den Ihr in Europa Euren Verbündeten nennt.

Da stand ich also mit meinem frustrierenden Telefonat mit Sullivan in der eisigen Kälte. Ich hatte zufällig geplant, einen Skitag einzulegen. „Oh, es wird keinen Krieg geben, Jeff.“ Wir wissen, was dann geschah: Die Biden-Regierung weigerte sich, über die NATO-Erweiterung zu verhandeln.

Die dümmste Idee der NATO ist die sogenannte Politik der offenen Tür, die auf Artikel 10 des NATO-Vertrags (1949) basiert. Die NATO behält sich das Recht vor, zu gehen, wohin sie will, solange die Regierung des Gastlandes zustimmt, ohne dass irgendein Nachbar – wie Russland – irgendein Mitspracherecht hat. [...] Erwachsene, auch in Europa, in diesem Parlament, in der NATO, in der Europäischen Kommission, wiederholen dieses absurde Mantra, dass Russland bei der NATO-Erweiterung nichts zu sagen habe. Das ist Unsinn. Das ist nicht einfach kindliche Geopolitik. Das ist einfach überhaupt kein Denken. So eskalierte der Ukraine-Krieg im Februar 2022, als die Biden-Regierung ernsthafte Verhandlungen ablehnte.

## 6. Der Ukraine-Krieg und die Kontrolle der Atomwaffen

Was war Putins Absicht in diesem Krieg? Ich kann Ihnen sagen, was seine Absicht war. Es ging darum, Selenskyj zu Verhandlungen über die Neutralität zu zwingen. [...] Die Idee der russischen Invasion war es, die NATO aus der Ukraine herauszuhalten. Und was ist die NATO eigentlich? Es ist das US-Militär mit seinen Raketen, seinen CIA-Einsätzen und all dem Rest. Russlands Ziel war es, die USA von seiner Grenze fernzuhalten. Warum ist Russland so daran interessiert? Stellen Sie sich vor, wenn China oder Russland beschließen würden, eine Militärbasis am Rio Grande oder an der kanadischen Grenze zu errichten: Würden da nicht nur die Vereinigten Staaten ausflippen? Wir hätten innerhalb von etwa zehn Minuten Krieg. Als die Sowjetunion dies 1962 in Kuba versuchte, endete die Welt fast in einem nuklearen Armageddon. [...] Der Rahmen für die Kontrolle der Atomwaffen beruhte zum großen Teil auf dem Versuch, einen Erstschlag zu verhindern. **Der ABM-Vertrag** war ein entscheidender Bestandteil dieser Stabilität. Die USA sind 2002 einseitig aus dem ABM-Vertrag ausgestiegen. Das hat dazu geführt, dass bei den Russen eine Dichtung durchgebrannt ist. Alles, was ich über die NATO-Erweiterung beschrieben habe, geschah im Zusammenhang mit der **Zerstörung des Rahmens der Atomwaffenkontrolle durch die USA**. Ab 2010 begannen die USA, Aegis-Raketenabwehrsysteme in Polen und später in Rumänien zu stationieren. Russland gefällt das nicht. [...] Eine der Fragen, die im Dezember 2021 und Januar 2022 auf dem Tisch lagen, war die Frage, ob die Vereinigten Staaten das Recht beanspruchen, Raketensysteme in der Ukraine zu stationieren. Nach Angaben des ehemaligen CIA-Analysten Ray McGovern sagte Blinken im Januar 2022 gegenüber Lawrow, dass sich die Vereinigten Staaten das Recht vorbehalten, Raketensysteme in der Ukraine zu stationieren.

Das, meine lieben Freunde, ist Euer vermeintlicher Verbündeter. Und jetzt wollen die USA Mittelstreckenraketenysteme in Deutschland stationieren. Denken Sie daran, dass die Vereinigten Staaten 2019 aus dem INF-Vertrag ausgestiegen sind. Im Moment gibt es keinen Rahmen für eine Kontrolle der Atomwaffen [20]. Im Grunde genommen gibt es hier keinerlei Einschränkungen.

Als Selenskyj wenige Tage nach der russischen Invasion sagte, die Ukraine sei bereit für die Neutralität, war ein Friedensabkommen in Reichweite. Ich kenne die Details, weil ich mit wichtigen Verhandlungsführern und Vermittlern ausführlich gesprochen habe und viel aus den öffentlichen Verlautbarungen anderer gelernt habe. Kurz nach Beginn der Verhandlungen im März 2022 wurde zwischen den Parteien ein Dokument ausgetauscht, das Präsident Putin genehmigt und Lawrow vorgelegt hatte. Dies wurde von den türkischen Vermittlern gesteuert. Ich bin im Frühjahr 2022 nach Ankara geflogen, um aus erster Hand und ausführlich zu hören, was in der Mediation passiert ist. Die Quintessenz ist folgende: Die Ukraine ist einseitig von einer Beinahe-Einigung abgerückt.

## 7. Das Ende des Ukraine-Krieges

Warum hat sich die Ukraine aus den Verhandlungen zurückgezogen? Weil die Vereinigten Staaten es ihnen gesagt haben und weil das Vereinigte Königreich dem Ganzen das Sahnehäubchen aufgesetzt hat, indem es BoJo [Boris Johnson] Anfang April nach Kiew in die Ukraine reisen ließ, um das Gleiche zu sagen. Keir Starmer entpuppt sich als noch schlimmer, als noch kriegstreiberischer. Es ist unvorstellbar, aber es ist wahr. [Boris Johnson](#) erklärte, und Sie können es im Internet finden, dass es hier um nichts Geringeres als die westliche Hegemonie geht! Nicht um die Ukraine, sondern um die westliche Hegemonie!

Michael von der Schulenburg und ich trafen uns im Frühjahr 2022 mit einer Expertengruppe im Vatikan und verfassten [ein Dokument](#), in dem wir erklärten, dass aus einem fortgesetzten Krieg nichts Gutes entstehen kann [...], dass die Ukraine sofort verhandeln sollte, denn Verzögerungen würden viele Tote, die Gefahr einer nuklearen Eskalation und möglicherweise eine völlige Niederlage in diesem Krieg bedeuten.

Ich möchte kein Wort von dem ändern, was wir damals geschrieben haben. Nichts war falsch an diesem Dokument. Seitdem die USA der Ukraine die Verhandlungen ausgedreht haben, sind vielleicht eine Million Ukrainer gestorben oder schwerverletzt worden. Und amerikanische Senatoren, die so gemein und zynisch sind, wie man es sich nur vorstellen kann, sagen, dass dies eine wunderbare Ausgabe von US-Geldern ist, weil keine Amerikaner sterben. Es ist der reine Stellvertreterkrieg. Einer unserer Senatoren, Richard Blumenthal aus Connecticut, hat das laut gesagt. Mitt Romney hat das laut gesagt. [...]

Ich habe die Ukrainer beraten, ich bin nicht gegen die Ukraine, ich bin pro-ukrainisch, ich habe gesagt: Bewahrt Euer Leben, bewahrt Eure Souveränität, bewahrt Euer Territorium, bleibt neutral. Hören Sie nicht auf die Amerikaner! Ich wiederholte ihnen das berühmte Sprichwort von Henry Kissinger: Ein Feind der Vereinigten Staaten zu sein, ist gefährlich, aber ein Freund zu sein, ist tödlich.

Lassen Sie mich das für Europa wiederholen: Ein Feind der Vereinigten Staaten zu sein, ist gefährlich, aber ein Freund zu sein, ist fatal.

## 8. Die Trump-Regierung

Lassen Sie mich mit ein paar Worten über Präsident Donald Trump schließen. Trump will nicht, dass er wie Biden den Krieg verliert. Das ist der Grund, warum Trump und Präsident Putin wahrscheinlich zustimmen werden, den Krieg zu beenden.

Selbst wenn Europa seine Kriegstreiberei fortsetzt, wird das keine Rolle spielen. Der Krieg geht zu Ende. Also, bitte, sagen Sie es Ihren Kollegen. „Es ist vorbei.“ Es ist vorbei, weil Trump nicht an einem Verlierer festhalten will. Das Land, welches durch die Verhandlungen, die jetzt stattfinden, gerettet wird, ist die Ukraine. Der zweite Verlierer ist Europa. [...]

Die Europäische Union sollte der wichtigste Handelspartner Russlands sein. Europa und Russland haben komplementäre Volkswirtschaften. Die Voraussetzung für einen für beide Seiten vorteilhaften Handel ist sehr gut. [...] Die Trump-Regierung ist im Kern imperialistisch. Trump glaubt offenbar, dass die Großmächte die Welt beherrschen. Die USA werden rücksichtslos und zynisch sein, ja, auch gegenüber Europa. Gehen Sie nicht betteln nach Washington. Das wird Ihnen nicht helfen. Es würde wahrscheinlich die Rücksichtslosigkeit noch verstärken. Stattdessen sollten Sie eine echte europäische Außenpolitik betreiben.

Ich sage also nicht, dass wir uns im neuen Zeitalter des Friedens befinden, aber wir befinden uns derzeit in einer ganz anderen Art von Politik, einer Rückkehr zur Großmachtspolitik. [...] Europa braucht eine Außenpolitik, die realistisch ist, die die Situation Russlands versteht, die die Situation Europas versteht, die versteht, was Amerika ist und wofür es steht, und die versucht, eine Invasion Europas durch die Vereinigten Staaten zu verhindern. [...]

## 9. Über den Nahen Osten und China

Was den Nahen Osten betrifft, so haben die USA die Außenpolitik vor 30 Jahren vollständig an Netanjahu abgegeben. Die Israel-Lobby dominiert die amerikanische Politik. Der einzige Weg für Europa, Frieden an den Grenzen zum Nahen Osten zu haben, ist die Zweistaatenlösung. Es gibt nur ein Hindernis dafür, und das ist das Veto der Vereinigten Staaten im UN-Sicherheitsrat auf Geheiß der Israel-Lobby. Wenn Sie also wollen, dass die EU einen gewissen Einfluss hat, dann sagen Sie den Vereinigten Staaten, dass sie das Veto fallen lassen sollen. In dieser Hinsicht würde die Europäische Union mit rund 180 anderen Ländern der Welt zusammenarbeiten. Die einzigen, [die gegen einen palästinensischen Staat sind](#), sind im Grunde die Vereinigten Staaten, Israel, Mikronesien, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, Argentinien und Paraguay. [23]

Der Nahe Osten ist ein Ort, an dem die Europäische Union einen großen geopolitischen Einfluss ausüben könnte. Dennoch hat Europa über den Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) und den Iran geschwiegen, und etwa die Hälfte Europas hat über Israels Kriegsverbrechen und die Blockade der Zweistaatenlösung ebenfalls geschwiegen. Netanjahus größter Traum im Leben ist der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran. Und er hat nicht aufgegeben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es auch zu einem Krieg zwischen den USA und dem Iran kommen wird. Doch Europa könnte den Krieg verhindern – wenn Europa eine eigene Außenpolitik hätte. Ich hoffe, dass Trump Netanjahus Griff auf die amerikanische Politik beenden wird. Selbst wenn nicht, kann die EU mit dem Rest der Welt zusammenarbeiten, um Frieden in den Nahen Osten zu bringen.

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu China sagen: China ist kein Feind. China ist nur eine große Erfolgsgeschichte. Das ist der Grund, warum China von den Vereinigten Staaten als Feind angesehen wird, weil China mittlerweile eine größere Volkswirtschaft hat als die Vereinigten

Staaten (gemessen an internationalen Preisen). (Anm. 3) Die USA widersetzen sich der Realität. Europa sollte dies nicht tun. Lassen Sie mich wiederholen: China ist kein Feind und keine Bedrohung. Es ist ein natürlicher Partner Europas im Handel und bei der Rettung der globalen Umwelt. Das ist alles. Vielen Dank.

[anhaltender Beifall]

### Anmerkungen:

[1] Siehe auch meinen Artikel "How the Neocons Chose Hegemony Over Peace in the Early 1990s", [der hier verfügbar ist](#).

[2] Siehe Dennis Fritz, "Deadly Betrayal: The Truth about why the United States Invaded Iraq", OR Books, 2024. [Link hier](#).

[7] Es war eine Vereinbarung, wenn auch nur mündlich, da Gorbatschow gegenüber den USA und Deutschland die Bedeutung des amerikanisch-deutschen Versprechens betonte, die NATO nicht nach Osten zu erweitern.

[14] Am 10. Februar 2007 hielt der russische Präsident Wladimir Putin eine Rede auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz. Die Rede finden Sie hier.

[20] Die Vereinigten Staaten haben sich am 2. August 2019 formell aus dem Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF) zurückgezogen, nachdem am 2. Februar 2019 eine sechsmonatige Aussetzungsfrist verhängt worden war.

[23] Die Vereinten Nationen können den Nahostkonflikt beenden, indem sie Palästina als Mitglied aufnehmen. [Link zu meinem Artikel hier](#).

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=129862>

(SiG-Red., Anm. 1): Die Herrschaft über das Schwarzmeer ist Teil der von Halford Mackinder, einem britischen Geographen, 1904 entwickelten Herzlandtheorie, einer Weltmachttheorie, die Eurasien als Herzland und Eurasien zusammen mit Afrika als Weltinsel definiert. Die Herrschaft über das Herzland und die Weltinsel begründet die Herrschaft über die Welt. Diese Theorie wurde in den USA aufgegriffen und dort zu einer allgemeinen geopolitischen Theorie, die inzwischen der US-Außenpolitik zugrunde liegt, bestärkt durch Zbigniew Brzezinski, politischer Berater US-amerikanischer Präsidenten von Lyndon B. Johnson, Jimmy Carter und John F. Kennedy bis hin zu Barack Obama. Die Ukraine nimmt im Zugang zu Eurasien eine Schlüsselstelle ein. S. Zbigniew Brzezinski The Grand Chessboard (1997), Ulrike Guérot Heartlandtheorie (2022), Kriegsspiele Jonas Tögel (2025)

(SiG-Red., Anm. 2) Bundesregierung zum Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999: „Einsatz war nicht völkerrechtswidrig“ – [NDS](#), 24.03.2025

(SiG-Red., Anm.3) David Goeßmann, 03.04.25, [Telepolis](#): „[...] So heißt es in dem Pentagon-Memo, dass die USA ‚bei der Planung von Eventualitäten für einen Krieg der Großmächte nur den Konflikt mit Beijing in Betracht ziehen‘ und die ‚Bedrohung durch Moskau weitgehend den europäischen Verbündeten überlassen.‘ [...]“

### SiG-Redaktion zu seiner Person:

<https://www.jeffsachs.org/> Jeffrey Sachs ist Absolvent der Harvard Universität, hatte dort eine Professur für Ökonomie inne und war Professor an der Columbia Universität. 2024 und 2005 zählt er lt. Time Magazine zu den 100 einflussreichsten Wissenschaftlern und Denkern der Welt. Von 2001 bis 2018 war er Sonderberater der UN-Generalsekretäre Kofi Annan, Ban Ki-moon und Antonio Guterres.

# Trumps "Friedensvorschlag"

## Gespräch Trump Selenskyj - auf Phoenix:

[https://www.youtube.com/watch?v=gr\\_1JTgDIF8](https://www.youtube.com/watch?v=gr_1JTgDIF8) (28.02.25)

Patrick Baab

### Der Ukraine-Krieg oder die historische Niederlage des Westens

[infosperber.ch](https://www.infosperber.ch), 09.03.25 - **Die Ukraine wurde zur Schlachtbank geführt. Deutschland ist der grösste ökonomische Verlierer. Wir alle werden die Zeche zahlen.**

[...] Noch wird an einer Frontlinie von mehr als 1300 Kilometern überall heftig gekämpft. Allein auf ukrainischer Seite dürften inzwischen 600'000 Soldaten gefallen sein, auf russischer Seite mehr als 100'000. Mindestens so viele Menschen wurden schwer verletzt, haben Arme oder Beine verloren, wurden geblendet und verstümmelt, der Kiefer wurde ihnen weggeschossen. Sie bleiben zurück als Krüppel, schwer gezeichnet für des Lebens kläglichen Rest. [...] Ich fasse zusammen:

1. Der Westen hat den Krieg in der Ukraine verloren. Washington verabschiedet sich von Europa und fügt sich in die multipolare Realität. Die USA konzentrieren sich ganz auf den Kampf gegen China. Washington europäisiert den Krieg.
2. Die Ukraine wird geteilt. Die Gebiete, die der Russischen Föderation eingegliedert wurden, bleiben russisch. Moskau fordert 30 Prozent des ukrainischen Gebiets, wird aber auf Odessa und Charkiw verzichten müssen.
3. Die Hinwendung Russlands nach Asien ist irreversibel. Dem Westen wird es nicht gelingen, Peking und Moskau zu spalten.
4. Trump wird die EU dazu zwingen, die Ukraine aufzunehmen und den Wiederaufbau zu bezahlen. Dadurch blutet die EU finanziell aus und wird auseinanderfallen. Europa wird wirtschaftlich und politisch zum Hinterhof der Weltökonomie und der Geopolitik.

5. Der wirtschaftliche Niedergang des Westens ist langfristig unaufhaltsam. Aussenministerin Baerbock verplappert sich und erwähnt ein neues Rüstungspaket der EU für die Ukraine in Höhe von 800 Milliarden Euro, das beschlossen werden soll. Damit hat die EU entschieden, mit dem sinkenden Schiff unterzugehen.

6. Der Westen ist gespalten. Die USA werden sich teilweise aus Europa zurückziehen, aber die Nato als Disziplinierungs- und Kontrollinstrument gegenüber den Europäern erhalten. Die EU soll künftig allein die Russische Föderation eindämmen.

7. Die Realitätsverweigerung europäischer Eliten dauert an. Provokationen wie die von Annalena Baerbock, den Taurus zu liefern und Russlands Hinterland anzugreifen, könnten Moskau zu einem Präventivschlag bewegen und eine nukleare Katastrophe herbeiführen.

8. Von einer gesamteuropäischen Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer, unteilbarer Sicherheit sind wir weiter entfernt denn je.

9. Zu verdanken haben wir dies Politikern und einer akademischen Schicht, die nicht wissen, was Krieg heisst.“

(Aus dem ausführlichen Text auf [infosperber.ch](https://www.infosperber.ch))

### Was sagen Militärs?

«[Trump hat recht](#)»: Nato-General a.D. **Harald Kujat** über den Selenskyj-Eklat in Washington (02.03.25)

**Erich Vad** über Selenskyj, Merz und Europa (05.03.25):  
<https://www.youtube.com/watch?v=ccXPJ0ex9Cw>

Deutscher Militär (-Experte), **Wolfgang Richter**, Oberst a.D.,  
[infosperber](https://www.infosperber.ch) (29.03.25)

**23.02.2025 - Lula da Silva:** "Brasilien wird keine Truppen in die Ukraine schicken. Brasilien wird nur eine Mission für den Frieden entsenden, um den Frieden auszuhandeln", sagte er und betonte, dass seine Regierung weiterhin zur Lösung des Konflikts in der Ukraine durch Verhandlungen beitragen werde." [Weiterlesen](#)

## Analysen zur globalen Lage: Werner Rügemer; Peter Wahl

### „Europäische Union: Ausweg aus dem gefährlichen Vasallen-Status“ – Vortrag von Dr. Werner Rügemer,

22. März 2025 auf der Friedenspolitischen Konferenz der Bundesarbeitsgruppe Globalisierung und Krieg in Frankfurt/Main <https://youtu.be/si2gktzHiL0>

Schrift: [EU - Ausweg aus dem gefährlichen Vasallenstatus](#)  
Aktuelle Buchveröffentlichung zu diesem Thema: **Werner Rügemer: Verhängnisvolle Freundschaft. Wie die USA Europa eroberten**, erste Phase: Vom 1. zum 2. Weltkrieg.  
[www.werner-ruegemer.de](http://www.werner-ruegemer.de)

13.03.2025 - **Die Weltordnung im Umbruch 2025 - ein Jahr voll außergewöhnlicher Herausforderungen.**  
Referent: Peter Wahl [Video-Aufnahme](#)

Veranstalter: attac Freiburg u.a.

In **4 Kapiteln** gibt Peter Wahl einen Einblick in die Grundlinien des aktuellen Umbruchs der unipolaren Weltordnung unter der Hegemonie der USA hin zu einer multipolaren Weltordnung.

**Die USA** getrieben von einer seit mehr als 100 Jahren geltenden „Superioritätsideologie“ streben in einer multipolaren Weltordnung die Rolle eines primus inter pares an. Völkerrechtsnihilismus, Blindheit für existentielle Interessen anderer und hegemonialer Duktus sind die Kennzeichen.

**Die EU** auf der Weltbühne abgehängt, gekennzeichnet durch Instabilität der politischen Systeme, geschwächt durch zentrifugale Tendenzen und Spaltungslinien und ohne strategisches Zentrum rettet sich in eine Wagenburgmentalität. Militarisation der Gesellschaft ist die Folge. Der **Ukraine-Krieg** wird in diplomatische Bahnen übergeleitet. Ein NATO Beitritt wird nicht möglich sein, die Ukraine wird den status quo akzeptieren müssen. Ein neuer Kalter Krieg wird die Nachkriegszeit kennzeichnen.

Eine **starke Friedensbewegung** tut not. Dies bedeutet Vernetzung mit allen kritischen Gruppen und Organisationen, Absage an den Rüstungswettlauf, an mentale Aufrüstung und Euro-Patriotismus, Alternativen für ein Europa des Friedens und ein entschiedenes Nein zur Russophobie.



## Zum EU-White Paper für „Verteidigungsbereitschaft bis 2030“

[JOINT WHITE PAPER for European Defence Readiness 2030](#). Hrsg.: HIGH REPRESENTATIVE OF THE UNION FOR FOREIGN AFFAIRS AND SECURITY POLICY. Brüssel, 19.3.2025

20.3.2025

1. Dreh- und Angelpunkt des Papiers ist die wahnhafte Behauptung einer umfassenden Bedrohung der kompletten EU durch Russland, militärisch (konventionell wie atomar), sowie unterhalb der militärischen Schwelle durch hybride Kriegführung, Propaganda, Agenten aller Art und Unterwanderung. Dagegen müsse man bis spätestens 2030 eine ausreichende Abschreckung aufbauen. Diese „Bedrohungsanalyse“ reflektiert weitgehend das Weltbild der baltischen Ultras Kallas und Kubilius.

2. Das Paper hat auch China auf dem Kieker. Dazu wird die Konstruktion des Gegensatzes von Auto- und Demokratie bemüht. Als Bedrohung gelten auch Iran und – noch weiter weg – Nordkorea.

3. Es wird ausschließlich in Kategorien militärischer Kräfteverhältnisse gedacht. Diplomatie, Verhandlungen, Rüstungskontrolle oder gar Kooperation auch mittelfristig nach einem Ende des Ukrainekrieges kommen nicht vor. Die Sanktionspolitik wird nicht erwähnt.

4. Stattdessen soll die Ukraine hochgerüstet und zu einem Vorposten der EU gemacht werden. Das läuft auf NATO-light für eine aggressiv revanchistische Ukraine hinaus. Das ist für Moskau – legitimerweise - inakzeptabel. Aber so hofft man, einen Deal zwischen Trump und Putin zu hintertreiben und mit dem russophoben Bedrohungswahn die kriegsengeschüttelte Wagenburg zusammenzuhalten.

5. Der Kurswechsel der USA wird nur mit äußerst zurückhaltender Höflichkeit und eher am Rande erwähnt. Dabei wird eher selbstkritisch Verständnis dafür geäußert, dass man seit Jahren die Ermahnungen Washingtons zur Erhöhung der Rüstungsanstrengungen nicht ernst genommen hat. Von der Leyen hat schärfere Formulierungen gegenüber den USA aus dem Paper rausgestrichen (FAZ).

6. Nuklearwaffen kommen nicht vor, obwohl es heute ohne die Atombombe keinen Weltmachtstatus gibt. Grund ist aber nicht eine Ablehnung von Atomwaffen, sondern das Thema ist ein heißes Eisen mit Spaltungspotential. Macron möchte gern die Force de frappe als Ersatz für die sog. nukleare „Teilhabe“ an US-Bomben. Das wollen mindestens Berlin und Warschau nicht, weil es französische Hegemonie in der internen machtpolitischen Hierarchie bedeuten würde.

7. Im Teil mit konkreten Maßnahmen ist sehr bemerkenswert die Selbstbeschränkung auf Koordinierung, Unterstützung und Ermöglichung. "Die Mitgliedstaaten werden stets die Verantwortung für ihre eigenen Truppen behalten, von der Doktrin bis zum Einsatz und für die Festlegung der Bedürfnisse ihrer Streitkräfte. Darüber hinaus wird die EU stets so handeln, dass der spezifische Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigt wird." (Kap 3; S. 5 (1) )

Mit Ausnahme der 150 Mrd. EU-Anteil an den 800 Milliarden Euro, sowie evtl. zentralisierter Einkäufe von Rüstungsgütern (wie beim Corona-Impfstoff). Im Kern bleibt das Militärische in nationaler Verantwortung und Souveränität. So gibt es dann auch keinerlei Versuch, die bestehenden supranationalen Strukturen (EU-Generalstab, die gemeinsame Brigade etc.) auszubauen. Die Fans einer „europäischen Armee“ werden enttäuscht sein.

8. Dahinter steckt erstens die realistische Einsicht, dass die Entscheidung über Militärisches und Krieg zum harten Kern von Staatlichkeit gehört, und die wollen viele Mitgliedsstaaten nicht an Brüssel abgeben. Insofern steckt in dem Paper auch etwas integrationspolitischer Realismus. Dazu passt auch unter der Analyse der Schwächen, und zwar an erster Stelle, die Feststellung der "Schwäche ... um eine klare zentrale Richtung vorzugeben." (1) Das ist verklausuliert die Tatsache, dass die Hybridkonstruktion aus Staatenbündnis und supranationalen Elementen nicht über die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit eines Nationalstaates verfügt.

Zweitens wird die Tür zur NATO offengehalten, die die eingefleischte Transatlantikerin von der Leyen noch nicht aufgeben will. Sie spekuliert wohl auch darauf, dass Trump Zeitdruck hat und in vier Jahren weg ist.

9. Die Maßnahmen sind stark auf die Rüstungswirtschaft fokussiert. Im Sinne des Draghi-Reports soll vor allem die Rüstungswirtschaft als Faktor gegen den wirtschaftlichen Niedergang mobilisiert werden.

(1) Übersetzung: SiG-Red.

### Anmerkungen der SiG-Redaktion:

**Zum Weißbuch:** Christoph Marischka, Mit Volldampf auf Kriegskurs, 26.03.2025, [IMI](#); Özlem Alev Demirel und Jürgen Wagner: Europe first, 25.03.2025, [IMI](#)

Zur **Militärpolitik der EU:** The European Defence Agency (EDA) <https://eda.europa.eu>

### EU-Vertrag von 2009:

[Art. 42 Abs. 7 EUV](#) verpflichtet die Mitgliedstaaten im Fall eines bewaffneten Angriffs „alle in ihrer Macht stehenden Hilfe und Unterstützung im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen“ zu gewähren.

Anders als die Beistandsverpflichtung des [Art. 5 NATO-TS](#) können sich die Mitgliedstaaten nicht auf Maßnahmen beschränken, die sie selbst für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien für erforderlich halten.

Im **Abs. 7** heißt es auch: „Die Verpflichtungen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich bleiben im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertrags-Organisation eingegangenen Verpflichtungen, die für die ihr angehörenden Staaten weiterhin das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung und das Instrument für deren Verwirklichung ist.“

## Andreas Zumach Sackgasse Aufrüstung

**Interview: Raul Zelik , [ND 06.03.2025](#)**

[...] Nach dem Ende der Sowjetunion gab es ernsthafte Bemühungen, eine Friedensordnung unter dem Dach der OSZE aufzubauen. Beendet wurde das durch eine Entscheidung der Bush-Regierung, die eine enge europäisch-russische Zusammenarbeit als Gefahr betrachtete. Wenn eine funktionierende Friedensarchitektur entstanden wäre, hätten die Europäer die NATO nicht mehr benötigt. Seit 1995 haben die USA die OSZE deshalb systematisch torpediert.

**Jetzt allerdings scheinen die USA selbst die NATO zerschlagen zu wollen.**

Bei der ganzen Aufregung um Donald Trump sollte man nicht vergessen, dass sich vieles schon lange angedeutet hat. Es gibt einen Abstieg der USA und einen Aufstieg Chinas. Schon seit der Obama-Regierung wird in den USA darüber debattiert, wie man mit dieser Herausforderung umgehen soll: durch Kooperation oder Konfrontation – auch militärisch. Unter Trump hat man den Konflikt wirtschaftspolitisch zugespitzt, Biden hat das alles übernommen. Und die neue Trump-Regierung ist nun der Ansicht, dass man Russland in eine enge Partnerschaft mit China hineingedrängt und China damit gestärkt hat. Das ist der eigentliche Kern der strategischen Neuausrichtung der USA. Diese hätte es auch unter einer Präsidentin Harris gegeben – wenn auch weniger schroff gegenüber Europa und der Ukraine.

**Sie und andere Autoren haben unlängst das Papier »Sicherheit neu denken« veröffentlicht. Auch Sie konstatieren, dass es eine neue europäische Sicherheitspolitik geben muss, ziehen dann allerdings ganz andere Schlüsse, als man sie sonst in Europa zu hören bekommt.**

Es gibt fatale Fehleinschätzungen, was Russland betrifft. Auch ohne die USA übertreffen die europäischen Militärausgaben die Russlands um ein Vielfaches. Auch bei konventionellen Waffensystemen ist Europa Russland klar überlegen. Die einzige Lücke ist das Nukleararsenal. Wenn man den militärischen Weg einschlagen wollte – wofür ich absolut nicht bin –, dann wären die französischen und britischen Atomwaffen als Abschreckungsinstrumente völlig ausreichend. Diese ganze Aufrüstungshysterie, die die öffentliche Debatte beherrscht, ist unfundiert und eine fürchterliche Sackgasse. Wenn diese Pläne umgesetzt werden, kann man jede Sozial- und Klimapolitik, jede globale Armutsbekämpfung dauerhaft vergessen. Deswegen ist es jetzt unsere wichtigste Aufgabe, dieser Bedrohungsbehauptung zu widersprechen. Putins Interesse ist es, die Krim, den Donbass und das Asowsche Meer zu halten. Schlimm genug! Aber die Vorstellung, dass er danach die gesamte Ukraine besetzen könnte, ist grotesk. Dieses riesige Land zu besetzen und die Bevölkerung zu kontrollieren ist für Russland undenkbar. Ganz zu schweigen von der Vorstellung, Russland könnte danach noch Polen oder Deutschland überfallen. Solche Szenarien sind völlig unseriöser Unfug.

**In Ihrem Papier sprechen Sie für eine »zivile Geostrategie der EU«. Wie könnte die aussehen?**

Über diesen überwiegend militärisch konnotierten Begriff bin ich nicht glücklich. Ich bevorzuge den Begriff der »poli-

tischen Souveränität« Europas. Das hätte die EU schon vor 20 Jahren machen können – zum Beispiel hätte sie im Nahostkonflikt auf Verhandlungslösungen drängen können. Auch in dem sehr eskalationsträchtigen Streit um die Wasserreserven in Tibet zwischen Indien und China hätte die EU längst aktiv vermitteln sollen. Doch genau diese Möglichkeit zerstört man, wenn Deutschland Kriegsschiffe durch die Taiwan-Straße schickt, um den Chinesen irgendetwas zu demonstrieren. Die EU hat, auch was ihr eigenes Überleben als Staatenbund angeht, nur eine Chance, wenn sie sich als ziviler Großakteur einbringt und auf militärisches Gebaren verzichtet. Wenn sie dazu nicht in der Lage ist, wird sie auseinanderfliegen.

**Unter »europäischer Souveränität« sollen wir uns also nicht den Aufbau einer europäischen Armee vorstellen?**

Absolut nicht. Das einzige militärische Instrument zur Befriedung von Gewaltkonflikten sind Blauhelmeinsätze unter UN-Mandat. Alles andere ist in den letzten 30 Jahren überall gescheitert: Jugoslawien, Afghanistan, Irak. Daher sind auch die ganzen Debatten um europäische Militärs in der Ukraine kompletter Unsinn. Wenn dort eine Waffenruhe gesichert werden soll, kann das nur durch eine UN-mandatierte Friedenstruppe mit erheblichen Kontingenten aus dem Globalen Süden geschehen.

**Sie plädieren für die Stärkung multilateraler Organisationen wie der OSZE. Aber im Moment erleben wir eher, dass sich niemand mehr für das Völkerrecht interessiert. Vornweg auch EU-Staaten, die den internationalen Haftbefehl gegen Netanjahu ignorieren.**

Das Völkerrecht wurde 1945 nach dem tiefsten zivilisatorischen Einbruch der modernen Menschheitsgeschichte etabliert. Erst nach dieser Katastrophe gelang es, eine Charta zu verfassen, die die Gewaltanwendung gegen Länder ächtete. Das war – ebenso wie die Vereinbarung universell gültiger Menschenrechtsnormen – ein gewaltiger zivilisatorischer Fortschritt, den wir heute mit Klauen und Zähnen verteidigen müssen!

Wir stehen vor der Alternative, ob wir in einen bipolaren Konflikt zwischen den USA und China zurückfallen, mit dem die Lösung aller großen Probleme der Gegenwart unmöglich sein wird, oder ob sich ein multilaterales System mit sechs oder sieben Akteuren herausbildet. Aus Sicht des Globalen Südens ist die Erzählung, wir würden in eine globale Auseinandersetzung zwischen westlichen Demokratien und autoritären Schurkenstaaten wie Russland und China hineinlaufen, ein Witz. Schauen Sie sich die reale Politik des Westens in den letzten Jahrzehnten an.

Deshalb gibt es zur Verteidigung des multilateralen Systems und des Völkerrechts überhaupt keine Alternative. Das wird allerdings global und in Europa nur gelingen durch ein starkes Engagement der Zivilgesellschaften. Deswegen erscheint mir der Abbruch aller zivilgesellschaftlicher Kontakte nach Russland auch als großer Fehler."

*Der Publizist Andreas Zumach ist Experte für internationale Beziehungen und arbeitete 1988 bis 2020 als Korrespondent für verschiedene Medien bei den Vereinten Nationen.*

# Jürgen Wagner

## Die Ära der Aufrüstung

5. März 2025, am 21. März 2025 aktualisiert

### Berlin: Rüstung geht immer I

Laut [Schätzungen der NATO](#) beliefen sich die deutschen Militärausgaben im Jahr 2024 auf 90,58 Mrd. Euro (2,12 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, BIP).

Der Betrag setzt sich zusammen aus dem offiziellen Verteidigungshaushalt von 51,95 Mrd. Euro, hinzu sollten 19,8 Mrd. aus dem Sondervermögen und 18,83 Mrd. Euro nach NATO-Kriterien (militärrelevante Ausgaben aus anderen Haushalten, v.a. für Waffenlieferungen an die Ukraine) kommen (weil ein zeitiger Mittelabruf teils nicht gelang, waren es real wohl rund [4,6 Mrd. Euro weniger](#)).

Obwohl die Ausgaben damit zwischen 2014 (34,75 Mrd. Euro) und 2024 (90,58 Mrd. Euro) bereits drastisch gestiegen sind (wieder laut [NATO](#)), soll damit das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht sein. Schon im Wahlkampf lieferten sich die Kandidaten einen regelrechten Überbietungswettbewerb in Sachen Militärausgaben. Den Anfang machte Grünen-Spitzenkandidat Robert Habeck, der Militärausgaben von 3,5% des BIP [forderte](#). Auch CSU-Chef Markus Söder [gab zum Besten](#), die Verteidigungsausgaben müssten künftig „deutlich über drei Prozent“ des BIP liegen. Und Unions-Spitzenkandidat Friedrich Merz [äußerte](#) sich: „Ob es nun zwei 2,5 oder 5 Prozent sind, ehrlich gesagt, das hat für mich nur eine zweitrangige Bedeutung.“ Es müsse sichergestellt sein, „dass wir das notwendige Geld haben, um die Bundeswehr wieder in die Lage zu versetzen, ihren Auftrag zu erfüllen“, wovon sie aktuell „ziemlich weit entfernt“ sei.

Noch vor der Wahl wurde dann auch in der [Presse berichtet](#), die NATO beabsichtige auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 2025 eine Erhöhung des Mindestausgabenziels von bislang 2 Prozent des BIP auf 3 bis 3,5 Prozent des BIP zu beschließen. Um an diese Werte konkretere Preisschilder zu kleben: 2024 belief sich das deutsche BIP auf 4305 Mrd. Euro, der Haushalt umfasste 476,81 Mrd. Euro. 3,5% des BIP hätten Militärausgaben von ziemlich genau 150 Mrd. Euro bedeutet – rund 32% des gesamten Haushaltes. Würden europaweit mindestens 3,5 Prozent des BIP ausgegeben, würden die Militärausgaben auf knapp 600 Mrd. Euro explodieren – **Russland** kam laut [Military Balance](#) 2024 auf Militärausgaben von 145,9 Mrd. Dollar. Obwohl sich hier völlig zurecht die Frage aufdrängt, ob die hier durch die Gegend geisternen Zahlen noch in irgendeinem auch nur entfernt plausiblen Verhältnis zur potentiellen Bedrohung stehen, war die massive Erhöhung der Militärausgaben bei fast allen Parteien völlig unstrittig – uneins war man sich lediglich lange wie dies finanziert werden soll.

Zur Auswahl standen haushaltsinterne Umschichtungen, die aber in diesen Größenordnungen schlicht nicht zu machen sind, wie auch die Union irgendwann einsehen musste. Zwischenzeitlich schien es, als werde ein neues Bundeswehr-

Sondervermögen ausgelobt, die Rede war zunächst von 200 Mrd. Euro., dann von 400 Mrd. Euro. Nun scheinen sich Union und SPD auf eine dritte Variante verständigt zu haben: Militärausgaben oberhalb von 1 Prozent des BIP sollen künftig von der Schuldenbremse ausgenommen werden, wobei es dabei wohl weder eine zeitliche noch eine finanzielle Grenze zu geben scheint. Das Fachportal Europäische Sicherheit & Technik [schreibt](#) dazu: „Die Höhe der zusätzlich verfügbaren Finanzmittel ist, soweit bekannt, nicht begrenzt. Beobachter schätzen, dass bis zu 400 Milliarden Euro bereitgestellt werden könnten.“

Auf [Initiative](#) der Grünen wurden gegenüber dem ursprünglichen Antrag von SPD und Union auch noch die Ausgaben in den Bereichen Zivil- und Bevölkerungsschutz, Cybersicherheit, Nachrichtendienste und die Unterstützung für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten umfassen (also v.a. die Kosten für die Waffenlieferungen an die Ukraine) von der Schuldenbremse ausgenommen.

Bei diesem demokratisch überaus fragwürdigen Hauruckverfahren war deshalb so große Eile geboten, weil Linke und AfD im nächsten Bundestag angesichts der für diese Änderung erforderlichen 2/3 Mehrheit eine Sperrminorität hätten. Aus diesem Grund fand die abschließende Abstimmung im Bundestag bereits am 18. März und die im Bundesrat am 21. März 2025 statt, bei denen leider jeweils die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht wurde.

### Brüssel: Rüstung geht immer II

Nahezu parallel dazu verkündete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 4. März 2025 ein aus fünf Punkten bestehendes Maßnahmenpaket zur „Wiederaufrüstung Europas“ („ReArm Europe“). Details finden sich in der entsprechenden [Presseerklärung](#) von der Leyen:

**Punkt 1:** Militärausgaben sollen von den Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Maastricht-Kriterien) ausgenommen werden. [...]

**Punkt 2:** Es soll ein europäisches Finanzierungsinstrument im Umfang von 150 Mrd. Euro eingerichtet werden. Darüber sollen den Mitgliedsstaaten „Darlehen“ für „Investitionen im Verteidigungsbereich“ gegeben werden, was auch Rüstungsgüter für die Ukraine einschließt.

**Punkt 3:** Hier soll an die Mittel der Kohäsionsfonds gegangen werden, die eigentlich über die Finanzierung von Umwelt und Infrastrukturmaßnahmen in den ärmeren Mitgliedsländern eine schrittweise Angleichung der Lebensverhältnisse befördern sollen. Nun heißt es aber in der Pressemitteilung der Kommission: „Diesbezüglich können wir kurzfristig viel tun, um mehr Mittel für Investitionen im Verteidigungsbereich bereitzustellen. An dieser Stelle möchte ich verkünden, dass wir den Mitgliedstaaten zusätzliche Möglichkeiten und Anreize vorschlagen werden, damit sie entscheiden können, ob sie die kohäsionspolitischen Programme nutzen wollen, um die Verteidigungsausgaben

zu erhöhen.“ Hier geht es für die ärmeren Mitgliedsländer um beträchtliche Mittel: Im aktuellen EU-Haushalt 2021 bis 2027 sind für die Kohäsionsfonds 42,6 Mrd. Euro [eingestellt](#).

**Punkt 4:** Es soll verstärkt privates Investitionskapitel gewonnen werden.

**Punkt 5:** Die Europäische Investitionsbank (EIB) soll vor den Rüstungskarren gespannt werden. Lange war dies gänzlich tabu, dann erfolgte eine Öffnung für Güter mit doppeltem Verwendungszweck. Ohne dass dies aus der Pressemitteilung direkt hervorginge, ist davon auszugehen, dass nun EIB-Gelder für die gesamte Rüstungsklavatur verwendet werden können sollen.

### Wirtschaftlicher Holzweg

Das ebenfalls von Union und SPD vorgeschlagene Infrastruktur-Sondervermögen von 500 Mrd. Euro ist an sich zu begrüßen, auch wenn hier erst einmal abgewartet werden sollte, wieviel davon in die Ertüchtigung von Infrastruktur gesteckt wird, die aus rein militärischen Gesichtspunkten für den schnellen Truppen- und Güterverkehr erfolgt. Auch milliarden schwere Investitionen in den Bevölkerungsschutz sollen scheinbar aus diesem Topf bezahlt werden, wie bei den griechischen Briefen (Nr. 10/2025) nachlesbar ist: „Wesentliche Teile (wie Verkehrsinfrastruktur, Zivil- und Bevölkerungsschutz) sind verteidigungsrelevant.“

Abgesehen von der grundsätzlich notwendigen Kritik an den Plänen zur Erhöhung der Militärausgaben, ist es sicher besser, dass sie nun über Kredite finanziert werden soll, statt den Versuch zu unternehmen, die Gelder durch massive Kahlschläge sämtlicher anderer Budgets unter Einhaltung der Schuldenbremse aufzubringen.

Sicherheitspolitisch lassen sich diese Summen allerdings schon lange nicht mehr begründen[...]. Doch der Glaube, man könne sich aus den aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herausrüsten, ist eine teure Illusion (siehe dazu [IMI-Standpunkt 2025/008](#)). Der wirtschaftliche Nutzen von Rüstungsausgaben ist extrem begrenzt, weshalb sich die daraus resultierenden Schulden als schwere Belastung erweisen werden, schließlich werden ihre Zinsen aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden müssen.

Beunruhigend ist auch, dass es für diese Ausnahmeregelung wohl keine Begrenzungen geben soll, weder zeitlich noch was die Summe anbelangt. Insofern ist Ursula von der Leyen in ihrer Presseerklärung leider recht zu geben, wenn sie festhält: „Wir befinden uns in einer Ära der Aufrüstung.“

<https://www.imi-online.de/2025/03/05/die-aera-der-aufruestung/>

<https://www.imi-online.de/2025/03/10/appelle-gegen-den-ruestungswahnsinn/>

## Wer hat die Oberhand: die NATO oder Russland?

### Vergleich der Militärstärke von NATO und Russland im Jahr 2025

Eine neue Greenpeace-Studie vom 11.11.2024 zeigt, dass die NATO in fast allen militärischen Dimensionen Russland überlegen ist – und trotzdem weiter aufrüsten will.

Selbst die europäischen NATO-Staaten für sich genommen liegen in Militärbudget, Truppenstärke und Großwaffensystemen vor Russland. Das ist das Ergebnis der Studie [“Wann ist Genug genug - ein Vergleich der militärischen Potentiale der Nato und Russlands”](#) der Friedensforscher Herbert Wulf und Christopher Steinmetz im Auftrag von Greenpeace. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein grundlegender Perspektivwechsel in der Sicherheitsdebatte Europas notwendig ist.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung kommt in ihren Einschätzungen zu [einem ähnlichen Ergebnis](#) bei dem militärischen Kräftevergleich (Nov. 2024)

**David Goetzmann: Zahlen statt Hysterie: Was Russland wirklich kann – und was nicht** - [Telepolis 09.03.2025](#)



**Umfangreiche Daten bei SIPRI**  
(Stockholm International Peace Research Institute)  
<https://www.sipri.org>

### Daten von Statista, Februar 2025

Merkmal	NATO	Russland
<b>Personal</b>		
Militärisches Personal insg.	8.658.882	3.570.000
aktive Soldaten	3.439.197	1.320.000
Reserve	4.343.065	2.000.000
Paramilitärische Einheiten	876.620	250.000
<b>Luftstreitkräfte</b>		
Luftwaffe insgesamt	22.377	4.957
<b>Landstreitkräfte</b>		
	<b>NATO</b>	<b>Russland</b>
Kampfpanzer	11.495	5.750
gepanzerte Fahrzeuge	971.280	131.527
selbstfahrende Artillerie	3.985	5.168
geschleppte Artillerie	6.325	8.505
MLRS-Systeme <sup>2</sup>	1.977	3.005
<b>Seestreitkräfte</b>		
	<b>NATO</b>	<b>Russland</b>
Militärschiffe insgesamt	1.143	339
Flugzeugträger	16	1
Helikopterträger	14	0
Zerstörer	101	10
Fregatten	128	12

Quelle: [statista.com](https://www.statista.com) 06.02.2025/

# Verantwortliche Friedens- und Sicherheitspolitik muss immer dem Gedanken der Entspannungspolitik folgen

**Schriftliche Stellungnahme zur Vorbereitung der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 13. März 2025** zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h) Bundestagsdrucksache 20/15096 (aus: [Pressenza](#))

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der Elefant im Raum oder die zentrale Begründung für die geplante massive Aufrüstung ist die Behauptung einer grundlegenden Aggressivität Russlands und dass Russland den Westen in wenigen Jahren angreifen will und wird – der Westen/die NATO sich wiederum verteidigen muss. Diese Aussage will ich in meinem Beitrag anzweifeln und widerlegen.

Da bisher nur der BND als geheime Quelle der Erkenntnis einer russischen Bedrohung für die geplante Hochrüstung zitiert wird, sollte auch eine Veröffentlichung von 17 US-Geheimdiensten herangezogen werden, in der zu lesen ist: „Russland will mit ziemlicher Sicherheit keinen direkten militärischen Konflikt mit den Streitkräften der USA und der NATO“. („Annual Threat Assessment of the U.S. Intelligence Community“,<sup>1</sup> 5. Februar 2024, Seite 14) Warum diese Aussage ignorieren?

## 1. Ist der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine Beweis genug für einen anstehenden Angriffskrieg auf Europa?

Auch wenn Russland diesen Krieg aus vielfältigen Gründen „gewinnen“ wird, hat er doch eklatant die Schwächen des russischen Militärs vor den Augen der Weltöffentlichkeit offengelegt. Dieses Militär soll eine zigfach überlegene NATO angreifen? Das wäre doch – um es vorsichtig zu formulieren – mehr als unwahrscheinlich und aus Sicht Russlands ein selbstmörderischer Irrsinn.

Dieser Krieg hat aber eines erneut verdeutlicht: Wenn die Sicherheitsinteressen eines Landes permanent verletzt und diese – obwohl es die Politik der gemeinsamen Sicherheit wie auch die Charta von Paris vorsieht – niemals ernst genommen werden und dann noch Russland durch die NATO-Osterweiterung mit dem Rücken an die „politische Wand“ gedrückt wird, kann es zu unverantwortlichen, gleichwohl nicht zu rechtfertigenden Reaktionen kommen. Verantwortliche Friedens- und Sicherheitspolitik muss deswegen immer dem Gedanken der Entspannungspolitik folgen, wonach die eigene Sicherheit nur gewährleistet ist, wenn auch die Sicherheit des anderen gewährleistet wird (Olof Palme Reports 1-1982<sup>2</sup> und 2-2022<sup>3</sup>). Der erste Schuss in einem Krieg ist immer das Versagen der Diplomatie und dieses ist niemals eine einseitige Verantwortung.

## 2. Ja, aber Putin: Können wir Putin trauen?

Die Frage kann auch umgedreht formuliert werden: Was soll der russische Präsident Wladimir Putin nach all den vom Westen nicht eingehaltenen Absprachen vom Westen

halten? Die Liste der nicht eingehaltenen Versprechen/Zusagen/Verträge ist lang: NATO-Osterweiterung gegen die Buchstaben und den Geist von Paris, die Zusagen der Jahre 1990 bis 1992 namhafter westlicher Politiker und Präsidenten, die Kündigung der Rüstungskontrollverträge, das Minsker Abkommen nicht als Friedensvertrag, sondern zugegebenermaßen – siehe die Ausführungen der früheren Kanzlerin Angela Merkel und des ehemaligen französischen Präsidenten François Hollande wie auch seines ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko – als Aufrüstungs-Interregnum zur Vorbereitung des nächsten Krieges gegen Russland, etc. Es war niemals Russland, das Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge wie ABM, INF, Open Sky, KSE als erstes gekündigt hat.

Ist es nicht Zeit, Putin beim Wort zu nehmen und miteinander über eine Sicherheitsarchitektur zu reden? Fast alle Länder dieser Erde außerhalb Europas reden mit politischem Erfolg mit Putin. Dämonisierung und Feindbildkultur verhindern einen realistischen Umgang mit Problemen und Konflikten, verbauen internationale Lösungswege für die globalen Herausforderungen.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Aber dies gilt nur, wenn verhandelt, wenn der Dialog bestimmend ist und Vereinbarungen getroffen werden, die dann auch verifiziert werden. Es ist gerade die scheidende Bundesregierung, die sich diesem Dialog-Konzept, das uns in der Vergangenheit große Anerkennung in der friedlichen Konfliktlösung eingebracht hatte, verweigert. Das hat dem Ansehen unseres Landes in der Welt bereits enorm geschadet.

Die kommende Koalition aus CDU, CSU und SPD eskaliert stattdessen schon vor Regierungsübernahme durch die Aufhebung der Budgetgrenzen des Rüstungshaushalts.

## 3. Ist die deutsche Politik geschichtsvergessen?

Historisch betrachtet wurde Russland fast immer aus dem Westen angegriffen, aber der Westen Europas nicht aus dem Osten. Die Sowjetunion hat maßgeblich und unter unvorstellbaren Opfern dazu beigetragen, dass Deutschland und Europa vom Faschismus befreit wurden. Gerade die Nation der Täter sollte das nicht vergessen.

Die drei Überfälle in den letzten gut 200 Jahren – Napoleon 1812, Erster Weltkrieg und der Überfall der deutschen Wehrmacht 1941 – haben sich tief in die Mentalität, die Kultur und das Bewusstsein der russischen Bevölkerung eingepägt und beeinflussen sicher auch heute maßgeblich die russische Politik. Aus der russischen Wahrnehmung steht die NATO-Einkreisung genau in dieser Tradition.

1 Anm. SiG <https://www.dni.gov/files/ODNI/documents/assessments/ATA-2024-Unclassified-Report.pdf>

2 Anm. SiG <https://www.atomwaffena-z.info/glossar/begriff/palme-bericht>

3 Anm. SiG [https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/278849/commonsecurity\\_report\\_2022\\_de.pdf](https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/278849/commonsecurity_report_2022_de.pdf)

#### 4. Die NATO ist in allen zentralen militärischen Bereichen Russlands um das Drei- bis Siebenfache überlegen

Die Zahlen des wohl renommiertesten Friedensforschungsinstitutes SIPRI (SIPRI Report, 22.04.2024)<sup>4</sup> über das Jahr 2023 widerlegen den Mythos, „Europa“ liege militärisch am Boden und müsse dringend „wiederaufgerüstet“ werden, wie es der Name des EU-Programms „ReArm Europe“ suggeriert. Das bestätigt auch ein Überblick über die Militärausgaben, den das der NATO zugehörige „International Institute for Strategic Studies“<sup>5</sup> (IISS) in London im Februar 2024 vorlegte. Die EU steigerte ihre Rüstungsausgaben im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 11,7 Prozent auf 457 Milliarden US-Dollar. Damit kamen sie freilich nicht einmal auf die Hälfte des Budgets der US-Streitkräfte; dieses lag im vergangenen Jahr bei 968 Milliarden US-Dollar. Am stärksten stiegen die deutschen Militärausgaben, die sich – die Sonderschulden inklusive – auf ca. 90 Milliarden beliefen. Der russische Militärhaushalt belief sich 2023 auf 145,9 Milliarden US-Dollar.

In der für Greenpeace von den renommierten Friedensforschern Herbert Wulf und Christoph Steinmetz mit erstellter Studie<sup>6</sup> wird zusammenfassend festgestellt:

- Die Überlegenheit der NATO in Zahlen: Die militärischen Kapazitäten der NATO übertreffen die Russlands in nahezu allen Aspekten. Die NATO-Staaten geben etwa zehnmal mehr für ihre Verteidigung aus als Russland – 1,19 Billionen US-Dollar im Vergleich zu 127 Milliarden US-Dollar. Auch ohne die USA bleibt die NATO finanziell überlegen. Selbst unter Gewichtung der unterschiedlichen Kaufkraft haben die europäischen NATO-Staaten ein Übergewicht in den Rüstungsausgaben von 420 Milliarden US-Dollar zu 300 Milliarden US-Dollar gegenüber Russland.
- Technologische und operationale Überlegenheit: In der Bewertung der Waffentechnologien zeigt sich, dass die NATO in Schlüsselbereichen wie Kampfflugzeugen und Panzern deutlich im Vorteil ist. Russlands Bestrebungen, moderne Systeme zu entwickeln, werden durch wirtschaftliche und technologische Engpässe stark eingeschränkt. So verfügt z.B. die NATO insgesamt über 5.406 Kampfflugzeuge, allein die europäischen NATO-Partner ohne die USA über 073, Russland hingegen über 1.026. Bei Kampfpanzern stehen mehr als 6.000 europäische Panzer 2.000 russischen gegenüber. (Die NATO mit den USA besitzt sogar über 9.000 Panzer.) Bei Artilleriesystemen ergibt sich folgendes Bild: europäische NATO-Staaten 15.399, NATO gesamt: 22.145, Russland 5.399.
- Truppenstärke und Einsatzbereitschaft: Mit über drei Millionen aktiven Soldat:innen ist die NATO auch in Bezug auf die Truppenstärke überlegen. Russland kann lediglich 1,33 Millionen aktive Soldat:innen mobilisieren, von denen eine große Anzahl weiter in oder an der Grenze zur Ukraine gebunden ist. Hinzu kommen steigende Verluste und sinkende

•Ungleichgewicht in der Rüstungsindustrie: Die Rüstungsindustrie spielt eine entscheidende Rolle für die militärische Stärke. Während die NATO über ein robustes und innovatives Hightech-Rüstungsumfeld verfügt, kämpft Russland mit der Aufrechterhaltung seiner Produktionskapazitäten, was die Einführung moderner Waffensysteme beeinträchtigt.

*Die Atomwaffen, mit der Fähigkeit sich gegenseitig mehrfach zu vernichten, lasse ich außen vor.*

Gilt dieses auch in vier Jahren? Die ökonomische Kraft und technologische Fähigkeiten Russlands sind auch dann für einen Angriffskrieg nicht vorhanden. Zudem: der politische Wille dazu wurde weder vom Präsidenten noch von ernstzunehmenden politischen Kräften formuliert. Er widerspräche der Logik russischer Außen- und Sicherheitspolitik. Der Krieg in der Ukraine hat zu deutlichen Verschleiß-Erscheinungen und Verlusten geführt. Allein die Überzahl der Satellitensysteme (z.B. Starlink mit 7.000 Satelliten) und Drohnen macht die These eines möglichen Überfalls durch Russland äußerst unwahrscheinlich.

#### 5. Die unbeantwortete Frage, warum sollte Russland den Westen überfallen?

Diese Frage zu stellen, heißt sie im Sinne der obigen Ausführungen zu beantworten: aus Selbstmord oder aus intrinsischem Wahnsinn?

Eine Politik gegenüber Russland kann bei allen politischen, ökonomischen, ideologischen und auch menschenrechtlichen Differenzen nur eine Politik der guten Nachbarschaft, des Dialoges und der Kooperation sein. Niemals – und dies sollte uns die Geschichte gelehrt haben – eine Politik der aggressiven Aufrüstung, ja der Kriegsvorbereitung. Deshalb sind die vorliegenden Gesetzesentwürfe von CDU/CSU und SPD zur Änderung des Grundgesetzes für eine grenzenlose Aufrüstung abzulehnen und eine Politik der gemeinsamen Sicherheit in der Tradition von Willy Brandt einzufordern.

Das Festhalten an einer Fortführung des Ukraine-Krieges ist mit Blick auf die von den USA initiierten Friedensgespräche der schiere Wahnsinn. Bundesregierung und EU-Kommission kalkulieren hier mit dem Tod Hunderttausender und weiterer Zerstörung in der Ukraine mit dem Risiko einer weiteren Entgrenzung und Eskalation zu einem großen Krieg in Europa.

Demgegenüber sind Friedensbemühungen für eine Beendigung des Ukraine-Krieges zu unterstützen und Russland ein Gesprächsangebot über gemeinsame Abrüstungsanstrengungen zu unterbreiten, dies auch mit Blick auf eine Senkung der eigenen Militärausgaben und eine mögliche Beendigung der selbstschädigenden Wirtschaftssanktionen.

Den Plänen, Deutschland atomar bewaffnen zu wollen, ist eine Absage zu erteilen. Dies würde eine eklatante Verletzung des Zwei-plus-Vier-Vertrages sowie des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages bedeuten und diesen endgültig zerstören.

4 Anm. SiG <https://www.sipri.org/media/press-release/2024/global-military-spending-surges-amid-war-rising-tensions-and-insecurity>

5 Anm. SiG <https://www.iiss.org/publications/the-military-balance/2024/the-military-balance-2024/>

6 Anm. SiG <https://www.greenpeace.de/publikationen/wann-ist-genug-genug>

## Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstverweigerInnen, Landesverband Bayern: Keine Mittelstreckenraketen!

### Folgende Waffensysteme sollen in Deutschland stationiert werden:

**Hyperschallraketen „Dark Eagle“:** „Long Range Hypersonic Weapon“. Reichweite 2700 – 3000 km, Geschwindigkeit bis 21000 km/h, abgefeuert von einer mobilen Abschussrampe. Der Sprengkopf ist im Endanflug manövrierbar, also schwer abzuschießen. [...]

**Standard Missile 6 (SM 6):** Ebenfalls ein Flugkörper mit ballistischer Flugbahn, Reichweite 1600 km, Geschwindigkeit größer als Mach 5. Die „Standard Missile“ wurde zur Bekämpfung von Zielen auf See und zur Abwehr von Flugzeugen und Flugkörpern entwickelt.

**Tomahawk Marschflugkörper:** Fliegt parallel zur Erdoberfläche, kann also vom Abwehr- Radar nicht erfasst werden; kann Umwege fliegen und ist mit 900 km/h eher langsam; Reichweiten 1700 – 2500 km.

Für SM 6 und Tomahawk sind mobile Abschussrampen (Typ „Typhoon“) vorgesehen, die auch per Transportflugzeug kurzfristig nach Osteuropa verlegt werden können. Alle genannten Systeme sollen nicht mit Atomsprengköpfen bestückt werden. (Zunächst?)

### Warum neue Mittelstreckenraketen?

„Im Ernstfall müssen NATO-Staaten auch selbst angreifen können, zum Beispiel um russische Raketenfähigkeiten zu vernichten, bevor diese NATO-Gebiet angreifen können, und um russische Militärziele zu zerstören, wie Kommandozentralen“ (so sprach Claudia Major, von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“). Nach dieser militaristischen Logik muss die russische Militärführung ebenfalls versuchen, präventiv die Waffensysteme in Grafenwöhr zu zerstören. Ein permanenter Alarmzustand – auf beiden Seiten! - wäre die Folge. Die Auslösung eines Atomkrieges wegen einer Fehlwahrnehmung wird wahrscheinlicher.

**Bewertung:** Wegen ihrer Reichweite, kurzen Flugzeiten, Zielgenauigkeit und Durchschlagskraft sind sie als strategische Waffen zu betrachten. Sie können russische Raketen, Kommandozentralen und Führungseinrichtungen in Moskau und anderswo zerstören.

[...] Die Mittelstreckenraketen sind unter US-amerikanischer Kontrolle. Mit der Stationierung der Raketen in Deutschland haben die US- Streitkräfte einen strategischen Vorteil gegenüber Russland. Die russische Führung wird die Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen in Europa im Zusammenhang mit der „Modernisierung“ der US-amerikanischen strategischen Atomwaffen betrachten [...]. Auch Russland modernisiert seine strategischen Atomwaffen. [...]

**Alternative: Rüstungskontrolle** [...] Die Wiederinkraftsetzung des INF-Vertrages wäre ein wichtiger und notwendiger Schritt zur Verhinderung eines neuen Rüstungswettlaufes. Über die Frage der Reichweite russischer Waffensysteme muss im Rahmen des Vertrages verhandelt werden. Dabei könnten ExpertInnen aus neutralen Staaten mitwirken.

Vollständiger Text in diesem [Flyer](#);

Artikel über Mittelstreckenwaffen  
in SiG 157, Seiten 3-6 und SiG 156, Seiten 34-36

### Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“

Es sollen möglichst breite und bundesweite Proteste gegen die geplante Stationierung landgestützter US-Marschflugkörper, Hyperschallwaffen und Raketen in Deutschland gebündelt werden. Wir wollen über die Risiken und Gefahren der Stationierung aufklären und so die dringend nötige Debatte lostreten.

<https://friedensfaehig.de/>

### Rückblick: Samstag, 29. März 2025: Bundesweite Demonstration in Wiesbaden

Das „Wiesbadener Bündnis gegen Raketenstationierung“, die Initiative „Nie wieder Krieg – Die Waffen nieder“, die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig. Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen“ und etwa 50 weitere Gruppen aus der Friedensbewegung hatten zu einer großen bundesweiten Aktion aufgerufen. Rund 4000 Menschen folgten dem Aufruf

[Video der Demonstration](#) - [Video der Abschlusskundgebung](#)

Die jeweiligen Reden beginnen jeweils ab den folgenden Minutenangaben: [00:00:35](#) Ann Wright (US-amerikanische Friedensbewegung), [00:08:29](#) Özlem Alev Demirel (MdB, Die Linke), [00:23:42](#) Michael von der Schulenburg (MdB, Bündnis Sahra Wagenknecht), [00:38:21](#) Regina Hagen (Kampagne Friedensfähig statt erstschlagfähig), [00:50:02](#) Michael Müller. (Initiative „Nie wieder Krieg - Die Waffen nieder!", NaturFreunde)

**Mehr:** <https://nie-wieder-krieg.org/bericht-wiesbaden/>

### Evangelischer Kirchentag vom 30. April bis 4. Mai in Hannover: Die Evangelische Kirche schweigt zu Krieg und Völkerrechtsverbrechen

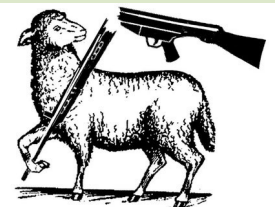
„Von Taylor Swift bis Fußball ist alles im Programm dabei“, so die Ankündigung auf dem [Portal des Kirchentags](#). Zum Krieg in der Ukraine und den Völkerrechtsverbrechen in Gaza und im Westjordanland bietet der evangelische Kirchentag keinen Raum und keine Stimme.

Deshalb findet vom 1. bis 3. Mai 2025 parallel zum Evangelischen Kirchentag eine [Friedenssynode](#) der christlichen Friedensbewegung unter der Schirmherrschaft der ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Margot Käßmann statt.

Adresse: Hannover  
Goseriede 10,  
Gewerkschaft ver.di

**3. Mai, 9 Uhr 30 – 18 Uhr: Palästina-Tag**

Organisiert von KAIROS u. a.  
Weidendamm 1 A, 30157 Hannover



# Oekif

Ökumenisches Institut für Friedenstheologie  
[www.oekum-institut-friedenstheologie.de](http://www.oekum-institut-friedenstheologie.de)

## 15. Mai: Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

### Kriege verhindern statt „Kriegstüchtigkeit“

Aktuell werden in den verschiedensten Ländern Kriege geführt – sei es in der Ukraine, in Israel/Palästina, Türkei, Syrien, Myanmar oder in der Demokratischen Republik Kongo.

### Kriege und Kriegsgefahren:

#### Die Antwort der Regierungen heißt Militarisierung

Weltweite Waffenexporte, auch in bewaffnete Konflikte, nehmen zu. Die Rüstungsproduktion wird angekurbelt. Der Etat für Militär und Rüstung soll deutlich erhöht werden und mit zusätzlichen Krediten finanziert werden. Statt Kriege zu verhindern, wird darauf gesetzt, Kriege führen zu können – und sie auch zu führen. Forderungen werden erhoben zur Einführung einer "neuen Wehrpflicht" oder einer "allgemeinen Dienstpflicht".

### Krieg bedeutet Tod und Zerstörung

Kriege führen zu Zigtausenden von Toten, unzähligen Schwerverletzten, massiven Zerstörungen. Auch wenn über die Kriege kaum berichtet wird, so gibt es doch auf allen Seiten zahllose Opfer und Grausamkeiten. Über die Militärdienstpflicht werden Menschen zu Kanonenfutter gemacht. All diese Kriege treiben ungezählte Menschen in die Flucht, einen Teil auch nach Europa und Deutschland.

### Abwehr von Geflüchteten

Die Festung Europa wird militärisch gesichert. Asylsuchende werden auf Lager außerhalb der Europäischen Union verwiesen und der Zugang zu Asylverfahren faktisch gestoppt. Das Asylrecht soll außer Kraft gesetzt werden. Widerrechtlich werden an vielen EU-Außengrenzen Geflüchtete über Pushbacks zurückgewiesen. Grenzkontrollen werden auch innerhalb der EU wieder eingeführt.

### Kriegsgegner\*innen unterstützen

In all den Ländern, die sich im Krieg befinden, gibt es aber auch Menschen, die sich dem Krieg verweigern, die sich aktiv für Frieden einsetzen, die dort Widerstand gegen Militarisierung und Krieg leisten. Soldat\*innen an der Front wollen angesichts des Grauens ihre Waffen niederlegen. Andere entziehen sich den Zwangsrekrutierungen. Sie wollen keine anderen Menschen töten und auch nicht in einem Krieg sterben. Ihnen allen drohen dafür Repression und Gefängnisstrafen.

Wir sehen die Kriegsdienstverweigerung als einen wichtigen Baustein, um Krieg und damit Tod und Zerstörung im Krieg zu überwinden. Wir fordern die uneingeschränkte Einhaltung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, auch und gerade in einem Krieg. Wir fordern Schutz und Asyl für alle Kriegsflüchtlinge, verfolgte Kriegsdienstverweiger\*innen und Kriegsgegner\*innen. Ihnen gilt unsere Unterstützung!

### Stoppt Militarisierung und Wehrpflicht

Die Pläne der vermutlich neuen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD in Deutschland sehen eine umfassende Erfassung und eine verstärkte Rekrutierung neuer Soldat\*innen vor. Perspektivisch sollen Zwangsverpflichtungen möglich sein, wenn die gewünschten Zahlen für die Bundeswehr

nicht erreicht werden. Die Union fordert gar eine allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen.

Wir wenden uns entschieden gegen jegliche Form der Wehrpflicht und die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht. Das würde einer Militarisierung Vorschub leisten. Stattdessen brauchen wir eine Stärkung des vorhandenen sozialen Engagements und eine breite Unterstützung von Ansätzen und Maßnahmen aus der Friedensarbeit und Konfliktforschung, die sich gegen Spaltung und Ausgrenzung in der Gesellschaft wenden.

### Aufruf zu Aktionen zum 15. Mai 2025

Am 15. Mai ist der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung. Wir rufen Gruppen und Organisationen dazu auf, sich mit Aktionen und Veranstaltungen vor Ort daran zu beteiligen. In einer gemeinsamen öffentlichkeitswirksamen Aktion sollen diese schließlich in Berlin präsentiert werden.

- Sammelt Stimmen und Erklärungen von Kriegsdienstverweiger\*innen; Organisiert Aktionen und Veranstaltungen. Vorschläge finden sich unter

<https://objectwarcampaign.org/mitmachen/>

**Aufrufende Organisationen** und weitere Infos unter <https://de.Connection-eV.org/article-4395>



### Ossietzky - Wer will unter die Soldaten?

<https://www.ossietzky.net/artikel/wer-will-unter-die-soldaten/>

### Grundsatzentscheidung des BGH zur Wehrdienstverweigerung

Der BGH hat am 16.1.2025 einen Beschluss gefasst, der sich folgendermaßen zuspitzen lässt: **Im Kriegsfall kann das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Art. 4 Abs. 3 GG ausgesetzt werden.** Eine Verfassungsänderung ist hierfür nach Auffassung des BGH nicht nötig. Vielmehr könnte bereits der einfache Gesetzgeber eine Aussetzung beschließen, da Verkürzungen des Grundrechts aus Art. 4 Abs. 3 GG für den Verteidigungsfall im Grundgesetz selbst angelegt seien und sich im einfachen Recht bereits spiegelten (BGH Beschl. v. 16.1.2025 – 4 ARs 11/24, Rn. 30 ff., 50). Für deutsche wehrpflichtige Männer würde das bedeuten, dass sie uneingeschränkt zum Kriegsdienst mit der Waffe herangezogen werden dürften [...] <https://verfassungsblog.de/kriegsdienstverweigerung-kriegsfall-bundesgerichtshof/>

[...] Wir müssen also feststellen, dass der BGH auch unter Vorspiegelung falscher Grundlagen einen Beschluss gefasst hat, der das Menschen- und Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung gerade im Kriegsfall in Abrede stellt. [...] <https://de.connection-ev.org/article-4389>

### „Im Kriegsfall wird es in Deutschland kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung geben“

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=129326>

**Schutz für russische Kriegsdienstverweigerer unklar**  
[www.proasyl.de/news/drei-jahre-ukraine-krieg-schutz-fuer-russische-kriegsdienstverweigererinnen-weiter-unklar/](http://www.proasyl.de/news/drei-jahre-ukraine-krieg-schutz-fuer-russische-kriegsdienstverweigererinnen-weiter-unklar/)



# Frieden schaffen – Wie?

## Aktuelle Friedensvorschläge

**IPPNW u.a.: Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine - Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden: [PDF-Heft](#)**

**Initiative Sicherheit neu denken, 1.1.2025:**

**"Positiv-Szenario 2025 – 2040" – Untertitel:**

**Europas Rolle für den Frieden in der Welt - [28 Seiten](#)**

Das Positiv-Szenario zeigt auf, wie bis 2040 die aktuell noch wesentlich militärisch bestimmte Sicherheitspolitik durch eine **Zivile Geostrategie der EU** überwunden werden kann. *Mit vielen weiterführenden Quellenangaben:* [www.sicherheitneudenken.de/europa-szenario/](http://www.sicherheitneudenken.de/europa-szenario/)

## Einige Veröffentlichungen

Rosa-Luxemburg-Stiftung: [Atlas der Abrüstung](#)

**AUSDRUCK - Magazin der Informationsstelle  
Militarisierung e.V. , März 2025: Schwerpunkt:  
„Zeitenwende“ in Bildung und Hochschule**

[https://www.imi-online.de/download/Ausdruck\\_1\\_2025\\_webred.pdf](https://www.imi-online.de/download/Ausdruck_1_2025_webred.pdf)

**Reiner Braun – Raketen sind Magneten!**

Ende November 2024 führte **Heinz Michael Vilsmeier** ein Gespräch mit dem Friedensaktivisten Reiner Braun. Buch, 64 Seiten, ISBN: 9783819064050 [Mehr](#)

**Friedensplan in [SiG 157](#); [Übersicht](#) der SiG-Artikel zum Thema **FRIEDEN** in den Nr. 144 bis 151**

## Aktivitäten der Friedensbewegungen in Deutschland

**Initiative Nie wieder Krieg!: Proteste gegen die beschlossenen Kriegskredite!**

**Wir geben keine Ruhe – Widerstand tut not!**

**Newsletter Nr. 3** - Kriegsfähig, ja auch angriffsfähig soll Deutschland werden. Das sind die Ziele der Politik der sogenannten Parteien der Mitte.

Dazu wurde am 18.3.25 im Bundestag ein historisch einzigartiges **Aufrüstungsprogramm** beschlossen: Alle Militärausgaben, die 1% des BIP übersteigen, können nun zeitlich und in unbegrenzter Höhe aufgenommen werden.

Schulden für ein Infrastrukturprogramm von 500 Milliarden werden noch obendrauf gepackt. Brücken, Straßen, Schienen und Krankenhäuser, die, weil sie kriegstauglich gemacht werden „müssen“, von diesem Programm profitieren, werden ja auch nicht-militärisch genutzt und somit profitiert auch die soziale Infrastruktur davon. Schulen und Kitas sollen ebenfalls etwas abbekommen und der Klimaschutz auch. Letzteres kann aber nicht mehr sein als ein kleiner Ausgleich für die großen Klimaschädigungen, die durch das Militär verursacht werden.

Die Menschen heute sowie die kommenden Generationen werden diese Gelder durch einen hemmungslosen Sozialabbau, durch eine wachsende Inflation und womöglich in einem großen Krieg „zurückzahlen“.

Erster Protest gegen die aberwitzigen Aufrüstungspläne überall in der Republik hat sich entwickelt.

Der Widerstand muss intensiviert und ausgebaut werden. Die Lüge der Bedrohung durch Russland mit all seinen Mythen, Halbwahrheiten und Verdrehungen prasselt medial und politisch unermüdlich seit Jahren auf die Menschen unseres Landes ein. Dieser Bedrohungslüge aufklärerisch mit Fakten entgetreten, ist eine zentrale Herausforderung für die Friedensbewegung. Wir müssen der Wahrheit zum Durchbruch und der Politik der Gemeinsamen Sicherheit zum Sieg verhelfen.

Die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ist eine weitere Seite der umfassenden Militarisierung und Kriegsvorbereitung. Diese Erstschlag- und Enthauptungswaffen sind gegen Russland gerichtet und dafür vorgesehen, Deutschland und Europa angriffsfähig zu machen.

Der „[Berliner Appell](#)“, der sich gegen diese Stationierung richtet, muss eine größere Verbreitung erfahren. Jede und jeder ist aufgefordert, Unterschriften zu sammeln, wo immer es sich anbietet. <https://nie-wieder-krieg.org>

## Ostermärsche 2025

**Termine der Ostermärsche:**

<https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2025>

**„Zeitung gegen den Krieg“:**

[Nummer 59](#) zu den Themen:

DEUTSCHLAND: Weichen auf Kriegswirtschaft / Gewerkschaften und Aufrüstungspolitik

UKRAINEKRIEG: Aktuelle Entwicklungen

INDOPAZIFIK: Weichen auf Konfrontation und Eskalation

FRIEDENSBEWEGUNG: Kontroversen,

Bündniskonstellationen und Mobilisierungsfähigkeit –

Erfahrungen mit dem Berliner Appell

## European Peace Project – 09.05.2025, 17 Uhr

**„Am 9. Mai um 17.00 – ist es Zeit, ein Zeichen für die friedliche Zukunft Europas zu setzen!**

Wenn die EU und ihre nationalen Regierungen uns in einen Krieg gegen Russland führen wollen, verraten sie alle europäischen Grundprinzipien von Frieden, Demokratie, Freiheit und Völkerverständigung! Daher nehmen wir, die Bürgerinnen und Bürger Europas, die Zukunft dieses wunderbaren Kontinents selbst in die Hand!

**Am 9. Mai 2025 um 17 Uhr lasst uns alle gemeinsam** zeitgleich in allen Ländern auf dem europäischen Kontinent und in allen europäischen Sprachen mit einem performativen Sprechakt aus unseren Fenstern, auf unseren Balkonen und auf unseren Plätzen den FRIEDEN ausrufen!

<https://europeanpeaceproject.eu/>

# Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

## **NEIN zu Hochrüstung und Kriegsvorbereitung!**

CDU/CSU, SPD und Grüne [...] wollen massiv aufrüsten, in der Höhe und zeitlich unbegrenzt mit Schulden finanziert. Es geht um viele Hunderte Milliarden Euro. Die EU ist ebenso vom Hochrüstungswahn erfasst und treibt ihn mit ihrem neuen Weißbuch „[European Defence Readiness 2030](#)“ aktiv voran. Sie will sich auf die angebliche „Möglichkeit eines großangelegten Krieges mit Russland vorbereiten“, schreibt dpa.

Begründet wird das alles mit der Verschwörungstheorie, dass Russland nach der Ukraine dann die EU überfallen wolle, und dass die USA nichts dagegen tun würden, weil Trump ja geradezu auf Putins Seite übergelaufen sei. Zwar ist das eine schwachsinniger als das andere, aber das hindert angebliche „Experten“, Politiker und Massenmedien nicht, der Bevölkerung diese Propaganda täglich einzu-hämmern. Und allzu viele glauben es und plappern es nach.

Von den Gewerkschaften gibt es keinerlei Widerstand gegen diese Politik, die nicht nur die Gefahr eines alles zerstörenden Krieges enorm erhöht, sondern auch Ressourcen, Arbeitskraft und Geld verschwendet, die dringend für den Sozialstaats gebraucht würden. Stattdessen unterwerfen sie sich immer mehr der herrschenden Militarisierung und Kriegspolitik. [...]

Wir haben deshalb ein **Argumentationspapier** geschrieben, mit dem wir dieser Propaganda entgegentreten wollen. Wir erläutern, worum es geht, nehmen die Behauptungen der Kriegstreiber, Militaristen und Hochrüstungsfanatiker auseinander, und rufen dazu auf, sich dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzustellen und Krieg zu verhindern statt sie führen und gewinnen zu wollen. [...]

## **[NEIN zu Hochrüstung und Kriegsvorbereitung!](#)**

Hier gibt es den Text auch als [Flyer \(PDF-Download\)](#).

### **Beteiligt euch an den Aktionen der Friedensbewegung!**

Es ist jetzt wichtig, den Widerstand auf der Straße und in den Betrieben und Verwaltungen gegen diese wahnsinnige Politik zu verstärken. Friedensbewegte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sollten sich hier aktiv beteiligen, am besten mit Fahnen und mit Transparenten für Frieden, gegen Hochrüstung und Krieg: [...]

- 19. bis 21. April **Ostermärsche** in vielen Städten, dort zu verteilen: **Zeitung gegen den Krieg**

- Die Gewerkschaftsveranstaltungen zum **1. Mai** sollten genutzt werden, um dort Positionen der Friedensbewegung deutlich zu machen und um Unterstützung zu werben.

- 11./12. Juli: **Dritte Gewerkschaftskonferenz für den Frieden**, im Gewerkschaftshaus Salzgitter  
**„Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“**

<https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de>



## **Gewerkschafter gegen Krieg**

»Dafür bin ich nicht Krankenpflegerin geworden«

Ein Gespräch mit **Ingrid Greif** Verdi-Vertrauensfrau in der Klinik Bogenhausen in München

[jungeWelt](#), 15.3.2025 - [...] Ich erschrecke darüber, wie um mich herum Menschen, die immer absolut gegen Rüstung und Hochrüstung und für Verhandlungen waren, plötzlich sagen: »Ja, aber ein bisschen brauchen wir doch.« Wir müssen jetzt den Falschinformationen vernünftige Argumente und Zahlen entgegensetzen.

**Welche Argumente sind das?** Aus [Publikationen der Informationsstelle Militarisierung](#) geht hervor, dass es um Angriffswaffen geht. Und wir müssen uns auch keine Illusionen darüber machen, wer am Ende die Zeche zahlt. Wir, die wir jeden Tag arbeiten gehen, werden das bezahlen müssen. Ich arbeite im Krankenhaus. Jahrzehntlang sagt man uns schon, es gebe kein Geld für Gesundheit. Aber es gibt Geld, die Gesundheit zu zerstören. Wir bezahlen, indem alles noch maroder wird. Und im Krieg zahlen wir auch, weil unsere Kinder dahin geschickt werden. Das sind nicht die Kinder der Reichen. [...] Die Anforderung gibt es bereits, dass die Krankenhäuser militärisch aufgerüstet, dass wir besser auf Kriegsverwundungen geschult werden müssten. Und Kooperationen mit der Bundeswehr gibt es auch schon. In den 80er und 90er Jahren gab es eine gute Bewegung gegen solche Kooperationen. Ich habe nicht Krankenpflege gelernt, um Soldaten heil zu machen, damit sie wieder in den Krieg geschickt werden. Das ist nicht meine Motivation.

[...] Die Gewerkschaften waren beim Widerstand nicht vorn mit dabei. Aber sie waren friedenspolitisch. Das ist jetzt anders.“

---

### **Zusammenschluss von Gewerkschaftsmitgliedern gegen Aufrüstung und Krieg:**

<https://www.sagtnein.de/>  
<https://gewerkschaftliche-linke-berlin.de/kriegsgefahr/>  
<https://hamburg.verdi.de/gruppen/arbeitskreis-frieden>

# Großbritannien: Friedensaktivisten verurteilen das Engagement von Labour für Militarisierung, Atomwaffen und Krieg

23. März 2025 - Anti-Atomkraft-Aktivisten haben den Irrsinn des Engagements der Labour-Regierung für Militarisierung, atomare Bedrohung und Krieg verurteilt.

Diese Kritik wurde auf der nationalen Demonstration der Kampagne für nukleare Abrüstung (CND) am Samstag bei der BAE-Werft in Barrow-in-Furness, Cumbria, erhoben. Friedensaktivisten strömten in das Stadtzentrum von Barrow, nachdem die Labour-Partei die Bedeutung der



Werft durch die Ankündigung, dass der Hafen den Status eines "königlichen" Hafens erhalten soll, hochgespielt hatte. In Barrow werden seit den 1950er Jahren U-Boote für das britische Atomwaffenprogramm gebaut.

Auf der Kundgebung verurteilte ein Redner nach dem anderen die von Labour betriebene Militarisierung auf Kosten der Schwachen.

**Matt Kerr** von Stop the War Scotland sagte, Großbritannien besitze "einen der größten Vorräte an nuklearen Sprengköpfen auf dieser Erde - für einige ist diese Fähigkeit, Leben hundertfach auszulöschen, nicht genug".

Er argumentierte, dass es bei Großbritanniens 205 Milliarden Pfund teurem Trident-Erneuerungsprogramm darum gehe, eine Menge Geld für einige wenige zu verdienen, auf dem Rücken der Angst.

Ferner sagte er, dass sie in einem Zeitalter von Monstern lebten. Es sei einfach, hier zu stehen und über den großen Teich auf Trump oder sogar auf den völkermordenden Tyrannen Netanjahu zu zeigen, aber es gäbe auch einige Monster in unserer Nähe.

Weiter kritisiert er Keir Starmer, der sagte, er wolle 'unsere Wirtschaft umgestalten', um das Militär aufzubauen, während er uns mitteilte, es sei eine 'moralische Pflicht', den Kranken, Arbeitslosen und Verarmten das Geld zu kürzen. "Wenn unsere Dienste in Trümmern liegen, sagen sie uns, es gäbe keinen magischen Geldbaum, aber es gäbe immer einen magischen Raketenbaum."

Er forderte die Friedensaktivisten auf, die Kampagne "Wohlfahrt statt Krieg" in ihre Familien, Freunde, Gemeinden, Gewerkschaftszweige und an ihren Arbeitsplatz zu tragen.

Der Protest in Barrow bildete den Auftakt zu einer CND-Protesttour zu den britischen Atomwaffenstützpunkten. CND-Generalsekretärin Sophie Bolt sagte, die Atomwaffen würden nicht dazu beitragen, die Menschen sicherer zu machen. "Sie sind eine enorme Belastung für die öffentlichen Finanzen, die die Bevölkerung nur ärmer machen und dazu führen wird, dass wichtige Dienstleistungen noch weiter gekürzt werden."

Es wird erwartet, dass Finanzministerin Rachel Reeves in ihrer Frühjahrserklärung am Mittwoch eine Aufstockung des britischen Verteidigungshaushalts um 2 Milliarden Pfund bestätigen wird, während gleichzeitig brutale Kürzungen bei der Auslandshilfe und den Diensten für einige der bedürftigsten Menschen des Landes vorgenommen werden.

[Morningstaronline.co.uk](https://www.morningstaronline.co.uk) Übersetzung: SiG-Redaktion

**Vortrag von Theodore Postol (06.10.2024) über die Folgen von einem Atomkrieg auf der Konferenz „Frieden mit Russland“**  
**Flyer von ICAN: 5 Mythen der nuklearen Abschreckung (04.25)**

**TAZ, 26.03.2025 „Wachstum schaffen mit Waffen“**

[...] Finanzministerin Reeves versprach 2,2 Milliarden Pfund mehr für den Verteidigungsetat, zusätzlich zu bereits Oktober gewährten 2,9 Milliarden, damit der Verteidigungshaushalt bis 2027 auf 2,5 Prozent des BIP und ab 2030 nach Möglichkeit auf 3 Prozent steigt.[...] Die Rüstungsindustrie werde ein „Wachstumsmotor“ für Großbritannien werden, so die Finanzministerin.

Was nach ihrer Rede für den größten Zündstoff sorgte, erwähnte Reeves selbst nur kurz: Reformen und Kürzungen im Sozialhilfesystem, die 4,8 Milliarden Pfund pro Jahr einsparen sollen. Erst nach ihrer Rede wurden Regierungsdaten freigegeben, die besagen, dass diese Kürzungen drei Millionen Menschen betreffen werden und eine betroffene Durchschnittsfamilie umgerechnet etwas über 2.000 Euro pro Jahr ärmer wird.

Über 370.000 Menschen werden demnach Sozialhilfe verlieren und 430.000 Menschen, die sie nach geltenden Regeln in Zukunft erhalten hätten, werden sie nicht mehr bekommen. Die Kürzungen werden bis zum Jahr 2030 demnach 250.000 Menschen, darunter 50.000 Kinder, zusätzlich in Armut drängen.

Vor dem Finanzministerium skandierten Demonstranten am Morgen „Welfare not Warfare“, Sozialhilfe statt Krieg.

# Gutes Leben statt Kanonen!

„Um nennenswerte Summen (für die Aufrüstung, R.H.) zu bekommen, wird man auch an das Rentensystem herangehen müssen.“ (Moritz Schularick, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), SPIEGEL 10.01.25)

„Europas größte Volkswirtschaft konzentriert sich zu sehr auf Sozialprogramme statt auf Verteidigung.“  
(Marco Rubio, US-Außenminister, Handelsblatt, 31.01.25)

„Wir müssen uns auf Krieg vorbereiten.“ Zu den Rüstungsausgaben der NATO: „Ich kann Ihnen aber eins versichern: Es wird viel, viel, viel mehr sein als zwei Prozent.“  
(Mark Rutte, NATO-Generalsekretär, Bild am Sonntag, 2.02.25)

## Stephan Kaufmann Kanonen, Butter, Kriegskredite

**Deutschland und andere Nato-Staaten erhöhen ihre Schulden, um massiv aufzurüsten.**

**Können wir uns das leisten?**

14. März 2025, [ND-Aktuell](#) - In Deutschland wird die Schuldenbremse reformiert, um künftig unbegrenzte Kredite für die Aufrüstung zu ermöglichen. Die EU verspricht ihren Mitgliedsstaaten mehr Freiheiten bei der Aufnahme von Schulden für Kriegsgerät. Auch die Regierungen der USA, Chinas und Großbritanniens planen Kredite über Tausende von Milliarden für die großangelegte Anschaffung von Waffen und Ausrüstung. Kreditgeber der Staaten sind die Finanzmärkte. Ihr Urteil entscheidet darüber, wie viel Rüstung ein Staat sich leisten kann und was ihn das kostet. Für die Bevölkerung ist das folgenreich.

Angesichts »geopolitischer Spannungen« stecken die Industriestaaten wachsende Summen in ihre Bewaffnung. Der US-Verteidigungshaushalt für 2025 wird auf 850 Milliarden Dollar geschätzt, ein Fünftel mehr als zu Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine. Andere Nato-Mitglieder verpflichten sich, ihre Verteidigungsbudgets auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen, wobei inzwischen auch drei Prozent diskutiert werden. Für diesen Fall errechnet das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) allein für Deutschland eine Finanzierungslücke von 250 Milliarden Euro bis 2028. [...] Ziel für Deutschland sei die Schaffung einer »asymmetrischen Überlegenheit« im Kriegsfall, so ein Papier, das unter anderem vom Chef des Instituts für Weltwirtschaft (IfW), Moritz Schularick, verfasst wurde. Angestrebt wird also, stärker zu sein als potenzielle Gegner – die dasselbe versuchen. Das macht den dafür nötigen Aufwand schwer kalkulierbar.

### Militär – kein Konjunkturmotor

Rüstung ist nicht nur teuer, sie ist auch begrenzt produktiv. Zwar werden die entsprechenden Ausgaben im Staatshaushalt unter »Investitionen« verbucht – tatsächlich aber handelt es sich eher um staatlichen Konsum, der die Wachstumspotenzen des Standortes kaum stärkt. »Deutschland kann keine Autos mehr verkaufen, deswegen baut es jetzt Panzer«, schreibt Yanis Varoufakis, Ökonom und ehemaliger griechischer Finanzminister. »Panzer aber halten Jahrzehnte und Konsumenten kaufen sie ohnehin nicht.«

Andere sind nicht ganz so pessimistisch. Kurzfristig, [so eine Studie des IfW zu den Wachstumswirkungen von Militärausgaben](#), steigere die staatliche Nachfrage nicht nur die Profite der Rüstungsindustrie, sondern auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Langfristig aber seien die Erträge sehr unsicher. Zwar treibe die militärische Forschung den technologischen Fortschritt an und habe in der Vergangenheit Nebenprodukte wie Laser, Internet und GPS hervorgebracht. Letztlich aber sei militärische Forschung ineffizienter als zivile. Insgesamt gebe es kaum Belege, dass Aufrüstung »sich selbst trägt«, also ihre Kosten einspielt in Form vermehrten Wachstums.

[Die Politik hält dennoch an der Aufrüstung fest, sie gilt als alternativlos.](#) Die Bundeswehr bekommt »Whatever it takes«, versprach CDU-Chef Friedrich Merz – der Bedarf an Kriegsgerät bestimmt die Ausgaben und zwar dauerhaft. Die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« titelt daher: »Können wir uns das leisten?« Klar ist, dass eine Finanzierung über Steuererhöhungen oder Einsparungen illusorisch ist – dazu ist der angemeldete Rüstungsbedarf zu groß. Die Regierungen in Deutschland und anderen Staaten befreien sich daher von der Beschränkung »Man kann nur ausgeben, was vorher erwirtschaftet worden ist« und machen sich ihr eingespieltes Verhältnis zum globalen Finanzkapital zunutze: Sie verschulden sich und ziehen Kredit auf ihre militärische Machterweiterung. Das ist folgenreich.

### Wundermittel Staatsverschuldung

Sich zu verschulden, ist für alle Hüter eines kapitalistischen Standortes attraktiv. Denn anders als bei Steuererhöhungen oder Einsparungen entziehen sie damit den privaten Wirtschaftsakteuren kein Geld. Denn wer dem Staat leiht, erhält dafür eine Gegenleistung: einen Schuldschein, eine Staatsanleihe, die Rückzahlung plus Zins garantiert. Solche Anleihen sind Wertpapiere, ein Stück Finanzvermögen, garantiert vom Staat selbst und damit so gut wie echtes Geld. Dieses Wertpapier kann man halten, man kann es verleihen oder verkaufen oder als Sicherheit für weitere Kredite verwenden. Das ist das Wunder der Geldvermehrung: Der Staat leiht sich eine Summe, gleichzeitig hat der Gläubiger nicht weniger.

So emanzipieren sich Regierung und Finanzkapital von den finanziellen Beschränkungen. »Die staatliche Fähigkeit, Schuldscheine zu verkaufen, spielt eine zentrale Rolle bei der Bearbeitung nationaler Krisen – von Kriegen bis zu Pandemien«, so der US-Ökonom Barry Eichengreen. Diese Fähigkeit sei daher essenziell für staatliches Überleben. Der Haken dabei: »Wert« hat das Wertpapier nur, weil es ein Anrecht auf künftige Einnahmen ist. Es ist ein staatliches Zahlungsverprechen, und diesem Versprechen muss geglaubt werden. Hier kommt das vielzitierte »Investorenvertrauen« ins Spiel – ein Vertrauen, das auch entzogen werden kann. Das erlebte im September 2022 die britische Regierung: Als sie große Steuersenkungen und damit Schuldenerhöhungen ankündigte, ließen die Finanzmärkte das britische Pfund und britische Aktien abstürzen. Die Zinsen, die London auf neue Schulden zahlen musste, schossen in die Höhe. Das kostete die Premierministerin Liz Truss und ihren Finanzminister den Job.

Staaten müssen sich also verschulden. Inwieweit sie das aber auch können, ist dem Urteil der Finanzanleger\*innen anheimgestellt, die weltweit Investments nach Risiko und Ertrag bewerten. Diesen Test hat Deutschland bislang bestanden. Die Ankündigung von Infrastruktur-Sondervermögen und einer Aufweichung der Schuldenbremse ließ die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen nur leicht steigen, der Euro legte zu. Dies wie auch die steigenden Aktienkurse von Rüstungsunternehmen zeigen, dass die Finanzmärkte auf einen Erfolg der deutschen Aufrüstung spekulieren. Deutschland hat also Kredit an den Märkten. Gleichzeitig strapaziert es durch die Schuldenaufnahme seine Kreditwürdigkeit, die Schuldenlast wächst relativ zum BIP. Denn jeder zusätzliche Rüstungs-Euro erhöhe die Wirtschaftsleistung nur um 50 Cent, kalkuliert die Investmentbank Goldman Sachs. Deutschland kann das noch gut verkraften, da es relativ gering verschuldet ist. Andere Länder dagegen, wie die USA und einige EU-Staaten, »gehen mit einer hohen Schuldenlast in diese Zeit geopolitischer Spannungen«, so die Commerzbank.

Die Staaten werben also um das Vertrauen der Märkte, indem sie zum einen ihren Rüstungsaufwand ökonomisieren: Statt Militärgerät zu importieren, zielen sie darauf, eigene Produktionskapazitäten aufzubauen, damit die Aufrüstung das heimische BIP stärkt. Zudem ist ein Anstieg der Rüstungsexporte zu erwarten, um Gelder aus dem Waffenverkauf zu erlösen.

## Mehr Arbeit und Sozialkürzungen

[Zum anderen stärken die Standorte ihre Wachstumspotenzen, indem sie die Bedingungen für Investitionen verbessern.](#) »Jeder Tag, jede Entscheidung meiner zukünftigen Regierung wird nur eine einzige Frage haben: Ist sie gut für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie?«, kündigte Merz an. CDU und SPD planen ein Sondervermögen über Infrastruktur über 500 Milliarden Euro, das »keinesfalls in Richtung soziale Zwecke, insbesondere Rentenpolitik« verschoben werden darf, warnt das arbeitgebernahe Institut IW. Dazu kommen – nicht nur in Deutschland – die Senkung von Unternehmenssteuern und Energiekosten, die Abschaffung von Klimaschutzmaßnahmen, die Ausweitung der Arbeitszeit und mehr Druck auf Arbeitslose, was nicht nur Ausgaben spart, sondern gleichzeitig den Zwang zur Arbeit für alle erhöht und sie abhängiger vom Markt macht. Weitere Vorschläge beinhalten die Abschaffung eines Feiertags oder die Erhöhung des Renteneintrittsalters. »Einschnitte in das Leistungsversprechen der Sozialversicherungssysteme sind unvermeidbar«, so das IW, um die Arbeitskosten zu senken und so die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

So soll das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden, um das Vertrauen der Finanzmärkte zu erhalten, das der Staat braucht, um die Aufrüstung zu finanzieren. Hieß es noch kürzlich, staatliche Schulden seien nur zur Stärkung des Wachstums erlaubt, so wird diese Gleichung nun umgedreht. Da die Schulden wachsen, muss mehr Wachstum her. Die Folge: »Die Sozialausgaben werden unter dauerhaften Druck der steigenden Schuldenlast geraten«, so der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze. Dies werde von der Politik zwar als schlichte Notwendigkeit propagiert. »Aber es gibt keine unpolitische Definition von nationalem Interesse«, erklärt Tooze.

Angesichts der Pläne von CDU und SPD stelle sich die Frage: »Ist Russland wirklich eine größere Bedrohung der nationalen Sicherheit als die globale Klimakrise oder die Tatsache, dass eine alarmierende Zahl von Kindern in Deutschland in Armut aufwächst?« Ein Echo dieser Bedenken findet sich selbst im Unternehmerlager: Bei der jüngsten Umfrage des IW nach den größten Bedrohungen für den deutschen Wohlstand nannten die Unternehmer – nach den Kosten der Krankenversicherung und der maroden Infrastruktur – als dritten Punkt den »gesellschaftliche Zusammenhalt«, weit vor Verteidigungsfähigkeit und Fachkräftemangel.

**Marius Rabe, 18.03.25: Mit dem Blankoscheck zur Kriegsregierung**

<https://www.klassegegenklasse.org/mit-dem-blankoscheck-zur-kriegsregierung/>

**Leah Riebold, 01.03.25: „Kanonen ohne Butter“: Mit Nazi-Vokabular zur Aufrüstung**

<https://www.klassegegenklasse.org/kanonen-ohne-butter-mit-nazi-vokabular-zur-aufruestung/>

**Ulrike Eifler, 27.02.25: Militarisierung in Deutschland als Ausweg aus der Krise?**

<https://etosmedia.de/politik/militarisierung-in-deutschland-als-ausweg-aus-der-krise/>

**IMI-Analyse 2024/52: Bürgergeld für Leistungsträger**

**Kabinett verabschiedet Nationale Sicherheits- und Verteidigungsstrategie**

- Der Rüstungsindustrie werden Türen und Tore geöffnet

# Annebirth Steinmann und Karen Spannenkrebs

## Die Zeitenwende in den Krankenhäusern

20. Februar 2025 - Die umstrittene Krankenhausreform wird nun auch von der Bundeswehr kritisiert:

Um die Versorgung von Soldaten im Kriegsfall sicherzustellen, soll die Bevölkerung nachrangig behandelt werden. Als Ärztinnen lassen wir uns nicht für diese Militarisation des Gesundheitswesens einspannen. Ein Gastbeitrag.

An der Krankenhausreform der scheidenden Ampel-Koalition, die im Oktober vergangenen Jahres im Bundestag beschlossen wurde, gab es bereits im Vorfeld viel Kritik. Mehrere Bundesländer, Expertinnen und Interessengruppen, unter ihnen die Deutsche Krankenhausgesellschaft, warnten eindringlich davor, dass die Versorgungssicherheit gefährdet werde. Auch viele Aktivisten aus der Krankenhausbewegung zeigten sich schockiert.

Doch im letzten Jahr wurde Kritik um die immer prekärer werdende Krankenhausversorgung auch aus ganz anderer Richtung laut. So sorgt sich die Bundeswehr um den möglichen Verlust von Betten in deutschen Krankenhäusern. Der Bundeswehr geht es in ihrer Kritik alleine darum, Kapazitäten für ihre Zwecke zu sichern, soll heißen: die Versorgung verwundeter Soldatinnen und Soldaten im Kriegsfall. Für die Zivilbevölkerung zeichnet sich eine dramatische Situation ab, heißt es doch, dass ihre Versorgung schlichtweg unmöglich werden könnte. Seit Jahren wird immer offensichtlicher, dass sich im deutschen Gesundheitssystem dringend etwas ändern muss. Berichte von schlechter Versorgungsqualität, große und kämpferische Tarifauseinandersetzungen von Beschäftigten und zivilgesellschaftlichen Verbänden weisen schon lange darauf hin, wie schlecht die Zustände in deutschen Kliniken sind. Nach der Covid-Pandemie und dem Auslaufen der damit verbundenen finanziellen Hilfen waren es auch die drohenden Insolvenzen vieler Kliniken, die zeigten, dass es so nicht weiter gehen kann.

Das lang erwartete und Ende 2023 angekündigte sogenannte Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz soll den ökonomischen Druck auf die Kliniken mindern und flächendeckend die Versorgungsqualität verbessern – klingt erst einmal begrüßenswert. Doch wer sich eingehender mit dem Gesetzestext beschäftigt, den wundert es nicht mehr, warum manche das Gesetz in Krankenhausverschlechterungsgesetz umgetauft haben. Aktivistinnen und Aktivisten vom [Bündnis Krankenhaus statt Fabrik](#) und vom [Bündnis Klinikrettung](#) haben sich die Mühe gemacht, aus den komplexen Gesetzestexten herauszuarbeiten, was sie konkret für die Krankenhauslandschaft bedeuten könnten.

### Das große Kliniksterben

Fest steht, dass die in Verruf geratenen Fallpauschalen nicht abgeschafft, sondern nur zum Teil durch einen weiteren Finanzierungsbaustein ersetzt werden. Dieser nennt sich »Vorhaltepauschale«, ist aber tatsächlich auch wieder fallzahlabhängig. Das macht die Finanzierung vor allem komplizierter, mehr Geld kommt dadurch nicht ins System. Mit dem System von Leistungsgruppen wird ein neues Kategorisie-

rungssystem geschaffen, durch das eine gänzlich neue Art von Wettbewerb zwischen den Kliniken entsteht. Denn in Zukunft sollen Kliniken nur noch Leistungen innerhalb ihrer Leistungsgruppe vergütet bekommen. Würden diese Leistungen anhand von tatsächlich durch die Versorgungsforschung ermittelte Bedarfe geplant und vergeben werden, wäre das sicher sinnvoll. Doch statt durch Versorgungsplanung sollen die Leistungsgruppen im Verlauf anhand von Mindestfallzahlen geregelt werden.

Das erklärte Ziel hierbei ist es, hunderte Kliniken zu schließen. Viele Kommunen, deren Krankenhäuser bereits vor der Reform drohten, insolvent zu gehen, müssen nun nach der Reform erst recht damit rechnen, Klinikstandorte zu verlieren. Wie genau sich die Reform auswirkt, steht jedoch noch in den Sternen, eine vorher angekündigte Auswirkungsanalyse stand zum Zeitpunkt der Entscheidung im Bundestag noch nicht zur Verfügung.

SPD-Gesundheitsminister Karl Lauterbach sprach bei der Ankündigung der Reformen im Dezember 2022 noch von einer »Revolution«. In diesem Gesetzesentwurf jedenfalls ist nichts Revolutionäres enthalten. Dabei wäre eine drastische Wende in der Gesundheitspolitik durchaus angebracht. Mit der Einführung des Fallpauschalensystems Anfang der 2000er Jahre wurde die Finanzierung der deutschen Krankenhäuser so umgestellt, dass Profite und Verluste möglich waren. Das betrifft bis heute alle Kliniken, egal welchen Trägers. Neben den sich verschärfenden Arbeitsbedingungen, sprich mehr Fälle für immer weniger Personal, ist es gerade auch der ökonomische Druck, der die Arbeit belastend und für viele unerträglich macht.

Das Einzige, was in diesem System einer Revolution gleichkäme, wäre, dem fortschreitenden Neoliberalismus den Kampf anzusagen. Dafür schlägt beispielsweise das Bündnis Krankenhaus statt Fabrik vor, die Fallpauschalen ganz abzuschaffen und notwendige Betriebskosten nach dem sogenannten Selbstkostendeckungsprinzip zu erstatten, das sowohl Gewinne als auch Verluste weitestgehend verunmöglichen würde. Es stünde privaten Konzernen dann zwar frei, weiterhin Krankenhäuser zu betreiben. Ohne Gewinnmöglichkeit dürfte ihr Interesse daran jedoch klein sein. Dementsprechend müssten die Kliniken wieder zurück in öffentliche Hand gehen, die nach Versorgungsbedarfen und nicht nach Profitabilität planen könnte.

### Die Militarisation der Versorgung

Im Zuge der Reform droht aktuell ein kalter Strukturwandel nach den Regeln eines beinahe unüberschaubar kompliziert gestalteten Marktes. Dass das ein Problem sein könnte, hat

mittlerweile auch die Bundeswehr erkannt. Unter dem Stichwort »Zeitenwende im Gesundheitswesen« wird bereits seit mindestens einem Jahr eine Militarisierung des Gesundheitswesens forciert.

Vor kurzem wurde vom Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit – einem Thinktank von Vertretern von Sicherheitsfirmen, Ministerien und Hilfsorganisationen – ein »[Grünbuch Zivilmilitärische Zusammenarbeit 4.0](#)« veröffentlicht, das unter anderem unter Mitarbeit verschiedener Ministerialbeamtinnen, Rettungsdienste, Verfassungsschutzvertreter und Soldatinnen entstanden ist. Es skizziert die Einbindung von Zivilistinnen und Zivilisten in die militärische Logistik. Das dem Grünbuch zugrundeliegende hypothetische Ausgangsszenario ist ein Konflikt zwischen der NATO und Russland Ende Mai 2030. Die Ausführungen enden mit dem Aufmarsch von 80.000 NATO Soldatinnen und Soldaten im Baltikum und in Polen, der Widerstand aus der Bevölkerung durch »rechte und linke Gruppierungen« wird bereits mit eingeplant.

Dem Gesundheitswesen kommt dabei eine wichtige Rolle für die Moral und Resilienz der Zivilbevölkerung zu. Laut »Grünbuch« soll mit etwa 1.000 Soldatinnen und Soldaten pro Tag zu rechnen sein, die im deutschen Gesundheitswesen behandelt werden. Alle Akteure des Gesundheitswesens, von den Rettungsdiensten über die Apotheker bis zu den Hausärztinnen und Reha-Einrichtungen sollen eingebunden werden. Zwar wird auf die bereits im Friedensfall eingeschränkte Versorgung der Bevölkerung hingewiesen, aber nur, um das bisherige Fehlen einer »öffentliche[n] Diskussion über eine daraus folgende Reduzierung des Versorgungsniveaus« für die Zivilbevölkerung zu beklagen, die nicht ausreichend darauf vorbereitet sei, im Kriegsfall den Nachrang hinter Soldatinnen und Soldaten haben zu müssen. Hierfür bräuchte es eine entsprechende Kommunikationsstrategie.

Im März 2024 hatte Bundesgesundheitsminister Lauterbach ein Gesundheitssicherstellungsgesetz verkündigt, das die medizinische Versorgung im Katastrophen- und Kriegsfall regeln soll. Schon einmal, in den 1980er Jahren, wurde ein Gesundheitssicherstellungsgesetz vorbereitet. Gegen den damaligen Referentenentwurf gab es eine erhebliche Mobilisierung, vor allem vonseiten der deutschen Sektion der IPPNW (Internationale Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung). Der massive Widerstand konnte letztlich das Gesetz verhindern. Mit dem Slogan: »Wir werden euch nicht helfen können«, machten die Medizinerinnen und Mediziner deutlich, dass alle Vorkehrungen für »Zivilschutz« im Kriegsfall (und besonders im Falle des Einsatzes von nuklearen Waffen) nur eine Illusion sein konnten.

## Sich nicht einspannen lassen

Diese Einschätzung müssen wir uns auch heute wieder vor Augen führen, trifft sie doch noch genauso zu. Gleichzeitig

müssen sich kritische Beschäftigte Gedanken dazu machen, inwiefern sie im Kriegsfall überhaupt »helfen wollen«. Es sind nie die herrschenden Klassen, die ihre Leben auf dem Schlachtfeld riskieren, sich auf eine eingeschränkte Versorgung einstellen oder sich um die Verletzten und Traumatisierten kümmern sollen. Deshalb gilt es sich zu fragen, inwieweit man sich für einen Krieg instrumentalisieren lassen will, den weder Gesundheitsfachkräfte noch ihre Patientinnen und Patienten verantworten. Wollen wir unsere Arbeit dafür einsetzen, um Soldatinnen und Soldaten wieder kriegsfähig zu machen, während die Zivilbevölkerung als nachrangig betrachtet wird?

Gerade auch als Beschäftigte im Gesundheitswesen müssen wir auf die grausamen Schrecken eines jeden Krieges aufmerksam machen und der Logik widersprechen, nach der die militärische Aufrüstung die einzige Option darstellt, um »Frieden zu wahren«. Durch das vorzeitige Ende der Ampelkoalition wird ein Gesundheitssicherstellungsgesetz erst von der nächsten Regierung in Angriff genommen werden. Mit einem zukünftigen, NATO-affinen CDU-Kanzler Merz können wir uns aber sicher sein, dass das Thema Militarisierung weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Es ist also recht wahrscheinlich, dass wir auch im Gesundheitswesen eine fortschreitende Militarisierung als Kulisse für eine neoliberale Haushaltspolitik erleben werden. Dabei können wir davon ausgehen, dass der Abbau von zivilen Strukturen und der Aufbau von Kapazitäten fürs Militär durchaus Hand in Hand gehen könnten. Im [Wahlkampf der Bundestagsparteien](#) ist es gruselig still um das Thema Gesundheitsversorgung. Während der Bevölkerung das Thema Gesundheit und Pflege laut *Ärzteblatt* sehr wichtig sei, teilweise sogar wichtiger als innere Sicherheit und Wirtschaft, spielt es im Wahlkampf praktisch keine Rolle. Es bleibt also Sache der Beschäftigten, in Bündnissen mit der Zivilgesellschaft, für ein gutes Gesundheitssystem, bessere Arbeitsbedingungen und gegen eine fortschreitende Einbindung in den Militärapparat zu streiten. Im oben genannten »Grünbuch« wird darauf hingewiesen, welch wichtiger Faktor das Gesundheitswesen für die Moral und Resilienz der Bevölkerung in Konfliktfällen darstelle. Stattdessen können auch wir eine wichtige Stimme des Widerstands und des Einsatzes für den Frieden sein.

**Annebirth Steinmann** arbeitet als Assistenzärztin in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Im Rahmen ihrer Tätigkeit im Verein demokratische Ärzt\*innen beschäftigt sie sich mit der Krankenhausreform und der Militarisierung des Gesundheitswesens.

**Karen Spannenkrebs** ist Ärztin und hat zuletzt in der Geschäftsstelle des Vereins Solidarisches Gesundheitswesen e.V. gearbeitet. Sie ist Co-Vorsitzende des Vereins demokratischer Ärzt\*innen und beschäftigt sich in diesem Rahmen schwerpunktmäßig mit Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, Militarisierung und Rechtsruck.

Quelle: <https://www.jacobin.de/artikel/krankenhausreform-karl-lauterbach-klinik-sterben-bundeswehr-militarisierung>

# Hans-Josef Bontrup

## Politik hat es immer noch nicht verstanden

Nachdenkseiten: Heute - 18. März 2025 - stimmt der alte Bundestag in einer extra dafür einberufenen Sondersitzung über eine Änderung des Grundgesetzes ab. Man will bestimmte Rüstungsausgaben künftig von der Schuldenbremse ausnehmen. Der Ökonom **Heinz-J. Bontrup** kritisierte stets die Schuldenbremse als ökonomisch schädlich und gesellschaftsspaltend, hält die Grundgesetzänderung mit dem alten Bundestag jedoch für verwerflich und die Aufrüstung für unnötig, da Deutschland nicht militärisch bedroht sei. Er befürwortet zivile Investitionen und fordert Steuererhöhungen für Vermögende sowie niedrigere Zinsen. Neoliberale seien in den letzten 40 Jahren für soziale Verwerfungen verantwortlich, aber in Krisen greifen sie, so Bontrup, dann wieder auf Keynes' Staatsinterventionen zurück.

### Die neoliberalen Geister brauchen mal wieder Keynes

Schon 2009, im Jahr der ins Grundgesetz geschriebenen Schuldenbremse, habe ich in mehreren Veröffentlichungen dargelegt, dass die Schuldenbremse ökonomisch kontraproduktiv ist und die Spaltung der Gesellschaft vertiefen wird. Genau das ist eingetreten. Noch nie war Deutschland auf der einen Seite so reich und auf der anderen so arm. Der bekannte Politologe Christoph Butterwegge spricht von einer „zerrissenen Gesellschaft“. (1) Neoliberale in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien haben in den letzten rund 40 Jahren die ökonomischen und sozialen Verwerfungen zu verantworten – nicht zuletzt auch den politischen Rechtsrutsch. In ihrem naiven Marktwahn haben die neoliberalen Herrschaftseliten in einer Zuschauerdemokratie vieles privatisiert und den Staat aufs Notwendige zurückgestutzt. Öffentliche Güter waren ein Graus, das Soziale wurde als Kostgänger der Wirtschaft diffamiert. Steuersenkungen für Unternehmer und Vermögende wurden dagegen als Wachstumstreiber fast heiliggesprochen und selbstverständlich mussten die Gewerkschaften und die abhängig Beschäftigten an die Kette gelegt werden. Shareholder Value war die Doktrin. Es kam zu einer gigantischen Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften. Arbeitslose wurden bekämpft und nicht die Arbeitslosigkeit als „Reservearmee“ zur Kleinhaltung von Lohnforderungen. Zudem ist in Deutschland ein nie für möglich gehaltenes Arbeitsprekariat geschaffen worden; heute trotz Arbeit arm, und im Alter weiter arm, bei einer nur mickrigen Rente. [...]

Wenn die neoliberalen Geister nicht mehr weiterwissen, berufen sie sich dann aber gerne auf den ansonsten verhassten Keynes, der schon in den 1920er-Jahren einen starken Interventionsstaat für kapitalistische Ordnungssysteme gefordert hat. Nach der schweren weltweiten Finanzkrise 2007-2009 war das so und auch nach der Pandemie 2020-2021. Ich gebe „laissez faire“ auf, das war die Botschaft von Keynes. Märkte verfügen über keine „Selbstheilungskräfte“. In der Krise muss der Staat per Verschuldung Geld ausgeben: die Privaten tun es nicht. Wenn keiner mehr Geld ausgibt, kann auch keiner mehr Geld einnehmen. Wenn wenigstens diese ökonomische Trivialität verstanden würde! Die Privaten sitzen in der kapitalistisch immanenten Krise in ihrer selbst aufgestellten „einzelwirtschaftlichen Rationalitätsfalle“, es kommt zu einem „Sparparadoxon“ und die Privatwirtschaft findet ohne staatliche Interventionen keinen Krisenausgang mehr.

Deshalb holen jetzt auch die Neoliberalen in ihrer Not, personalisiert durch den ehemaligen BlackRock-Manager Friedrich Merz (CDU), der sich anschiekt, Bundeskanzler zu werden, Keynes erneut auf das finanzpolitische Spielfeld zurück, um das System vor sich selbst zu retten. Wurde Staatsverschuldung und die Abschaffung der Schuldenbremse in der Opposition und im Wahlkampf von Merz noch vehement abgelehnt, kann er auf einmal gar nicht genug vom keynesianischen deficit spending bekommen. Eine Billion Euro schuldenfinanzierte Staatsausgaben, wenn auch über die nächsten Jahre verteilt, hat es noch nie in der deutschen Geschichte gegeben. Drei Parteien mit Verlusten bei der Bundestagswahl, das gilt insbesondere für die SPD, wollen jetzt den alten und nicht den neu gewählten Bundestag über das geplante gigantische Verschuldungspaket abstimmen lassen. Die potenzielle Koalition aus CDU/CSU/SPD ist dabei nur von 37 Prozent der Wahlberechtigten gewählt worden und einige wenige Verhandler der Parteien haben sich in Hinterzimmern die am 8. März 2025 vorgelegten „Ergebnisse der Sondierungen von CDU, CSU und SPD“ ausgedacht.

### Grundgesetzänderungen mit dem abgewählten Bundestag sind politisch verwerflich

Dabei sind sie auch zu dem Ergebnis gekommen, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz, die man nach wie vor nicht abschaffen will, nur für Rüstung ab einem Prozent, bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP), modifiziert werden soll. Das BIP lag 2024 bei 4.305,3 Milliarden Euro. Das wären dann schon gut 43 Milliarden Euro nur für Aufrüstung. Darüber hinaus wollen Politiker und Parteien angefeuert von Medien ernsthaft Rüstungsausgaben ohne Begrenzung nach oben per Aussetzung der Schuldenbremse genehmigen. Zur Zustimmung des Wahns im Bundesrat lockt man die unterfinanzierten 16 Bundesländer, die laut Schuldenregeln heute einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen müssen, mit einer Lockerung der Schuldenbremse. Künftig sollen auch hier die Länder, wie der Bund, 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts als Kredite aufnehmen dürfen. Das zivile Ausgabenprogramm soll dagegen als „Sondervermögen“ (richtig wäre hier der Begriff Sonderschulden) im Grundgesetz verankert werden.

Für beide Vorhaben braucht es aber zur Umsetzung eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die im neu gewählten Bundestag



nicht zustande kommt und auch im Bundesrat lange nicht gesichert war. Deshalb will man politisch tricksen, selbst wenn auch die Grundgesetzänderung gemäß Art. 39 GG verfassungsrechtlich mit dem alten Bundestag erlaubt ist. [...] Nur das Volk sollte über Grundgesetzveränderungen entscheiden, so wie es auch die Schweiz praktiziert.

### **Die geplante noch größere Aufrüstung ist an Dummheit nicht mehr zu toppen**

„Putin wird Berlin nicht bombardieren“, sagt Sönke Neitzel, Professor für Militärgeschichte und Kulturgeschichte der Gewalt von der Universität Potsdam. Er kennt niemanden, der so etwas für realistisch erachtet. „Man glaubt eher, dass Russland sich auf ein begrenztes Testen der Nato konzentrieren wird mit dem Ziel, die Nato politisch zu zerstören.“ (2) Neben den 100 Milliarden Euro, die als Sonderschulden im Zuge der sogenannten „Zeitenwende“ (Olaf Scholz) bereits 2022 in die Aufrüstung mit einer Veränderung im Grundgesetz verankert wurden, und das bei einer Armutsquote von rund 17 Prozent im Land, sind jetzt weitere 500 Milliarden Euro für die Rüstung vorgesehen; weitgehend von den Beschränkungen der Schuldenbremse ausgenommen.

Insbesondere die SPD sollte es hier aber nicht wagen, sich auf Keynes zu berufen, der einen Rüstungskeynesianismus strikt abgelehnt hat. Er sah die Gefahr und wusste, wohin Aufrüstung am Ende führt: in den Krieg, was dann ja auch mit dem Zweiten Weltkrieg passierte.

Wie am Ende der Weimarer Republik treten aber auch heute wieder die Bellizisten auf. Man kann es nicht glauben. Hier wird frech behauptet und gelogen. Die Sicherheit Deutschlands sei wegen einer unterfinanzierten Bundeswehr in Gefahr. Richtig ist: „Die deutschen Ausgaben für Verteidigung (nach Nato-Kriterien) stiegen seit 2014 von 34,7 auf 57,7 Milliarden Euro im Jahr 2022. Das ist ein satter Anstieg um 66 Prozent in acht Jahren. Es ist ein Mythos, dass die Bundeswehr schlecht ausgerüstet ist, weil sie zu wenig Geld bekommt“ (3). Die Bundeswehr muss einfach nur lernen, mit Geld rational umzugehen.

Wir müssten „kriegstüchtig“ (so der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius von der SPD) gemacht werden.(4) Bundeswehrsoldaten empfiehlt man, sie sollten vorsorglich schon mal ihr Testament machen. (5)

Das „Reich des Bösen“, damals noch die so vom neoliberalen US-Präsident Ronald Reagan betitelte Sowjetunion, würde heute, bezieht man es auf Russland, in Deutschland und ganz Europa in eine Knechtschaft unter dem Diktator Putin führen. An dieser Stelle kann man dann nur noch dringend empfehlen, sich mit Geschichte und den tatsächlichen Fakten auseinanderzusetzen und vor allen Dingen die Präambel zum Grundgesetz zu lesen.

Russland hat Deutschland noch nie angegriffen. Umgekehrt ist es aber richtig. Russland ist ökonomisch, sieht man einmal von seinen Rohstoffen ab, lediglich ein Zwerg und bei

der konventionellen Rüstung den Nato-Staaten, auch ohne die USA, weit unterlegen. Russland ist jedoch bei der atomaren Rüstung auf Augenhöhe mit den USA. Wie kann man da nur eine Nanosekunde glauben, man könne Russland militärisch besiegen?

### **Steuererhöhungen für Vermögende sind notwendig**

Neben der Aufrüstung sollen weitere 500 Milliarden Euro zur Umgehung der Schuldenbremse als Sonderschulden ins Grundgesetz geschrieben werden. Die hier vorgesehenen Staatsausgaben, verteilt über zehn Jahre, kann man weitgehend nachvollziehen, wenn auch von ganz radikalen Neoliberalen einige Ausgaben als konsumtive Staatsausgaben diskreditiert werden. Fakt ist, Deutschland leidet unter einer massiven Unterinvestierung. Es gibt nicht nur Infrastrukturprobleme. Energie, Klimaschutz, Gesundheit, Rente, Pflege, Bildung und sozialer Wohnungsbau, hier warten riesige ungelöste Probleme mit Milliarden an Aufwendungen. Das Geld, das man sinnlos in nichtreproduktive Rüstungsausgaben stecken will, müsste hier für zivile Aufgaben in eine optimale Allokation gebracht werden.

Bei aller Notwendigkeit der Finanzierung durch Staatsverschuldung darf aber nicht die Finanzierung durch Steuern vergessen werden. Hier empfiehlt sich endlich die Wiedereinführung einer Vermögensteuer auf das Geldvermögen der privaten Haushalte, das bei rund neun Billionen Euro liegt, und die Erhöhung der Erbschaftsteuer- und Kapitalertragssteuersätze. Damit könnte man dann auch den Rentier als „funktionslosen Investor“ (Keynes), zumindest ein Stück weit, gesellschaftlich sanktionieren.

Auch ist in Anbetracht der zukünftig riesigen Aufgaben in Deutschland ein teilweiser Verkauf der Goldbestände bei der Deutschen Bundesbank zu überlegen, ohne dass es am Markt wegen des zusätzlichen Angebots zu einem größeren Preisverfall kommt.

Und da in der EU alle Mitgliedsstaaten vor ähnlichen Herausforderungen und Belastungen in ihren Volkswirtschaften und ihrer Haushalte stehen, wobei hier die Staatsverschuldung in vielen Ländern wesentlich höher ist als in Deutschland, muss die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins wieder auf null stellen. Dies alleine schon deshalb, weil ansonsten die Vermögenden von der Staatsverschuldung mit hohen Zinsen profitieren und weil niedrige Zinsen zu privaten Investitionen anregen, die neben den öffentlichen Ausgaben ebenso notwendig sind.

#### **Anm. der SiG-Redaktion**

- (1) Christoph Butterwege: Die zerrissene Republik, 2020 <https://www.christophbutterwege.de>  
(2) [Frankfurter Rundschau](#), 11.03.2025  
(3) Herbert Wulf: Haushalts-Déjà-vu, in: [Wissenschaft & Frieden](#), 2023/4 ).  
(4) 5. Juni 2024, [Bundestags-Dokumente](#)  
(5) [Broschüre der Bundeswehr](#), 2015 S. 21

# Die Macht der (Finanz)-Konzerne

David Goeßmann

## Krieg der 13 Milliardäre:

### Wie die Trump-Regierung den modernen Staat zerschlagen will

21.03.2025 – [Telepolis](#) [...] Donald Trump ist seit zwei Monaten im Amt. Anders als in seiner ersten Amtszeit als US-Präsident, agieren er und sein Apparat diesmal mit einer klaren politischen Mission.

#### Project 2025: Ein radikaler Plan

[...] Die Blaupause dafür ist das sogenannte **Project 2025, ein Regierungsprogramm, das von der christlich-konservativen Heritage Foundation erstellt wurde.** [...] Schon am ersten Tag als neuer US-Präsident [unterzeichnete](#) Donald Trump 26 exekutive Anordnungen. Fast zwei Drittel davon stammen direkt aus dem Projekt-2025-Lehrbuch, von dem sich Trump während des Wahlkampfes aus taktischen Gründen distanzierte.

[Unter diese Maßnahmen fallen:](#) Rückzug aus der Weltgesundheitsorganisation und dem Pariser Klimavertrag, Beendigung der Vorschriften für E-Autos und das Hochfahren von Öl- und Gasbohrungen in Alaska. [...]

#### Musk und die Kürzungsorgien

Es folgte in den Wochen darauf ein Feuerwerk an [Kürzungsoffensiven](#). Milliarden Dollar strich die neue Regierung bereits früh bei der führenden staatlichen Krebsforschungsagentur. Trump ordnete zugleich eine 90-tägige [Aussetzung der Entwicklungshilfe](#) an, inklusive des 40-Milliarden-Dollar schweren USAID-Hilfsprogramms. [...] Die 177 Länder, die USAID erhalten, wurden durch den abrupten Stopp geschockt. Bedürftige können nun nicht mehr versorgt werden, während Nahrungsmittel und Medizin in Lagern verrotten.

Zugleich begann die "Abteilung für Regierungseffizienz" (**DOGE, Department of Government Efficiency**) unter Elon Musks Leitung den Angestellten von Bundesbehörden zu drohen und forderte die Behörden mit einer Deadline auf, Kürzungspläne vorzulegen. [...]

#### Der Staat wird ein Sicherheitsrisiko

Mindestens 100.000 bestätigte Entlassungen und Vertragsauflösungen sind es [nach Berechnung der New York Times](#) unter dem Musk-Regime bisher. Aber das sei wahrscheinlich eine Unterschätzung der tatsächlichen Dimension [...]. Das [erklärte Ziel](#) von DOGE besteht darin, die Belegschaft des öffentlichen Dienstes der Bundesregierung, die bei rund drei Millionen liegt, um zehn Prozent zu reduzieren. Die Kürzungen bedrohen schon jetzt das [Funktionieren des US-Staats](#): Die nationale Abteilung für nukleare Sicherheit hat zahlreiche Wissenschaftler und Experten verloren, es werden Sicherheitslücken befürchtet. Die gestrichenen Jobs in der Behörde für Sozialversicherung gefährden zugleich den Zugang zu zentralen Leistungen [für 73 Millionen US-Amerikaner](#), die darauf [angewiesen sind](#).

Letztlich ist der Kahlschlag auch ein Krieg gegen die US-Amerikaner, inklusive der Trump-Wähler, die nun um ihre [soziale Versorgung bangen müssen](#). Daher wird zu Recht

auch davon gesprochen, dass Trump seine eigene Basis [komplett verraten](#) habe.

#### Milliardäre und Hardcore-Ideologen

Die politischen Akteure des Kürzungsrauschs sind Hyperreiche (also Vertreter der Kapital- und Businessklasse) und radikalkonservative Ideologen. Insgesamt sitzen [13 Milliarden](#) im Trump-Kabinet. [...] Dazu sind viele Sitze im Kabinet und diverse politische Ämter mit den Verfassern und [Architekten von Project 2025](#) besetzt worden. [...] Zudem wurden Positionen in der Federal Communications Commission (FCC), die Rundfunk und Internet reguliert, der Behörde für Homeland Security und der Börsenaufsichtsbehörde Securities and Exchange Commission mit Heritage-Autoren bestückt. Auch Trumps "Grenz-Zar" Tom Homan kommt aus diesem Dunstkreis.

#### Krieg in die Bürokratie tragen

Sie alle eint **der radikal-konservative Angriff auf den modernen Staat**, um jegliche "Verschwendung" ausmerzen, Regulierungen großflächig abzubauen und nach außen nationale Wettbewerber, insbesondere China, mit Zöllen und Verboten aggressiv abzuwehren. **Vought** ist ein zentraler Ideengeber für dieses Programm [...]. In einer Rede von 2023 [sagte er](#): „Wir wollen, dass die Bürokraten traumatisiert werden. Wir wollen – wenn sie morgens aufwachen –, dass sie nicht zur Arbeit gehen wollen, weil sie zunehmend als die Schurken angesehen werden. Wir wollen, dass ihre Finanzierung gestoppt wird, damit die Umweltbehörde EPA nicht die Vorschriften gegen unsere Energieindustrie erlassen kann, weil sie keine finanziellen Ressourcen dafür hat. Wir wollen sie in ein Trauma versetzen.“ Während Musk in der Öffentlichkeit für die Umsetzung zuständig ist, agiert Vought im Hintergrund der Regierung und zieht die Strippen. Er gilt als christlicher Nationalist und sozialkonservativer Hardliner. [...]

#### Die drei Projekte hinter DOGE

Qinn Slobodian, Professor für internationale Geschichte an der Boston University, sieht bei dem DOGE-Konzept [drei verschiedene politische Projekte](#) am Werk, die ineinander verwoben seien.

- Beim ersten Strang soll der Staat wie ein Unternehmen geführt werden, wobei Bürger bloße Konsumenten sind. Das sei sicherlich ein klassisch neoliberales Konzept, keineswegs neu, nun allerdings mit einem enormen Musk-Booster versehen.

- Der zweite Strang bestehe darin, die staatliche Verwaltung grundsätzlich abzubauen, nicht um sie effizienter zu machen, sondern um den Staat umzupolen. Danach sollte es zum Beispiel gar keine soziale Umverteilung mehr geben. Diverse Regulierungen wie Umweltschutz, Bereitstellung von Sonderschulen oder die Gleichstellung sollten ebenfalls abgeschafft werden. Zudem müsse die exekutive Ordnungs-

macht der Regierung gestärkt werden. Ihre zentralen Aufgaben bestünden im Kern nur noch darin, mit Polizei, Überwachung und Militär für Ordnung zu sorgen.

- Der dritte Strang ist der extremste. Er wird gebildet aus Ideen, die von Vordenkern wie **Curtis Yarvin** propagiert werden, auf den sich Vize-Präsident JD Vance immer wieder bezieht. Danach sollte der moderne Staat komplett zerschlagen und die Souveränität dezentralisiert werden – wobei am Ende nur noch eine Art Netzwerk von privaten Enklaven bzw. modernen Lehensgütern entsteht, in die man sich "einkaufen" kann wie in gated communities. Yarvin nenne sie "sovcorps" (gebildet aus "sovereignty" und "corporations").

### Der Rumpfstaat als Ziel

Das Letztere ist sicherlich Science Fiction. Wenn man sich die "Blitzattacken" der Trump-Regierung der letzten Wochen anschaut, geht es darum, den modernen Staat auf einen Rumpfstaat zu reduzieren, wie im 19. Jahrhundert, der sich unter dem Diktat einer mächtigen Exekutive auf die Schaffung von Ordnung sowie elementare Verwaltungsaufgaben beschränkt. Dazu kommt ein umfunktionierter Fürsorgestaat – der befreit von den sozialen Fesseln sich ausschließlich darauf fokussieren kann, die Steuergelder an Unternehmen und Hyperreiche weiterzuleiten.

In diesem Sinn sind die von Trump [angekündigten Steuererleichterungen](#) zu verstehen. [...]

### Angriffe gegen Recht und Gesetz

Zugleich wird die Demokratie offen in Frage gestellt. Insbesondere der [Rechtsstaat](#), Richter und Gerichte werden von der neuen US-Regierung [systematisch angegriffen](#) und missachtet. [...] Kritiker sprechen von einer ["amerikanischen Gestapo"](#) und einer [Trump-Privatarmee](#), die sich im Aufbau befindet. Im Kern ist die Haltung der US-Regierung: Wir folgen nicht mehr den Regeln der [Gewaltenteilung](#). Republikanische Kongressabgeordnete wollen jetzt sogar den zuständigen Richter des Amtes entheben.

"Die USA setzen ihren rassistischen Kurs Richtung autoritärer Praktiken fort", [warn](#)t Amnesty International USA.

### Verfassungskrise und möglicher Coup

Überall im Land versuchen Gerichte die exekutiven Anordnungen aus Washington zu verhindern, weil "der Unterschied zwischen dem, was sie zu tun versuchen, und dem, was rechtmäßig ist, so enorm ist, dass jeder so entscheiden würde, wie diese Richter es tun", [sagt Nancy Gertner](#), Professorin an der Harvard Law School und pensionierte Bundesrichterin. [...]

Gertner sieht akut die Gefahr einer "Verfassungskrise" und eines "Coups" in den USA heraufziehen, da sich die Staatführung über Gesetze hinwegsetze, Richtersprüche missachte und mit Musk & Co. eine nicht autorisierte, nicht gewählte Gruppe Regierungsmacht an sich ziehe.[...]

### Meinungsfreiheit und Demokratie im Visier

Wer immer sich kritisch in der Zivilgesellschaft äußert oder als unliebsam eingeschätzt wird, kann vom Trump-Team ins Visier genommen werden. Im Fokus stehen dabei [Universitäten und Wissenschaftler](#), [Medien und Journalisten](#), [Kritiker und Protestierende](#).

Grundlegende Bürgerrechte werden flächendeckend in Frage gestellt und entzogen, Menschen mundtot gemacht, [verhaftet und abgeschoben](#). Die Demokraten sowie einflussreiche Prominente ziehen währenddessen den Kopf ein und ziehen es vor, [zu schweigen](#). [...]

### Immer totalitärer

Für Jeffrey C. Isaac, Professor für Politikwissenschaft an der Indiana University, befinden sich die Vereinigten Staaten auf dem Weg [in einen Polizeistaat](#). [...]

Ralph Nader, Unternehmenskritiker und ehemaliger Präsidentschaftskandidat, [sieht in Trumps Rede](#) an den US-Kongress Anfang März, "eine Kriegserklärung an das amerikanische Volk, einschließlich der Trump-Wähler, zugunsten der Superreichen und der riesigen Konzerne".

[...] Es gibt auch [Widerstand](#) und [Protest](#) gegen die Trumpsche Kriegserklärung gegen den modernen Staat und die Demokratie, wenn auch bisher noch verhalten – aber das kann sich ändern. Die Frage wird sein, wie viel Resilienz in den Institutionen und der Zivilgesellschaft vorhanden ist, um der Flut an Attacken durch Milliardäre und radikale Ideologen Stand zu halten.



5. April 2025 : Proteste gegen Trumps Politik [Bericht von Democracy Now](#)



Heft 64, 3/25 <https://www.lunapark21.net/inhalt-heft-64/>  
**„Das Recht der Stärkeren“  
spezial weltmarkt, konkurrenz, handelskriege**

### **Neue US-Zölle:**

**Wenn China nichts mehr zu verlieren hat**  
von Marcel Kunzmann; und weitere Artikel: [Telepolis](#)

### **Was die neue Trump-Ära für Lateinamerika bedeutet**

Ein Gespräch mit Breno Altman, Journalist und politischer Analyst aus Brasilien, **24.02.2025** - Altman analysiert die globalen und regionalen Auswirkungen der Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus, die Vielfalt und das Potenzial innerhalb der Brics-Gruppe und die sich wandelnde Landschaft der lateinamerikanischen Politik. [Weiterlesen](#)

### **Das Ende von USAID:**

#### **Wenig Bedauern in Lateinamerika**

16.02.2025 - „Behalten Sie Ihr Geld“, sagt Kolumbiens Präsident Gustavo Petro, als er von Trumps Plänen erfährt, die Hilfe für Lateinamerika zu kürzen, „denn es ist Gift“. USAID (US Agency for International Development) gibt jährlich rund 2 Milliarden US-Dollar in Lateinamerika aus, was nur 5 % seines Gesamtbudgets entspricht. Die Reaktionen auf die Kürzung ihrer Mittel waren sehr unterschiedlich. Nur wenige sind so deutlich wie die von Petro und viele verurteilen den Schritt. (...) [Weiterlesen](#);  
s. auch [Einträge in Wikipedia](#) über USAID

### **USA: Gegen Freund und Feind:**

**3.2.2025** - Unterstützung für die AfD und andere extrem rechte Parteien, Annexionsforderungen an Verbündete: USA suchen mit Gewaltpolitik ihre globale Dominanz zu retten. Berlin fügt sich bislang. In Lateinamerika regt sich Widerstand. - [German foreign policy](#)

### **USA: Kahlschlag im Wissenschaftsbetrieb**

Wie die US-Regierung Tausende Mitarbeiter aus Ministerien und Forschungseinrichtungen auf die Straße setzt, von Wolfgang Pomrehn, [jungeWelt](#), 9.4.2025

### **24.02.2025 – USA: Protesttag:**

#### **Ein Tag ohne Migrant\*innen.**

Keine Schule, keine Arbeit, kein Konsum: Mit bewegenden und kraftvollen Mobilisierungen haben Migrantinnen in den USA gezeigt, dass sie mit den Massenabschiebungen von Hunderttausenden von Eingewanderten nicht einverstanden sind. Unterstützt wurden sie von etlichen Sympathisantinnen, die sich den unterschiedlichen Aktionen in verschiedenen Bundesstaaten und Städten der Vereinigten Staaten angeschlossen haben. [Weiterlesen](#)

### **Proteste gegen Elon Musk**

Die US-amerikanische [Bewegung Tesla Takedown](#) Bewegung entstand im Februar als Reaktion auf Musks Beteiligung an der Trump-Regierung.  
[https://actionnetwork.org/event\\_campaigns/teslatakedown](https://actionnetwork.org/event_campaigns/teslatakedown)

### **Trump greift Rechtsstaat an.**

**Jetzt kommen Anwaltskanzleien dran –**  
[Infosperber](#), 15.03.2025

### **Trump begnadigt verurteilte Abtreibungsgegner**

Barbara Marti / 7.02.2025 - 23 radikale Abtreibungsgegner sind wieder auf freiem Fuß. Sie können nun hilfeschende Frauen angreifen, ohne etwas zu befürchten. Die Abtreibungsgegner waren wegen Angriffen auf Abtreibungskliniken zu Haftstrafen von bis zu fünf Jahre verurteilt worden. Sie waren in Kliniken eingedrungen und hatten Personal und Patientinnen terrorisiert. Hilfesuchende Frauen hatten sie gewaltsam am Betreten der Kliniken gehindert. [Weiterlesen](#)

### **Quinn Slobodian:**

#### **Kapitalismus ohne Demokratie**

#### **Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen**

Aus dem Englischen von Stephan Gebauer  
Freiheit und Demokratie, so der Investor Peter Thiel 2009, seien nicht länger kompatibel. Wer die Freiheit liebe, müsse daher versuchen, der Politik in all ihren Formen zu entkommen. Zuflucht suchen könnten Libertäre im Cyberspace, im Weltraum und auf dem offenen Meer. Das mag verblasen klingen, steht aber in einer jahrzehntealten Tradition marktradikaler Ideen: Denker wie Milton Friedman begeisterten sich für das noch unter britischer Oberhoheit stehende Hongkong; Margaret Thatcher träumte von einem Singapur an der Themse ...  
[Suhrkamp](#), 20.11.2023

## Attac Österreich

# EU-Spar- und Investitionsunion: Attac warnt vor gefährlicher Aufblähung der Kapitalmärkte

20.03.2025 - EU-Kommissarin Ursula von der Leyen hat am 19. März 2025 ihre [Pläne für ein europäische Spar- und Investitionsunion](#), SIU, ([Langfassung](#)) präsentiert. Ziel ist es, die Renditen für privates Kapital zu erhöhen, um es in Aufrüstung und Unternehmensfinanzierungen zu lenken. Private Ersparnisse sollen verstärkt in Finanz- und private Pensionsprodukte fließen, die auf einem gemeinsamen europäischen Markt vertrieben werden. Verbriefungen, die bereits in der Finanzkrise traurige Berühmtheit erlangten (1), sollen attraktiviert werden.

### Unkontrollierbare Risiken

Attac übt scharfe Kritik an diesen Plänen. Statt auf öffentliche und demokratische Finanzpolitik setzt die EU erneut auf die fatale neoliberale Strategie: Deregulierte Finanzmärkte und Abhängigkeit von profitorientierten Investoren. „Die Vorhaben werden zu einer noch stärkeren Aufblähung der Kapitalmärkte führen - mit unkontrollierbaren Risiken wie mehr Spekulation und noch größeren „too-big to fail“-Finanzkonzernen“, warnt Mario Taschwer von Attac Österreich. [...]

Die Pläne der EU-Kommission sehen außerdem vor, dass finanzielle Risiken durch öffentliche Mittel übernommen werden sollen („De-Risking“). Damit droht eine Privatisierung von Gewinnen und eine Sozialisierung von Verlusten.

### Angriff auf öffentliche Pensionssysteme

Die geplante Förderung privater Pensionsvorsorge ist für Attac ein Angriff auf die öffentlichen Pensionssysteme. Nicht umsonst spricht sich die Deutsche Börse offen für ein Pensionssystem nach US-Vorlage aus, in dem alle Arbeit-

nehmer\*innen automatisch eine private betriebliche Vorsorge bekommen.

Ebenfalls problematisch ist für Attac, dass die Verfügbarkeit von Mitteln für Unternehmen am Kapitalmarkt stark prozyklisch wirkt. In Boomphasen werden damit Blasenbildungen verstärkt, in Krisenzeiten fehlt es erst recht an Kapital für Investitionen. Mit richtiger politischer Regulierung könnten traditionelle Geschäftsbanken eine langfristige Finanzierung der Wirtschaft viel besser bereitstellen.

### Attac für öffentliche Investitionen statt Sozialisierung von Verlusten

Attac fordert stattdessen eine Stärkung öffentlicher und somit demokratisch legitimierter Investitionen. Voraussetzung dafür ist eine konsequente Bekämpfung der Ungleichheit und eine gerechtere Verteilung finanzieller Mittel.

„[...]Solange Investitionen von großen Kapitalfonds abhängen, stehen deren Profitinteressen über sozialen und ökologischen Notwendigkeiten. Und so fließt das Geld weiter in die profitabelsten und gesellschaftlich schädlichsten Unternehmen wie Finanz-, Rüstungs-, Öl- und Gas-Konzerne“, erklärt Taschwer.

(1) Die Verbriefung (Bündelung) von Krediten war zentraler Auslöser der Finanzkrise 2008. Diese Instrumente nun zu fördern und weniger streng zu regulieren, macht eine neue Finanzkrise noch wahrscheinlicher. Verbriefungen und andere Derivate müssen strenger reguliert und teilweise abgeschafft werden – hier passiert genau das Gegenteil.

<https://www.attac.at/news/details/eu-spar-und-investitionsunion-attac-warnt-vor-gefaehrlicher-aufblaehung-der-kapitalmaerkte>

## EU-Politik

### 28.02.2025 - Omnibus-Verordnung der EU.

#### Lieferkettensäge aus Brüssel

EU präsentiert »Omnibus«-Verordnungen, zur Freude des BDI. Massive Aufweichung von Regelungen, Von Jan Pehrke, [jungeWelt](#); S. auch: <https://appell-lieferkettenrichtlinie.de/darum-geht-es/>

[Gewerkschaften und Umweltverbände in Frankreich gegen die „Omnibus“-Verordnungen](#)

### 26.02.2025 - Corporate Europe Observatory:

#### Teurer „Industrie-Deal“ von und für die Industrie:

Heute wird eines der Vorzeigeprojekte der Kommission, der „Clean Industrial Deal“ (CID), veröffentlicht. Das Abkommen bricht mit früheren Ambitionen im Bereich der Chemikalien und vertieft das Engagement der EU für falsche Lösungen für die Klimakatastrophe. Einige der

umweltschädlichsten Industrien werden Milliarden an staatlichen Beihilfen und Finanzmitteln aus EU-Fonds erhalten, Gesetze werden geändert, um ihrer Agenda zu entsprechen, und die Deregulierung geht so weit, dass kürzlich verabschiedete Gesetze aufgeweicht werden. [Weiterlesen](#)

### 24.02.2025 - Corporate Europe Observatory Die Lobby-Liste der EU

Corporate Europe Observatory und LobbyControl enthüllen die schiere Feuerkraft der Unternehmenslobby in der EU, aufgeschlüsselt nach Sektoren. Big Tech, Energie, Bankwesen und Chemie dominieren.

„Auf der Grundlage von Informationen aus unserer LobbyFacts-Datenbank haben wir 162 Unternehmen und Wirtschaftsverbände identifiziert, die mindestens 343 Millionen Euro für EU-Lobbyarbeit ausgeben. Das ist ein Anstieg des Budgets um ein Drittel seit 2020.“ [Weiterlesen](#)

# Steuerkampagnen

## Union: Reichenpflege wird konkret

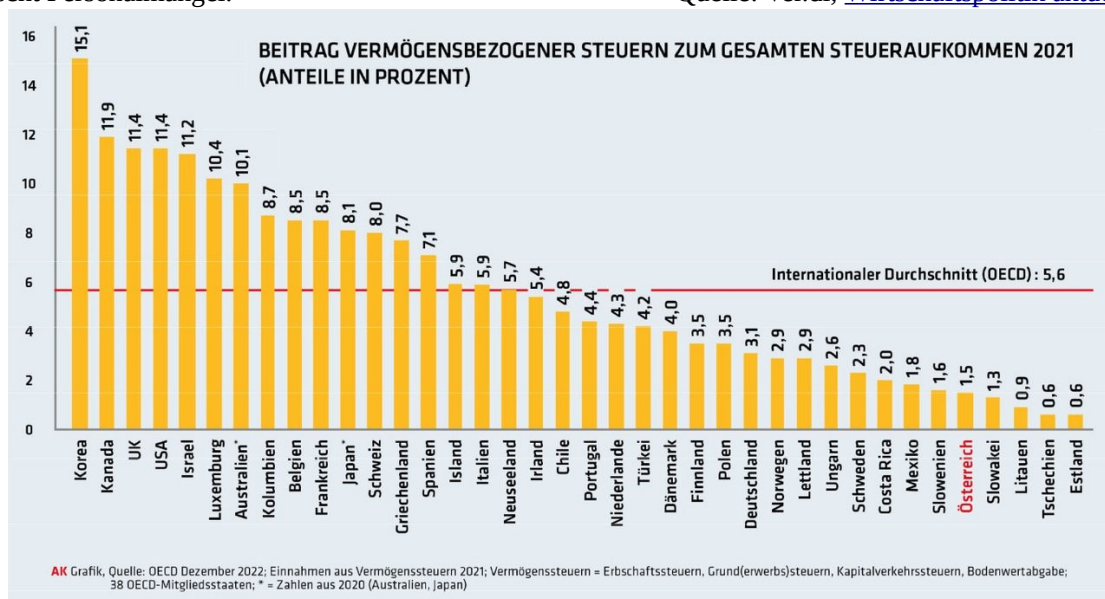
02.04.2025 - Friedrich Merz und seine Unionsparteien wollen in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD satte Steuergeschenke für die Reichen durchsetzen: Unternehmensgewinne etwa sollen geringer besteuert werden, die Einkommensteuer gerade für hohe Einkommen sinken. Davon würden in erster Linie die Reichsten profitieren. Die mittleren Einkommen hätten sehr viel weniger davon, die unteren nichts.

Das Nachsehen hätten wir alle. Schon jetzt reichen die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand nicht annähernd aus, um gesellschaftliche Bedarfe etwa in Gesundheit, Pflege, Verkehr, sozialer Sicherung, Bildung und Wohnen zu decken. Bei zahlreichen sozialen und öffentlichen Dienstleistungen herrscht Personalmangel.

Und weiterer Sozial- und Personalabbau droht – nicht zuletzt, weil die Union sie in den Koalitionsverhandlungen verlangt.

Unter den Steuerausfällen werden gerade die Kommunen zu leiden haben. 2024 hat sich ihr Finanzierungsdefizit auf fast 25 Milliarden Euro erhöht. Die Gründe: ein unzureichender Anstieg der Steuereinnahmen und ein ständig wachsender Berg an zusätzlich vom Bund übertragenen Aufgaben. Auch deshalb fordert ver.di: Hohe Einkommen, Unternehmensprofite und große Vermögen müssen wieder mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen! Die Kommunen brauchen einen verlässlich höheren Anteil an den Gemeinschaftssteuern und eine Altschuldenregelung.

Quelle: Ver.di, [Wirtschaftspolitik aktuell 07/2025](#)



Quelle: <https://www.atac.at/kampagnen/die-reichsten-gefaehrden-unsere-demokratie/fakten-zur-konzentration-von-vermoegen-und-macht>

**Attac Österreich, 24.02.2025: Milliardäre häuften im Jänner mehr Vermögen an, als das ärmste Drittel der Menschheit besitzt:** Internationale Kampagne #TaxTheSuperRich fordert globale Besteuerung des reichsten 1 Prozent - [Weiterlesen](#)

**Oxfam : Milliardärsmacht beschränken, Demokratie schützen: Der [Ungleichheitsbericht](#) von Januar 2025 zeigt, wie der Einfluss von Superreichen und ihren Konzernen nicht nur die soziale Ungleichheit immer weiter verschärft, sondern auch demokratische Prinzipien in ihren Grundfesten erschüttert.**

**[Netzwerk Steuergerechtigkeit](#) - Deutschland: Offener Brief an die SPD zur Vermögensbesteuerung,**

**Initiative für Volksabstimmung über Steuern für Superreiche in Brasilien:** Soziale Bewegungen in Brasilien planen zusammen mit Gewerkschaften und engagierten Gruppen eine landesweite Volksabstimmung über die Besteuerung der Superreichen im Land. Weiterlesen: [amerika21](#)

## Streiks gegen die Rente mit 67 ... in Belgien!

Die seit Anfang Februar gebildete Regierung will bei Renten und Arbeitslosenversicherung 5 Milliarden Euro kürzen (wären auf deutsche Verhältnisse übertragen 35 Milliarden Euro). Als Reaktion darauf werden seit Beginn 2025 zahlreiche Streiks und Demonstrationen organisiert. **Schwerpunkt ist der Kampf gegen die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.**

**Am 13. Januar streikten in Brüssel zahlreiche Berufsgruppen [...]** **Am 13. Februar** kam es in ganz Belgien zu Streiks und Demonstrationen. Allein in Brüssel waren nach Gewerkschaftsangaben 100.000 auf der Straße. Der gesamte Flugverkehr in Belgien kam zum Erliegen [...]

**Am 21. Februar** begannen mehrere Eisenbahnergewerkschaften einen neuntägigen Streik. Eisenbahner sind von der Rente mit 67 besonders betroffen, weil sie auf Grund ihrer besonderen Belastungen im Fahrdienst bisher bereits mit 55 in Renten gehen konnten. **Am 17. März** begannen Eisenbahner erneut eine Serie von Streiks, die den Bahnverkehr erheblich beeinträchtigten. Die Streiks dauerten bis zum 30. März an. [...]

Der nächste Generalstreiktag ist bereits terminiert: Es wird der **29. April** sein. (Quellen: jungeWelt 14.1.25; koha.net 13.2.25; vrt.be, 21.2.25; jungeWelt 10.3.25; ostbelgiendirrekt.de 29.3.25)

(Reiner Heyse, 30.03.2025)

# Regierungsbildung in Deutschland

## Blackrock im Kanzleramt?

### Werner Rügemer: Black-Rock Germany Die heimliche Weltmacht, ihre Praktiken in Deutschland und Friedrich Merz



Friedrich Merz war viele Jahre hochbezahlter Black-Rock-Funktionär und strebt nun als CDU-Kandidat das Amt des Regierungschefs in Deutschland an.

Die weltweit größte Investmentgesellschaft legt das Geld als Aktionär in den größten Konzernen und Banken an – auch in Deutschland, sei es Bayer, Adidas, Vonovia (mit 600.000 Wohnungen) oder die Deutsche Bank, um nur einige zu nennen. Zu BlackRocks Geschäftsmodell gehört aber auch

ein ausgeklügeltes System von Briefkastenfirmen, dank dem die großen Kunden anonym bleiben – und so keine Steuern zahlen müssen.

Heute ist BlackRock der größte Aktionär nicht nur in Deutschland und hat zusammen mit anderen Finanzakteuren wie Vanguard und State Street Einfluss auf praktisch alle namhaften Aktiengesellschaften in Deutschland.

Werner Rügemer, der sich schon seit vielen Jahren mit BlackRock & Co. beschäftigt, zeigt anhand von Beispielen auf, wie dieses Geschäftsmodell funktioniert, wer die Profiteure sind und wer die Verlierer. Denn Steuerflucht hat nicht zuletzt zur Folge, dass Einnahmen fehlen, die ein Staat bräuchte, um ein intaktes soziales System zu gewährleisten und notwendige Investitionen tätigen zu können.

**13.02.25 - BlackRock im Kanzleramt? von Werner Rügemer** : „Friedrich Merz war nicht „Lobbyist“, wie meist gesagt wird. Er wurde nicht nur bezahlt, sondern er hatte eine Leitungsfunktion *innerhalb* des Konzerns: Der CDU-Politiker war von 2016 bis 2020 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Tochterfirma BlackRock Asset Management Deutschland Aktiengesellschaft.“  
Weiterlesen: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=128643>; **"BlackRock im Kanzleramt"**, Vortrag am 7.2.2025

### Prof. Dr. Florian Schui zu "BlackRock – die unheimliche Macht eines Finanzkonzerns" (Film, D 2019, von Tom Ockers),

Vortrag am 19.02.2025 im Rahmen des Kinos gegen Austerität, im Philosophenturm der Uni Hamburg, 35 Minuten, danach Diskussion

Florian Schui ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität St. Gallen; Zu seinem Buch *"Austerität: Politik der Sparsamkeit: Die kurze Geschichte eines großen Fehlers"* (2014) hat er sich u.a. in einem Vortrag 2018 geäußert: <https://lecture2go.uni-hamburg.de/12go/-/get/1/4962>

### Jens Berger: Der große AfD-Bluff – eine Partei, neoliberal bis ins Mark

„[...] Auch wenn die Reform von der AfD als familienfreundlich und sozial ausgeglichen verkauft wird, sind es bei diesem Modell die Besser- und Topverdiener, die ganz massiv sowohl absolut als auch relativ profitieren würden. Man sieht aber auch, dass beim AfD-Steuermodell durch die Bank weg alle bislang einkommensteuerepflichtigen Haushalte profitieren. Spätestens hier müsste natürlich die Frage gestellt werden, wie die AfD diesen Steuersenkungsregen gegenfinanzieren will. [...]“ <https://www.nachdenkseiten.de/?p=127687>

## „Migration“ unerwünscht?

29.01.2025: 348 Abgeordnete stimmten im deutschen Bundestag für den Fünf-Punkte-Plan von CDU/CSU, 345 dagegen (zehn Enthaltungen).

Heribert Prantl, 13.02.2025:

«Es geht um 220 808 Menschen, Herr Merz!»

[...] Dem Fünf-Punkte-Migrationsplan des Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz ist es gelungen, den Wahlkampf zu monopolisieren und den Eindruck zu erwecken, die Umsetzung einer Reihe von extremen und extremsten Forderungen sei der Schlüssel zur Lösung der wichtigsten Probleme in Deutschland. Das Gegenteil ist richtig." [Weiterlesen](#)

**Pro Asyl, 14.02.2025: Vom Aufbruch zur Abschottung: Die bittere Bilanz der Ampel-Migrationspolitik**

### Pro Asyl: Familiennachzug

Mit dem Zustrombegrenzungsgesetz sollte auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion (20/12804) der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten komplett abgeschafft werden. **Pro Asyl:** „Subsidiärer Schutz wird Geflüchteten zuerkannt, denen im Herkunftsland ein »ernsthafter Schaden« droht, weil sie Opfer eines Bürgerkriegs sind oder weil sie in Gefahr sind, Opfer von Todesstrafe oder Folter zu werden. Mitte 2024 lebten 351.000 Menschen mit subsidiärem Schutz in Deutschland. Darunter sind besonders viele syrische Staatsangehörige, aber auch Menschen aus Afghanistan, dem Irak, Eritrea oder anderen Ländern. [...]“ Der Bundestag hat am **Freitag, 31. Januar 2025 den Gesetzentwurf** mit knapper Mehrheit abgelehnt: 349 Abgeordnete stimmten dagegen, 338 stimmten dafür.

### German Foreign Policy Der Höhenflug der Rechte, 03.02.2025

Die Zahl politisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsheime in Deutschland hat im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht. Auch die Zahl der Angriffe auf Flüchtlinge verharrt auf hohem Niveau – ebenso wie die Zahl der Straftaten mit extrem rechter Motivation, von denen in den ersten elf Monaten des Jahres 2024 täglich ungefähr 100 begangen wurden.

Damit setzt sich ein schneller Anstieg fort, der bereits seit mehreren Jahren zu konstatieren ist und außerdem einen Anstieg antimuslimischer Straftaten von Beleidigung bis hin zu Körperverletzung und Sachbeschädigung umfasst.

Befeuert werden Rassisten und extreme Rechte unter anderem durch die Aktivitäten im Bundestag in der vergangenen Woche; dort fand ein Antrag, der noch vor wenigen Jahren nur von Parteien wie der NPD gebilligt worden wäre, eine Mehrheit – dies erstmals dank Zustimmung einer Partei der extremen Rechten, der AfD, ohne die er abgeschmettert worden wäre. [...]

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9850>

### Oxfam - Flucht und Migration Forderungen an die europäische Politik

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten müssen angesichts der Not an ihren Grenzen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Sie müssen konkret:

sicherstellen, dass alle Menschen auf der Flucht in den Ländern der EU sichere Aufnahme und faire Behandlung erhalten und ihre Grundrechte gewahrt bleiben; [...]

dauerhaft legale und sichere Zugangswege für die Einreise und den Aufenthalt von Migrant\*innen in der EU schaffen;

[...] die Ursachen von Flucht stärker bekämpfen, indem sie vermehrt gewaltsamen Konflikten vorbeugen, weltweite Armut reduzieren und extreme soziale Ungleichheit beseitigen.

<https://www.oxfam.de/flucht#block-views-term-page-background>

### Das „Modell Riace“ zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in entvölkerten Gebieten

stößt in der Schweiz auf Interesse. Mimmo Lucano, der Erfinder des «Riace-Modells» in Kalabrien, stellte dieses an der Universität Neuenburg vor. [...] Das Riace-Modell versucht, zwei Probleme gleichzeitig zu lösen: die Dorf-Entvölkerung und die Integration von Flüchtlingen. Das Modell wurde [1998 geboren](#), als zweihundert Kurden von einem Flüchtlingsboot in Riace an Land gingen. [...] [Infosperber](#)

## Klima kein Thema mehr?

### Oxfam: [Die tödlichen Folgen der Klimakrise: Wie die Emissionen der reichsten Deutschen die Klimakatastrophe vorantreiben](#)

**Fünzig der reichsten Milliardär\*innen der Welt** verursachen durch ihre Investitionen, Privatjets und Yachten **in 90 Minuten** im Mittel mehr Treibhausgase als ein Mensch im weltweiten Durchschnitt **in einem ganzen Leben**

#### Unsere Forderungen

- Eine konsequente Abkehr von fossilen Energien und eine Transformation unserer Energie- und Wirtschaftssysteme.
- Eine Vermögenssteuer, um die extreme Konzentration von Vermögen weltweit abzubauen. Ein erster Schritt wäre die im Rahmen der G20 diskutierte Mindeststeuer von zwei Prozent für Multimillionär\*innen und Milliardär\*innen.
- Klimaschädlichen extremen Luxus, wie Privatjets und Superjachten, dürfte es eigentlich gar nicht geben und muss deshalb steuerlich stärker reguliert oder gleich ganz verboten werden. - [pdf-Studie](#), 13. Februar 2025

**Regierungswechsel  
im Powershift Check**  
Mehrere Veröffentlichungen;  
Podcast: [War da was mit Klima?](#)

**IMI-Factsheet (September 2024):  
[Klima & Krieg](#)**

**Chinas «grünes» Energiewunder – [RLS-Studie](#)  
[Online-Diskussion](#) am 16.05.2025**

### Fabian Scheidler:

#### Die Klimakrise als Zivilisationskrise

Der [Vortrag](#) vom 18.10.2024 schlägt den Bogen von den globalen Krisenprozessen unserer Zeit (Artensterben, Klima, Spaltung zwischen Arm und Reich, Krise der politischen Repräsentation, geopolitischer Umbruch, Krieg in der Ukraine und Nahost) über die Strukturen der globalen Megamaschine (endlose Kapitalakkumulation, militarisierte Staaten, westliche Vorherrschaft, ideologische Macht) über die Grenzen der Naturbeherrschung bis zur Rolle der Kultur und des Theaters in den großen Umbrüchen unserer Zeit. Dabei bezieht er sich auf die Bücher "Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation", "Der Stoff, aus dem wir sind. Warum wir Natur und Gesellschaft neu denken müssen" und "Das geistige Feld. Essentialien des Theaters" <https://fabian-scheidler.de/buecher>

### Ausgestrahlt:

#### Atomkraft – unnötig, teuer und gefährlich!

Seit dem Atomausstieg 2023 wurde der Strombedarf in Deutschland durch erneuerbare Energien mehr als kompensiert. Der Anteil Erneuerbarer an der Gesamtstromversorgung liegt mit mehr als 55 Prozent auf einem historischen Höchststand.[...] Die bewusst geschürte Debatte um Atomenergie soll die veraltete und riskante Technologie wieder salonfähig machen. In Deutschland treiben vor allem CDU/CSU und FDP die Atomdebatte voran. Sie nutzen das Thema zur politischen Profilierung und zur Bedienung ihrer Wählerschaft.

Weiterlesen: <https://www.ausgestrahlt.de/themen/argumente-in-der-atomdebatte>



# Palästina

## Die Welt muss dringend handeln, um die Palästinenser in Gaza zu retten, sagen hochrangige UN-Beamte

07. April 2025 - Erklärung der Leiter von OCHA, UNICEF, UNOPS, UNRWA, WFP, WHO und IOM

Seit über einem Monat sind keine kommerziellen oder humanitären Hilfsgüter mehr in Gaza eingetroffen.

Mehr als 2,1 Millionen Menschen sind erneut eingeschlossen, **bombardiert und ausgehungert**, während sich an den Grenzübergängen Lebensmittel, Medikamente, Treibstoff und Unterkünfte stapeln und lebenswichtige Ausrüstung festsitzt.

Berichten zufolge wurden allein in der ersten Woche nach dem Zusammenbruch des Waffenstillstands **über 1.000 Kinder getötet oder verletzt**, die höchste Zahl an Todesopfern unter Kindern in Gaza innerhalb einer Woche im vergangenen Jahr.

Vor wenigen Tagen mussten **die 25 Bäckereien**, die während der Waffenruhe vom Welternährungsprogramm unterstützt wurden, wegen Mehl- und Gasmangels **schließen**.

Das teilweise funktionierende **Gesundheitssystem** ist überlastet. Die lebenswichtigen medizinischen und Trauma-Versorgungsgüter gehen rasch zur Neige und drohen, die mühsam errungenen Fortschritte bei der Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems zunichte zu machen.

Der jüngste Waffenstillstand ermöglichte es uns, in 60 Tagen das zu erreichen, was Bomben, Blockaden und Plünderungen in 470 Kriegstagen verhindert hatten: lebensrettende Hilfsgüter erreichten fast jeden Teil des Gazastreifens.

Dies bot zwar eine kurze Atempause, doch die Behauptung, es gebe jetzt genug Lebensmittel, um alle Palästinenser im Gazastreifen zu ernähren, entspricht bei weitem nicht der Realität vor Ort, und die Vorräte gehen extrem zur Neige.

**Wir sind Zeugen von Kriegshandlungen in Gaza, die eine völlige Missachtung menschlichen Lebens zeigen.**

**Neue israelische Vertreibungsbefehle** haben Hunderttausende Palästinenser erneut zur Flucht gezwungen, ohne dass sie einen sicheren Zufluchtsort hätten. Niemand ist sicher. Seit Oktober 2023 wurden mindestens **408 humanitäre Helfer getötet**, darunter über 280 von UNRWA.

Da die verschärfte israelische Blockade des Gazastreifens nun in den zweiten Monat geht, **appellieren wir an die Staats- und Regierungschefs der Welt, entschlossen, dringend und entschieden zu handeln**, um sicherzustellen, dass die Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts eingehalten werden.

Schützen Sie Zivilisten. Erleichtern Sie die Hilfe. Lassen Sie die Geiseln frei. Erneuern Sie einen Waffenstillstand.

Tom Fletcher, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekordinator; Catherine Russell, Exekutivdirektorin, UNICEF; Jorge Moreira da Silva, Exekutivdirektor, UNOPS; Philippe Lazzarini, Generalkommissar, UNRWA; Cindy McCain, Exekutivdirektorin, WFP; Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor, WHO; Amy Pope, Generaldirektorin, IOM - [Text des Aufrufs](#)

### Zur Lage der Palästinenser, April 2025

[UNRWA](#); Jewish Voice for Peace, [Tell Congress: Block the bombs](#); u. a. m. **protestieren gegen die Blockade von Gaza**.

**Bombardierungen:** Bericht von [The Guardian](#) und [Middleeasteye](#) (18.3.2025) -- **Journalisten, Helfer werden getötet:** [ZDF-Bericht](#) vom 27.3.2025; [PalestineMission.at](#) ;

**Kinder leiden besonders:** UNICEF: [Stellungnahme](#) ; [Rede vor den Vereinten Nationen von Dr. Tanya Haj-Hassan](#),

[Palästinensische Gefangene freilassen!](#)

**Die Menschen werden auch in kleine Enklaven vertrieben**, die nur **34% des Gaza-Streifens** ausmachen (s. Karte [hier](#)), - Abed Schokry: ["Überleben. Vom Kriegsalltag in Gaza"](#)

Die UN-Organisation <https://www.ochaopt.org> berichtet regelmäßig über die Lage in Gaza und in Westjordanland (Angriffe der Siedler und der israelischen Armee)

Mehrfach haben [Netanyahu und Trump](#) ihre Absicht geäußert, die gesamte Bevölkerung aus Gaza zu vertreiben. **Vertreibungspläne** aus dem Westjordanland gibt es ebenfalls.

**Frieden?** Das **israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten** (B'Tselem) hatte am 15. Januar 2025 erklärt: "Der einzige Weg, den Kreislauf des Blutvergießens zu durchbrechen, besteht darin, das Besatzungs-, Unterdrückungs- und Apartheidregime zu beenden und die Menschenrechte aller Menschen zu gewährleisten, die in diesem Gebiet leben." - [Text der gesamten Erklärung](#)

**31.01.2025 - Mehrere Staaten gründen die Haager Gruppe**, um ihre „Verpflichtung zur Beendigung der israelischen Besatzung des Staates Palästina zu erfüllen“ ([Übersetzung](#))

**SiG-SN 5 „Palästina“:** ausführliche Dokumentation über

- \* Situation in Palästina, also Gaza, Westjordanland und Ostjerusalem
- \* Geopolitische Interessen und Zukunft
- \* Deutsche /EU-Politik
- \* Stimmen von Israelis und Palästinensern
- \* Solidaritätsbewegungen
- \* unsere Quellen

[Weitere SiG-Hefte zu Palästina](#)

### UN-Generalsekretär Guterres, 8. April 2025

[...] „**Als Besatzungsmacht hat Israel eindeutige Verpflichtungen nach dem Völkerrecht** – einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen.

**Artikel 55, Absatz 1 der Vierten Genfer Konvention** sieht vor, dass „die Besatzungsmacht die Pflicht hat, die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten sicherzustellen“.

**Artikel 56, Absatz 1 der Vierten Genfer Konvention** besagt, dass „die Besatzungsmacht die Pflicht hat, die medizinischen und Krankenhaus-Einrichtungen und -Dienste, die öffentliche Gesundheit und Hygiene im besetzten Gebiet sicherzustellen und aufrechtzuerhalten“.[...]

[Vollständige Erklärung auf Englisch](#)

## German foreign policy Zu Gast in Israel

### Israels ultrarechte Regierung kooperiert mit der extremen Rechten in Europa und schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD nicht grundsätzlich aus.

31 März 2025 - An einer Internationalen Konferenz zum Kampf gegen den Antisemitismus, zu der Israels Ministerium für Diasporaangelegenheiten eingeladen hatte, nahmen Repräsentanten diverser Parteien der extrem rechten **Patrioten für Europa (Pfe)** teil, darunter etwa Jordan Bardella, Präsident des französischen Rassemblement National (RN). Zuvor hatte der **Likud**, die Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, Beobachterstatus bei den Pfe erlangt; Außenminister Gideon Saar hatte Israels Diplomaten unter anderem in Frankreich angewiesen, die Beziehungen zu diversen Parteien der extremen Rechten zu normalisieren. Diese entstammen mehrheitlich dem Milieu alter Antisemiten und stehen häufig in direkter Tradition zu NS-Kollaborateuren. Israels Diasporaminister Chikli erklärt, er „hoffe“, die AfD werde sich von einigen umstrittenen Politikern lösen. Dann sei er bereit, mit ihr zu kooperieren.“ Die israelische Regierung stellt damit faktisch Politikern und Parteien der extremen Rechten in Europa einen Persilschein aus. [1] „Es kommt hinzu, dass die extreme Rechte in Europa in Israel trotz ihres fortbestehenden Antisemitismus einen strategisch wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den Islam sieht, der für sie wiederum vor allem ein Kampf gegen Migranten ist. Nicht zuletzt ermöglichte es die Konferenz den eingeladenen Repräsentanten der extremen Rechten, internationale Beziehungen zu knüpfen. Zugegen war etwa auch Matt Schlapp, Vorsitzender der American Conservative Union (ACU), die die Conservative Political Action Conference (CPAC) organisiert (german-foreign-policy.com berichtete [3]). [...] Für die israelische Rechte bot die Konferenz die Gelegenheit, ihre Beziehungen zu ähnlich gesinnten politischen Kräften in Europa auf- und auszubauen.

#### Hoffnung auf Kooperation

Dies geschieht zu einer Zeit, zu der die Trump'sche Rechte in den Vereinigten Staaten ebenfalls Beziehungen zur extremen Rechten in Europa knüpft und intensiviert. So hielt sich schon im unmittelbaren Vorfeld der Pfe-Generalversammlung im Februar der Präsident der **Heritage Foundation**, Kevin Roberts, zu Gesprächen mit Pfe-Politikern in Madrid auf [7]. Erst Elon Musk, dann auch US-Vizepräsident JD Vance haben sich im deutschen Wahlkampf für die AfD stark gemacht.[8] [...] In einem Post auf X erklärte Chikli am Tag nach der Bundestagswahl, die Partei, die sich in Deutschland am deutlichsten gegen jede Unterstützung für „antisraelische“ Gruppierungen positioniere, sei „überraschenderweise“ die AfD.[9] Die Partei habe im April 2019 eine Gesetzesvorlage zum Verbot der BDS-Kampagne und im Juni 2019 eine weitere zum Verbot sämtlicher Hizbollah-Aktivitäten in Deutschland in den Bundestag eingebracht. Zwar gebe es noch „Stimmen“ wie den bisherigen Europa- und jetzigen AfD-Bundestagsabgeordneten Maxi-

milian Krahn, der die Waffen-SS verharmlost habe. Mit anderen, etwa mit AfD-Bundessprecherin Alice Weidel, sei eine Kooperation problemlos möglich. Er „hoffe“, die AfD könne sich von Personen wie Krahn lösen, fügte Chikli hinzu. [...] Der mutmaßlich nächste Bundeskanzler Friedrich Merz hat [...] erklärt, er werde Netanjahu nach Deutschland einladen und gleichzeitig sicherstellen, dass der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen den israelischen Ministerpräsidenten nicht vollstreckt werde.[13] [...]

[1] S. dazu [Die Umwertung der Werte](#).

[3] S. dazu [Die transatlantische extreme Rechte \(II\)](#).

[7] S. dazu [Die transatlantische extreme Rechte \(II\)](#).

[8] S. dazu [Die transatlantische extreme Rechte \(III\)](#).

[9] Reaching out to Europe's rising Right: Israel's Diaspora Minister Chikli explains approach to German AfD party. allisrael.com 25.02.2025. [13] Merz lädt Netanjahu trotz Haftbefehls nach Deutschland ein. handelsblatt.com 25.02.2025.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9929>

**Israel: Extremisten an der Macht,  
[Arte-Video, 70 Minuten](#)  
RLS-Reader: [Militarismus in Israel](#)**

#### Ungarn muss israelischen Premier Netanjahu verhaften und an den Internationalen Strafgerichtshof ausliefern!

Medico, [Pressemitteilung](#), 02.04.2025 [...]

– **Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland**, sagt: „Ministerpräsident Netanjahu werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Mord, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen vorgeworfen. Als Mitgliedstaat des Internationalen Strafgerichtshofs muss Ungarn ihn festnehmen, wenn er in das Land reist, und ihn an den Gerichtshof ausliefern. [...] Ankündigungen wie jene von Ungarns Ministerpräsident Orbán oder CDU-Politiker Friedrich Merz, Netanjahu nicht festnehmen lassen zu wollen, untergraben den IStGH und die internationale Rechtsstaatlichkeit insgesamt. Niemand steht über dem Völkerrecht.“ **Tsafrir Cohen, Geschäftsführer von medico international**, sagt: „Unsere jahrzehntelange Arbeit mit Partnerorganisationen vor Ort hat uns eindrücklich gezeigt, wohin internationale Untätigkeit und Straflosigkeit führen. Erst neulich hat der Oberste Gerichtshof in Israel eine Petition unserer Partnerorganisationen Adalah, Gisha, HaMoked und Physicians for Human Rights abgelehnt. In seinem Urteil bekräftigte er, dass Israel in Gaza nicht an grundlegendes Völkerrecht gebunden sei, wie es in den Genfer Konventionen und den Zusatzprotokollen festgelegt ist. Angesichts eines solchen Rechtsverständnisses ist es seitens der amtierenden und künftigen deutschen Bundesregierung umso dringlicher geboten, die Einhaltung des Rechts durchzusetzen.“

# Palästinensische Nationalkonferenz ruft zum Wiederaufbau der PLO auf

19. Februar 2025 - Die **Palästinensische Nationalkonferenz in Doha rief trotz des Widerstands der Palästinensischen Autonomiebehörde zu einer Reform der PLO, zu demokratischen Wahlen und zur Einheit auf.**

Die Palästinensische Nationalkonferenz, eine [basisdemokratische Initiative](#), die nach dem Gaza-Krieg eine breite palästinensische Einheit und erneute nationale Maßnahmen anstrebt, wurde am Mittwoch in Doha abgeschlossen.

Sie bekräftigte ihr **Engagement für den Wiederaufbau der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)** als alleinige legitime [Vertreterin des palästinensischen Volkes](#).

Die Delegierten betonten die **Notwendigkeit einer geeinten nationalen Führung**, um der politischen Zersplitterung und dem Druck von außen entgegenzuwirken.

In ihrer **Abschlussklärung** erklärte sich die Konferenz zu einer nachhaltigen Volksbewegung, die sich für Dialog, politischen Druck und Strukturreformen einsetzt. Sie rief zu demokratischen Wahlen unter den Palästinensern innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete auf, um die PLO auf einer integrativen Grundlage wiederherzustellen.

**Die Konferenz fand unter schwierigen Umständen statt**, darunter Völkermord in Gaza, ethnische Säuberungen im Westjordanland und politische Spaltung innerhalb der palästinensischen Führung. Sie wurde als Reaktion auf eine Initiative vom Februar 2024 abgehalten, in der zur Bildung einer einheitlichen Führung und einer wiederbelebten PLO aufgerufen wurde.

**Mustafa Barghouti**, Generalsekretär der Palästinensischen Nationalinitiative, eröffnete die Konferenz am Montag mit der Erklärung, dass die Initiative eine „beispiellose Volksbewegung zur Wiederherstellung der palästinensischen nationalen Einheit und zum Wiederaufbau unserer nationalen Institutionen auf demokratischen Grundlagen“ darstelle. „Unser Volk leidet seit langem unter Besatzung, Spaltung und systematischer Unterdrückung; jetzt ist es an der Zeit, unsere nationale Vertretung zurückzufordern und entschlossen gegen die anhaltenden Bedrohungen vorzugehen“, sagte er.

**Die Delegierten** betonten das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Widerstand im Rahmen des Völkerrechts. Sie verurteilten außerdem die Ausweitung der Siedlungen, die Vertreibungspolitik und die Bemühungen, die palästinensische Flüchtlingsfrage und das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zu schwächen. In der Abschlussklärung wurde das Recht auf einen vollständig souveränen palästinensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt bekräftigt und Unterstützung für Gefangene, Familien von Märtyrern und im Kampf Verwundete zugesagt.

Ein wichtiges Ergebnis war die **Wahl eines 108-köpfigen Generalgremiums, das die Aufgabe hat, einen 17-köpfigen Lenkungsausschuss zu wählen**. Dieser Ausschuss wird palästinensische Fraktionen, auch solche außerhalb der PLO, in die Bemühungen um eine einheitliche Führung einbeziehen. Die Konferenz verabschiedete außerdem einen

**100-Tage-Aktionsplan**, der sich auf die Mobilisierung an der Basis, die Verteidigung der Rechte von Gefangenen und die Stärkung palästinensischer Gemeinschaften in der Diaspora konzentriert.

Der Präsident der New Arab Staff Conference, Muin Taher, betonte, dass „die Konferenz kein Ersatz für die PLO ist, die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes“. „Unser grundlegendes Motto ist eine einheitliche palästinensische Führung und der Wiederaufbau der PLO auf nationaler und demokratischer Grundlage“, sagte er gegenüber der arabischsprachigen Ausgabe von *The New Arab*, *Al-Araby Al-Jadeed*.

„Deshalb wollen wir die PLO wiederaufbauen und aktivieren, nicht ersetzen, und wir haben nicht die Absicht, eine Alternative zu ihr zu sein. Wir werden weiterhin Druck ausüben und Maßnahmen ergreifen, um die Ziele der Konferenz zu erreichen.“

Auf die Frage, ob der nächste Schritt darin bestehen würde, den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas zu kontaktieren, antwortete Taher: „Das Kontaktkomitee, das im Rahmen der PLO-Wiederaufbauinitiative und des 100-Tage-Plans gebildet wurde, wird mit allen Fraktionen in der palästinensischen Gesellschaft zusammenarbeiten, auch mit denen, die nicht in der PLO vertreten sind.“

Das Kontaktkomitee hat die Aufgabe, mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und dem Exekutivkomitee der PLO zusammenzuarbeiten, um einen **Fahrplan für demokratische Wahlen und institutionelle Reformen** festzulegen. Zu den Empfehlungen gehörten die Reaktivierung von Berufsverbänden, das erneute Zulassen von Mitgliedschaften in der PLO und die Durchführung öffentlicher Kampagnen, um Wahlen zu fordern.

Doch trotz ihrer Ziele der Einheit stieß die Konferenz auf Widerstand seitens der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) von Abbas, die 33 Mitglieder daran hinderte, nach Doha zu reisen. Sicherheitskräfte hinderten mehrere Delegierte daran, das Westjordanland zu verlassen, und drohten mit Verhaftung und Entlassung. Die Konferenz kündigte rechtliche Unterstützung für Teilnehmer an, die Repressalien ausgesetzt waren.

Ahmed Ghoneim, ein Fatah-Führer und Mitglied des Lenkungsausschuss für die Palästinensische Nationalkonferenz, berichtete *Al-Araby Al-Jadeed*, dass Beamte der Palästinensischen Autonomiebehörde zehn Teilnehmer aus verschiedenen palästinensischen Regionen kontaktierten und ihnen mit Verhaftung, Passbeschlagnahme, Entlassung und Gehaltskürzungen drohten, falls sie nach der Teilnahme an der Konferenz nach Palästina zurückkehren würden.

Die Organisatoren wiesen die Anschuldigungen zurück, die Konferenz strebe eine Ersetzung der PLO an. Ihr einziger Zweck sei die Wiederherstellung ihrer nationalen Rolle.

Teilnehmer, darunter prominente politische Persönlichkeiten und ehemalige Gefangene, beschrieben die Initiative als dringende Reaktion auf den Krieg Israels gegen Gaza und die umfassendere palästinensische Krise.

Drei Tage lang diskutierten etwa 400 Delegierte aus ganz Palästina und der Diaspora über den Wiederaufbau der palästinensischen Führung. Die Ausschüsse legten Berichte über politische Strategien, Widerstand, Flüchtlingsrechte und internationales Engagement vor, die in einer Reihe abschließender Empfehlungen gipfelten, die in den kommenden Monaten umgesetzt werden sollen.

Die Konferenz endete mit dem Versprechen, den Reformdruck aufrechtzuerhalten, die palästinensischen Gemeinschaften zu mobilisieren und den Bemühungen zur Zersplitterung der nationalen Vertretung entgegenzuwirken. Die Organisatoren betonten, dass die Bewegung so lange bestehen bleiben wird, bis ihre Ziele der Einheit, der demokratischen Vertretung und einer reformierten PLO erreicht sind.

Die Konferenz legte großen Wert auf die palästinensische Flüchtlingsfrage und mahnte eine Bekräftigung des Rückkehrrechts an. Sie schlug eine nationale Strategie zur Ver-

besserung der Dienstleistungen des UNRWA und zur Schaffung einer palästinensischen lokalen Einrichtung zur Unterstützung vertriebener Gemeinschaften vor, die durch Beiträge der Diaspora finanziert werden soll.

Quelle: [newarab.com](https://newarab.com), 19.02.2025

Juni 2024: [Vorbereitende Konferenz](https://ncpalestine.org/) ; The statement calling for a National Conference for Palestine <https://ncpalestine.org/>

**22. Juli 2024: Gemeinsame Erklärung von 14 palästinensischen Organisationen, u.a. Fatah und Hamas**, in Peking, s. [SiG-Sonderheft Palästina](#), Sept.2024

Darin heißt es: „[...] Das Bekenntnis zur Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt im Einklang mit den einschlägigen UN-Resolutionen, insbesondere den Resolutionen 181 und 2334, und der Gewährleistung des Rechts auf Rückkehr gemäß der Resolution 194. b. Das Recht des palästinensischen Volkes auf Widerstand gegen die Besatzung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen sowie das Recht auf Selbstbestimmung [...] c. Bildung einer Interimsregierung der nationalen Versöhnung [...]

Dazu: Artikel in [newarab.com](https://newarab.com), 23. Juli 2024

## Helga Merkelbach

### Pläne für Gaza – Trump-Netanjahu-Treffen am 4. Februar 2025

„Sie werden es tun. Wir tun eine Menge für sie, und sie werden es tun“, sagte **Trump** am **31. Januar 2025** und meint damit, dass Ägypten und Jordanien letztlich seiner Forderung der [Umsiedlung](#) von Palästinenser:innen aus Gaza dorthin zustimmen werden. Gaza soll nicht unter palästinensische Kontrolle fallen, sondern zu einem Handelsdrehschwerpunkt zwischen Asien und Europa werden.

Trump veröffentlichte seine Pläne im Januar 2020, Netanjahu sprach öffentlich seit September 2023 darüber. Aufbau und Betrieb eines Handelsdrehschwerpunkts in Gaza dienen ökonomischen Interessen von Unternehmen aus den USA, Europa, Israel und solchen arabischen Staaten, die mitspielen. – Um Menschen und Menschlichkeit geht es dabei nicht. Ob mehr als anderthalb Millionen Palästinenser:innen vertrieben und in Ägypten, Jordanien, Indonesien oder anderswo angesiedelt werden, wie es US-Präsident Trump kurz nach Amtsantritt vorschlug oder ob [in Gaza Israelis angesiedelt](#) werden, wie es von extremrechten Siedlergruppen vorgeschlagen wird, ist dabei verhandelbar, aber nicht, dass Gaza unter israelischer, allenfalls internationaler westlicher Kontrolle bleibt.

#### Welche Pläne zeichnen sich bislang für Gaza ab?

Trump hat **2020** seinen Plan für Israel und Palästina [„Peace to Prosperity“](#) vorgestellt (180 Seiten politische und wirtschaftliche Ausführungen). 2018 war schon eine US-Botschaft im eigentlich besetzten, von Israel 1980 illegal annektierten Ostjerusalem eröffnet worden, ein Zeichen, dass die USA für die seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete künftig israelische Kontrolle anstatt Schaffung eines völlig autonomen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 vorzieht.

Am **09.09.2023** vereinbarten die USA, Indien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Frankreich, Deutschland und Italien das Memorandum of Understanding

([IMEC](#)) für die **Einrichtung eines Handelskorridors** von Indien über den Hafen Haifa in Israel nach Europa. Das geschah beim G20 Treffen in Neu-Delhi, vor dem 7. Oktober und dem Hamas-Angriff auf Südisrael. Ebenfalls vor dem 7. Oktober, nur 10 Tage nach dem G20 Treffen, trat der israelische Ministerpräsident Netanjahu am 20. September 2023 mit einer Karte der Region [vor der UN Generalversammlung](#) auf und zeichnete eigenhändig eben diesen IMEC-Handelskorridor ein.

Am **3. Mai 2024** veröffentlichte das Büro [Netanjahus Plan „Gaza 2035“](#), der aus drei Stufen besteht. Phase 1: Zerschlagung der Hamas, Phase 2: Humanitäre Hilfe (12 Monate), Phase 3: Neuaufbau (5 bis 10 Jahre), Phase 4: Selbstverwaltung. Dieser Plan „verschwand“ im August 2024 aus dem Internet, ist mit der Wayback Machine und diesem [Link](#) (auf Hebräisch) original zu finden.

Am 25. Juli 2024 greift die bundeseigene Marketing-Agentur Germany Trade and Invest (GTAI) das Problem auf, dass jemenitische Huthis zur Unterstützung Palästinas Handelsschiffe an der Meeresenge Al Bab beschießen, die im Zusammenhang mit Israels Krieg in Gaza stehen. Der GTAI-Experte für Nahost, Detlef Gürtler zeigt mit einer [Karte](#), dass die krisengeschüttelte Region zum Hoffnungsträger werden könnte, in Friedenszeiten. Auf dieser Karte führt eine IMEC-Route an der Westküste Saudi-Arabiens entlang, die in Gaza endet. Die Karte wurde bald wieder entfernt.

Am 27. September 2024 tritt Netanjahu erneut vor der UN-Generalversammlung auf und bringt wieder [zwei Karten der Region](#) mit. Auf der einen ist schwarz markiert, dass terroristische islamistische Organisationen und Staaten zum „Fluch“ werden könnten. Auf der anderen ist der Handelskorridor zu sehen, der „Segen“ brächte.

Am 29. Januar 2025 meldet [Reuters](#), dass Netanyahu den US Gesandten für den Nahen Osten, Steve Witkoff getroffen hat, der sich selbst ein Bild von der Waffenruhe in Gaza gemacht hat. Oder will er abstecken, wie die Umstände für Wiederaufbau realistisch einzuschätzen sind? Trump hoffe, dass ein breiteres Abkommen zustande käme, das diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien einschliesse. Am 4. Februar will Netanjahu Trump treffen, der Tag, an dem auch die Gespräche der 2. Phase in der Waffenruhe wieder aufgenommen werden.

Das zwischen Hamas und israelischer Regierung von Ägypten und Katar ausgehandelte Abkommen zur 42-tägigen Waffenruhe ist bislang [nicht im Original](#) als Ganzes veröffentlicht worden.

### Was könnten Trump und Netanjahu absprechen?

In [Trumps Plan](#) „Peace to Prosperity“ steht *„Gaza ist eine sehr komplizierte Situation“* (S. 2). Er sieht vor, die Hamas zu entwaffnen, Gaza zu entmilitarisieren und allenfalls die Palästinensische Autonomiebehörde oder internationale Gremien, wenn das *„für den Staat Israel akzeptabel ist“* zur Verwaltung einzusetzen (S. 26). Eine wirtschaftliche Vision, Investitionen und Staatenbildung könne erst beginnen, wenn diese Gaza-Kriterien erfüllt seien (Section 9). Nach fünf Jahren stellt der Plan den Bau einer künstlichen Insel in Aussicht, auf der ein kleiner Flughafen und ein großer Hafen gebaut werden könnten (Section 12). Bezüglich palästinensischer Flüchtlinge spricht der Plan den *„arabischen Brüdern eine moralische Verantwortung zu, sie in ihren Ländern zu integrieren, wie die Juden in den Staat Israel integriert wurden“* (die aus arabischen Ländern vertrieben wurden oder geflohen sind). Rückkehr oder Kompensation, wie in der [UN-Resolution](#) 194 Punkt 11 von 1948 gefordert und mit Israels Beitritt in die Vereinten Nationen so akzeptiert, sind nicht vorgesehen. **„No right to return“** – kein Recht auf Rückkehr heißt es S. 36, auch keine Kompensation.

Durch den Krieg 2023/24 ist die Situation in Gaza verändert. Israels Bomben haben Infrastruktur und Wohngebäude weitgehend zerstört. Das ermöglicht unmittelbare Investitionen in Räumung und Wieder- bzw. Neuaufbau. Die nach dem 7. Oktober 2023 zum Teil mehrfach vertriebenen / geflüchteten Menschen kehren vom Süden zurück nach Hause in den Norden. Anders als bei den vorangegangenen Kriegen ab 2008/9 stellen nicht explodierte Munition, kontaminierte Böden und fast kein vorhandenes Material, Energie und Gerätschaften eine Herausforderung dar, die sie kaum ohne Hilfe bewältigen können. Obendrein sind sie auf Genehmigung Israels angewiesen, die den Einlass von Hilfslieferungen kontrolliert und bislang extrem limitieren. Den-

noch haben die Palästinenser:innen Trumps Angebot abgelehnt, ihre Heimat freiwillig auch nur vorübergehend zu verlassen, in ein anderes muslimisches Land zu ziehen, um Gaza von Grund auf neu wiederaufbauen zu lassen. Ein Zeichen von „Sumud“ (Standfestigkeit, nicht zu weichen), wie solcher gewaltfreier Widerstand von ihnen bezeichnet wird.

Die erste Phase von Netanjahus „Gaza 2035“ ist mit sechswöchiger Waffenruhe ab 19. Januar 2025 zumindest abgebrochen, die Hamas zwar nicht zerschlagen, aber Gaza ist unbewohnbar gemacht worden, wenn nicht massive Aufbauhilfe geleistet wird. Die zweite Phase hat begonnen, humanitäre Hilfe fließt zumindest mehr als zuvor. Da das israelische Parlament beschlossen hat, ab Ende Januar diesen Jahres der Flüchtlingshilfe für Palästinenser:innen (UNRWA) jedwede Zusammenarbeit zu versagen, also in Gaza wie in Ostjerusalem und im Westjordanland (also den besetzten palästinensischen Gebieten) die Not der Menschen nur noch größer wird, ist die Frage, inwieweit zum einen die Hamas Kompromisse macht, um die Bevölkerung versorgt zu wissen und die eigene Macht zu erhalten, zum anderen, worauf sich die Palästinensische Autonomiebehörde einlässt, um dem eigenen Volk Erleichterung zu verschaffen und sich an der Macht zu halten.

Der Gedanke, Zivilgesellschaft selbst an den Verhandlungstisch zu holen, ist bislang wohl nur den miteinander kooperierenden Frauenorganisationen Women Wage Peace (israelisch) und Women of the Sun (palästinensisch) mit ihrem [Mothers' Call](#) gekommen, noch einmal bekräftigt am [4. Oktober 2023](#), vor dem 7. Oktober, bei einer internationalen Zusammenkunft von Tausenden Frauen am Toten Meer.

### Welche weiteren Mitspieler gibt es in den Verhandlungen?

**Die USA** haben Interesse daran, Saudi-Arabien an den Westen anzubinden, es als potentiellen Bündnispartner gegen den Iran an seiner Seite zu wissen, aber auch als Handelspartner anstelle eines Handel anbietenden Chinas. Die Handelsroute IMEC durch Saudi-Arabien könnte für den Westen ebenso nützlich sein wie für Saudi-Arabien. **IMEC wäre auch eine Alternative zur chinesischen neuen Seidenstraße, Belt and Road Initiative (von 2013)**, deren südliche Meeresroute durch das Rote Meer, am Bab el Mandeb und Jemen vorbei und durch den Suezkanal führt.

**Saudi-Arabien** plant mit der „Vision 2030“ seine öl- und gaslastige Wirtschaft auf Produktion von Wasserstoff umzustellen. Die Thyssen-Krupp-Tochter liefert dazu die technischen Anlagen im Zukunftsprojekt NEOM an der Nordostküste des Roten Meers und wird [von der Bundesregierung dafür gefördert](#). NEOM soll aus der Wohnstadt The Line bestehen (170 km an einer kostenlosen Bahnlinie für 9 Mio. Menschen), Industrie und Seehafen Oxagon sowie Tourismus (die Badeinsel Sindalah und das Skigebiet Trojena in den Bergen). Die erhofften 150 Mio. Luxustourist:innen sind allerdings seit dem Beginn des Gazakriegs nicht gekommen. Die Angriffe der jemenitischen Huthis auf Schiffe an der südlichen Einfahrt zum Roten Meer Bab el Mandab

können auch Baumaterialien für NEOM verhindern. – 2024 kam das Projekt NEOM ins Stocken. [Saudi-Arabien braucht dringend Frieden in Gaza](#), um seine Wirtschaftsvision zu verwirklichen. Aber wird es dafür die Interessen der Palästinenser:innen opfern?

**Jordanien** hat die Aufnahme von Gazaner:innen zurückgewiesen. Jordaniens Bevölkerung besteht schon zu so großen Teilen aus Flüchtlingen (aus Palästina 1947/48 und 1967, Irak 1991 und 2003, Syrien seit 2011). Mehr als ein Drittel der etwa 12 Millionen zählenden [Bevölkerung](#) haben keine jordanische Staatsbürgerschaft. Trumps Forderung von 2020, Palästinenser:innen mit Flüchtlingsstatus zu integrieren und nun seine Erwartung weitere, über eine Million aufzunehmen, bringt Jordanien in Bedrängnis. Jordanien hat 1994 mit Israel Frieden geschlossen, es ist auf Gas- und Wasserlieferungen aus Israel angewiesen. Israel muss sich allerdings auch weiter darauf verlassen können, dass es an dieser Grenze keine Bedrohung mehr erfährt, vor allem nicht von Palästinenser:innen, die seit Generationen darauf warten, dass ihr Flüchtlingsstatus beendet wird und sie Staatsbürger:innen in ihrem eigenen Staat Palästina würden.

**Ägypten** hat sich bislang als standfest erwiesen und allen Versuchen widerstanden, Gazaner:innen in sein Land umzusiedeln. Ägypten ist (noch) für Israel wichtig. Israel fördert große Mengen Gas vor der israelischen Küste. Das Gasfeld [Tamar](#) birgt über 200 Mrd. m<sup>3</sup> Gas, wird von Chevron betrieben und ist zu 25 % im Besitz von Chevron, 28,75 % von Isramco – US und israelische Unternehmen. Das Gasfeld [Leviathan](#) enthält 22 Billionen m<sup>3</sup> Gas, wird von Chevron betrieben und ist zu 45,33 % in der Hand des israelischen Unternehmens Delek, zu 39,66 % von Chevron. Israel hat keine Gasverflüssigungsanlage an der eigenen Küste und leitet sein Gas entlang der Küste von Gaza nach Ägypten zu zwei ägyptischen Gasverflüssigungsanlagen. Von dort wird es nach Europa verschifft. Ägypten braucht Israel für dieses Geschäft (und auch als Gaslieferant angesichts der eigenen knapp werdenden Vorkommen). Israel braucht Ägypten für die Verflüssigung. Europa wiederum ist seit dem Ukrainekrieg (2022) dringend auf Gas von irgendwo angewiesen.

**Trumps Plan von 2020** sieht vor, dass Israel im Falle der Entstehung eines autonomen Staates Palästina die (militärische) Sicherheitskontrolle über das Jordantal, den Luftraum und die Mittelmeerküste vor Gaza behält. Ein Hafen von Gaza (wie Netanjahus Plan „Gaza 2035“) ihn vorsieht, läge somit in israelisch abgesichertem Gebiet. Ebenfalls würde Israel damit automatisch die Kontrolle über das Gasfeld Gaza Marine erhalten. Die [geschätzten 25 Mrd. m<sup>3</sup> Gas](#) sind im Vergleich zu den großen Funden Israels wenig. Für die Wirtschaft eines unabhängigen Palästinas allerdings wären sie das Fundament größerer ökonomischer Unabhängigkeit (von internationalen Hilfeleistungen).

Um Ägyptens Wirtschaft steht es nicht am besten, der Staat ist verschuldet, daran hat auch die Privatisierung von

Staatsunternehmen in den zurückliegenden Jahren nicht viel ändern können. Israel bot Ägypten gleich zu Beginn des Krieges an, beim Internationalen Währungsfonds (IWF) für [Schuldenerlass](#) zu sorgen, wenn es Palästinenser:innen aus Gaza aufnehme. Ägypten befürchtet, dass palästinensische Flüchtlinge zur Destabilisierung im Lande beitragen könnten. Daran ist auch den USA nicht gelegen.

[...] Ägypten verlässt sich nicht mehr ausschließlich auf die USA als Kooperationspartner, erkennt seine geostrategische Bedeutung und spielt für China und dessen Belt and Road Initiative seit 2013 eine Rolle. Ägypten ist ein Staat mit Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent, es pflegt wirtschaftliche und politische Beziehung mit der arabischen Welt und es kontrolliert den Suezkanal, durch den die Meeressroute der Neuen Seidenstraße von Asien nach Europa laufen soll. [12 % des Welthandels](#) gehen durch dieses Nadelöhr. Ägypten und China haben 2016 eine Kooperationspartnerschaft angefangen, die 2024 mit der Mitgliedschaft von Ägypten als BRICS-Staat verstärkt wurde.

„Ein größerer Einfluss in Ägypten wird Chinas Position gegenüber den Vereinigten Staaten stärken, und Chinas wachsende Investitionen in Ägypten könnten die wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten im kommenden Jahrzehnt gefährden. Zweifellos wird sich eine weitere strategische Partnerschaft zwischen Ägypten und Peking letztlich negativ auf die besonderen Beziehungen Ägyptens zu den Vereinigten Staaten auswirken.“ stellt das [Washington Institute am 27. April 2023](#) fest. [...]

**Helga Merkelbach** ist pensionierte Lehrerin, Aktivistin für Frieden, Gender-Gerechtigkeit, Klima/Umwelt/Natur und Menschenrechte. Sie hat viele Länder bereist, in Großbritannien, Äthiopien und Brasilien auch gelebt, Menschen vor Ort in ihrer Lebenslage kennengelernt.

Quelle: [pressenza.com/de](#)

### **Die USA sind der größte Unterstützer Israels:**

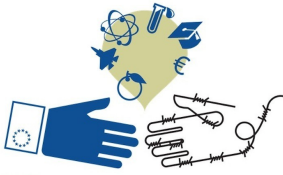
Massive Waffenlieferungen ([Jüdische Allgemeine](#), 1.3.25), Unterdrückung von Protesten in den USA ([jungeWelt](#) 31.3.2025), politische und wirtschaftliche Unterstützung. Im UN-Sicherheitsrat verhindern die USA mit ihrem Veto seit Jahrzehnten jede Resolution, die sich gegen Israels Besatzungspolitik richtet. ([visualisingpalestine](#)) Donald Trump setzt diese Politik ungebrochen und verstärkt fort. Dahinter stecken auch Interessen der USA, diesen **Stützpunkt des sogenannten „Westens“** in Westasien zu stärken. Zwei Zitate dazu sollen hier genügen:

**Alexander Haig, Außenminister von Präsident Reagan**, bezeichnete Israel als „den größten amerikanischen Flugzeugträger der Welt, der nicht versenkt werden kann.“

Zitiert in [globalbridge.ch](#) vom 25.10.2024

**Und Joe Biden verkündete schon 1986:** „Wenn es kein Israel gäbe, dann müssten die USA ein Israel erfinden, um ihre Interessen in der Region zu schützen.“ Und er sagte wiederholt: „Ich bin ein Zionist“. - [Video](#) (SiG-Red.)

## Aufruf von europäischen Gewerkschaften: Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel!



Zu Händen von: **Kaja Kallas**, Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, **Ursula von der Leyen**, Präsidentin der Europäischen Kommission, **Maroš Šefčovič**, Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit

**Brüssel, 19. Januar 2025** - Wir, die unterzeichnenden europäischen Gewerkschaftsorganisationen, fordern die Europäische Kommission auf, die Einhaltung von Artikel 2 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel durch die israelische Regierung zu überprüfen.

Wir fordern die Kommission nachdrücklich auf, ihrer Verantwortung als „Hüterin des Vertrags“ nachzukommen, indem sie dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs und gemäß den Ersuchen der Regierungen Irlands und Spaniens vom Februar 2024 dem Rat angemessene Maßnahmen empfiehlt, um die schwerwiegenden Verstöße der israelischen Regierung gegen das humanitäre Völkerrecht in den letzten 15 Monaten zu ahnden.

Seit Oktober 2023 wurden nach [Angaben der Vereinten Nationen](#) über [46.000 Palästinenser in Gaza](#) getötet, mindestens 10.000 weitere werden vermisst oder befinden sich unter den Trümmern. Fast die gesamte Bevölkerung wurde vertrieben, viele davon mehrmals, und viele sind an Infektionskrankheiten gestorben, die durch die sich verschlechternden Bedingungen verursacht wurden. Öffentliche Versorgungsleistungen wie Gesundheitswesen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wurden stark zerstört, und [über 80 Prozent der Schulen und Universitäten](#) wurden vernichtet oder beschädigt. Hunderte weitere Menschen sind infolge der jüngsten Eskalation im Norden des Gazastreifens gestorben, unter anderem durch die Zwangsumsiedlung von Palästinensern und die Verweigerung humanitärer Hilfe, und Hunderttausende weitere sind in Gefahr. Darüber hinaus verbietet Israel dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) – dem größten Anbieter humanitärer Hilfe für die palästinensische Bevölkerung des Landes – die Einreise.

Die UN-Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass Israel mit seinen gnadenlosen und vorsätzlichen Angriffen auf medizinisches Personal und Einrichtungen in Gaza Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Massenvernichtung begangen hat.

Der Internationale Gerichtshof wies in seinem [Gutachten](#) auf die rechtlichen Konsequenzen hin, die für Staaten und internationale Organisationen gelten, einschließlich der Pflicht zur Nichtanerkennung, Nichtunterstützung sowie zur Zusammenarbeit mit rechtmäßigen Mitteln, um die damit verbundenen Verstöße zu beenden.

In dieser Zeit hat die israelische Regierung die größte Eskalation im **Westjordanland** seit 2002 eingeleitet, die zum Tod von über 700 Palästinensern und zur Inhaftierung von 10.900 Menschen geführt hat. Etwa 1.800 palästinensische Häuser und andere Gebäude wurden zerstört, und es gab eine erhebliche Zunahme von Angriffen durch Siedler, wie im [Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation \(ILO\)](#)

festgestellt wurde. Israel hat seine Angriffe ebenfalls auf den Libanon ausgeweitet, wobei weit über 1.000 Menschen getötet und mehr als eine Million vertrieben wurden.

Gewerkschaftsmitglieder sind besonders von den immer brutaleren Aktionen des Staates Israel betroffen, darunter auch die gezielte Tötung von medizinischem Personal, Helfern und Journalisten. Mehr als 1.000 Mitarbeiter des Gesundheitswesens und 318 Helfer wurden [in Gaza getötet](#), darunter 235 UN-Mitarbeiter.

In sieben Monaten wurden 200 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen getötet – das übersteigt die Gesamtzahl der in den letzten zwei Jahrzehnten weltweit pro Jahr getöteten Helfer.

Unter den mehr als 130 getöteten Medienmitarbeitern und Journalisten gibt es [31 glaubwürdige Fälle](#), in denen genügend Informationen vorliegen, um zu bestätigen, dass die Journalisten aufgrund ihres Berufs direkt angegriffen wurden.

In den letzten 12 Monaten hat der **UN-Sicherheitsrat** vier Resolutionen zu Gaza verabschiedet, darunter eine, in der ein Waffenstillstand gefordert wird, und der Internationale Gerichtshof (IGH) hat drei [verbindliche Urteile](#) erlassen, in denen dringende Maßnahmen aufgeführt sind, die die israelischen Behörden ergreifen sollten, um der [Gefahr eines Völkermords](#) bei ihren Militäroperationen in Gaza vorzubeugen.

Der **IGH** hat außerdem ein [Gutachten](#) herausgegeben, in dem festgestellt wird, dass die Besetzung und Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel illegal ist und Israel für Rassentrennung und Apartheid gegen die Palästinenser verantwortlich ist. Außerdem wird eine lange Liste von Missbräuchen und Verstößen gegen das Völkerrecht durch israelische Behörden aufgeführt. Die Urteile des IGH stehen im Einklang mit den Beweisen für sehr schwere Verbrechen israelischer Behörden, die vom [UN-Generalsekretär](#), einer [UN-Untersuchungskommission](#), [UN-Experten](#) und zahlreichen Nichtregierungsorganisationen vorgelegt wurden. Die israelischen Behörden haben sich weitgehend über diese Urteile hinweggesetzt. Sie setzen weiterhin [den Hungertod als Kriegswaffe](#) ein und verhängen willkürliche und belastende Beschränkungen für die Einreise und Verteilung dringend benötigter humanitärer Hilfe im gesamten Gazastreifen.

Die EU-Gesandten selbst forderten internationalen Druck, um die Massendeportationen zu stoppen und betonten die Notwendigkeit der Rechenschaftspflicht. Eine Reihe europäischer Diplomaten, darunter auch der [Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik](#), äußerten kürzlich ihre Besorgnis über die aktuellen Entwicklungen in Palästina. Wir fordern die Kommission auf, entsprechend zu handeln.

Abgesehen von Erklärungen, in denen eine Deeskalation gefordert wird, haben die EU und die internationale Gemeinschaft fast nichts unternommen, um den Verstößen der israelischen Regierung gegen das Völkerrecht und die Rechte der Palästinenser entgegenzutreten. Die EU muss als größter Handelspartner Israels den Worten Taten folgen lassen und die Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Rechenschaft ziehen.

Die Achtung der Menschenrechte ist ein „wesentlicher Bestandteil“ der EU-Assoziierungsabkommen mit Partnerländern, einschließlich Israel. [...] Daher fordern wir, dass die Europäische Kommission ihrer Pflicht nachkommt, indem sie das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel überprüft und dem Rat die Aussetzung des Vertrags empfiehlt, da Israel gegen Artikel 2 verstößt, was auch vom Internationalen Gerichtshof und von anderen relevanten Gremien der Vereinten Nationen bestätigt wurde.

Darüber hinaus fordern wir die europäischen Länder auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, die Aufrechterhaltung der illegalen Situation, die sich aus Israels Verstößen gegen zwingende Normen ergibt, nicht zu unterstützen, indem sie unter anderem den Handel mit israelischen Siedlungen einstellen und die Lieferung von militärischer Ausrüstung sowie den Waffentransfer über ihr Hoheitsgebiet aussetzen.

### Unterzeichnende Organisationen:

#### European Trade Union Network for Justice in Palestine

**Belgien:** ABVV-FGTB, La Centrale Générale-FGTB, ACV-CSC, FGTB Wallonne, MWB-FGTB, FGTB-Jeunes

**Frankreich:** CGT, CFDT, FILPAC-CGT, Fédération Syndicale Unitaire (FSU), La Fédération Nationale des Mines et de l'énergie – FNME-CGT, CGT des Services publics, Fédération Nationale des Salariés de la Construction du Bois et de l'Ameublement CGT, Union syndicale Solidaires

**Irland:** Irish Congress of Trade Unions, Fórsa, SIPTU (Services Industrial Professional Technical Union), INTO (Irish National Teachers Org.), INMO (The Irish Nurses and Midwives Org., Craigavon Trades Council, Dundee Trades Union Council,

**Italien:** FIOM-CGIL

**Niederlanden:** MENA Working Group FNV, Palestinian Workers' Association Netherlands,

**Norwegen:** The Norwegian Union of Municipal and General Employees – Fagforbundet, Norwegian Trade Union of Commerce and Office employees,

**Spanien:** STACYL (Sindicato de Trabajadoras y Trabajadores de la Administración de Castilla y León), Colectivo Unitario de Trabajadores, Confederación Intersindical, SAT (Sindicato Andaluz de Trabajadores), USTEA (Unión de Sindicatos de Trabajadoras y Trabajadores En Andalucía), LAB (Basque Country), ELA (Basque Country), CIG (Galicia)

[http://www.etun-palestine.org/site/wp-content/uploads/2025/01/TU-call-to-suspend-EU-IAA\\_EN-2.pdf](http://www.etun-palestine.org/site/wp-content/uploads/2025/01/TU-call-to-suspend-EU-IAA_EN-2.pdf)

Übersetzung: SiG-Redaktion, 7.2.2025 ;

### Übersetzung von erwähnten UN-Dokumenten:

<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-veroeffentlichungen-zum-thema-israel-palastina>

## Das Völkerrecht kennt keine Staatsräson

### Aktion Aufschrei

#### Das Völkerrecht kennt keine Staatsräson – Rüstungsexporte nach Israel stoppen!

27. März 2025 - „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ kritisiert massiv die [Rüstungsexporte im Wert von rund 24,5 Mio. Euro nach Israel, die die Bundesregierung in den letzten drei Monaten genehmigt hat.](#)

„[...] „Israels Armee greift seit Monaten Flüchtlingslager im **Westjordanland** an und hat mittlerweile Zehntausende Palästinenser:innen vertrieben. In **Syrien** attackiert sie wiederholt völkerrechtswidrig Gebiete und bricht die Waffenstillstandsvereinbarungen im **Libanon** immer wieder. Jetzt wird auch die Waffenruhe im **Gaza-Streifen** im wahrsten Sinne des Wortes bombardiert. Hinzu kommt, dass seit Anfang März die notleidende Bevölkerung im Gaza-Streifen erneut komplett von Hilfslieferungen und Strom abgeschnitten wurde. Zusammen mit den jüngsten Angriffen auf Gebäude der UN- und des Roten Kreuzes im Gaza-Streifen zeigt sich auf bedrückende Art und Weise, dass die israelische Regierung und Armee eklatant gegen ihre völkerrechtlichen Pflichten verstoßen“, so **Gerold König**, Sprecher der „Aktion-Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel!“ und Bundesvorsitzender pax christi – Deutsche Sektion e.V. „Der Krieg im Gaza-Streifen, aber auch im Libanon und die Angriffe auf Syrien sowie die Aufrechterhaltung der illegalen Besatzung, u.a. im Westjordanland haben gezeigt, dass Israel militärische Waffengewalt zu anderen als den legiti-

men Zwecken der Selbstverteidigung missbraucht. Entsprechend müssen die jüngst erteilten Rüstungsexportgenehmigungen widerrufen werden. [...]“, so **Susanne Weipert**, Koordinatorin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Mehr: [aufschrei-waffenhandel.de](http://aufschrei-waffenhandel.de)

**Mehr zu den Waffenlieferungen in den SiG-Sondernummern**

### Das Völkerrecht kennt keine Staatsräson!

#### Offener Brief an CDU/CSU & SPD anlässlich der Koalitionsverhandlungen, 14.03.2025 -

Von 29 Organisationen unterschrieben: "Als Organisationen und Initiativen, die sich für einen gerechten Frieden in Palästina und in Israel einsetzen, (...) appellieren in aller Dringlichkeit, im Koalitionsvertrag **zentrale völker- und menschenrechtliche Leitplanken mit Blick auf Palästina und Israel festzuschreiben.** (...) "

### German Foreign Policy, 04.04.2025

#### „Aus dem Drehbuch der extremen Rechten“ :

Deutsche Behörden bereiten Abschiebung migrantischer Gegner des Gazakriegs vor – ein Präzedenzfall für die Ausweisung politisch missliebiger Migranten.

#### **IALANA, 19.03.2025: Rechtsbruch mit Ansage – Merz will den Internationalen Strafgerichtshof im Fall**

Netanjahu missachten - [Pressemitteilung](#)